



zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Christoph Deutschmann **3** Rätsel der aktuellen Wirtschaftspolitik: Die heimliche Wiederkehr des Keynesianismus
- Thomas Betz **13** War Keynes der bessere Gesell oder Gesell der bessere Keynes?
- Bernd Striegel **24** Was ist Geld und woher kommt der Zins? – Eine Eigentumstheorie des Geldes
- 34** Berichte - Bücher - Veranstaltungen
- 47** 37. Mündener Gespräche in der Reinhardswaldschule Fuldata

Liebe Leserin und lieber Leser,

die Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit war lange von der „Keynesianischen Revolution“ bestimmt. Mit einer antizyklischen Fiskalpolitik sollte der Staat Konjunkturschwankungen ausgleichen. Die fortwährende staatliche Kreditaufnahme führte jedoch in eine immense Staatsverschuldung, ohne die Beschäftigung zu erhöhen. Die Wirtschaft geriet in eine bis dahin noch nicht erlebte Stagflation, d.h. in eine mit Inflation und Arbeitslosigkeit einhergehende Stagnation.

Der Misserfolg des Staatsinterventionismus löste eine „Monetaristische Gegenrevolution“ aus. Seit der Wende von der keynesianischen Nachfrage- zur monetaristischen Angebotspolitik gelang es der Geldpolitik, die Inflationsraten durch eine Feinsteuerung der Geldmengen zu senken. Die Inflation sank sogar so sehr gegen Null, dass sich die Notenbanken zeitweise aus Angst vor japanischen Verhältnissen um die Gefahr einer Deflation sorgten. Deshalb bemühen sie sich um eine Inflation von knapp unter zwei Prozent. Unterdessen hat sich jedoch die Arbeitslosigkeit zu einem dauerhaften Massenphänomen ausgeweitet. Dies und weitere Nebenwirkungen der ‚neoliberalen‘ Trias von Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung führen in jüngster Zeit dazu, dass das Pendel der ökonomischen Theorieentwicklung wieder umzuschlagen beginnt. Die Gründung einer „Keynes-Gesellschaft“ sowie der Zeitschrift „Intervention“ sind hierfür deutliche Signale.

Doch könnte eine Rückkehr zur antizyklischen Fiskalpolitik die ökonomischen Probleme lösen? Angesichts völlig überschuldeter Staatshaushalte erscheint dies wenig wahrscheinlich. Knapp 250 deutschsprachige Wirtschaftswissenschaftler/innen warnen denn in ihrem „Hamburger Appell“ auch eindringlich vor Strategien zur Erhöhung der Binnennachfrage, in denen sie geradezu Anzeichen eines „erschreckenden Mangels an ökonomischem Sachverstand“ sehen. (www1.uni-hamburg.de/IWK/appell.pdf und www.uni-hamburg.de/IWK/appell.htm) Aber was empfiehlt der geballte Sachverstand der Mainstream-Ökonomie stattdessen? Für ihn sind „die Arbeitskosten ein Schlüssel zur Überwindung der

deutschen Wachstumsschwäche“. „Drastische und schmerzhaft Reformen“ fordert er deshalb (allerdings nicht für sich selber), mit anderen Worten: Senkungen von Löhnen und Sozialausgaben.

Über den eigentlichen Problemherd – nämlich das „globale Übermaß an Liquidität auf den Finanzmärkten“ (Börsen-Zeitung 2.7.2005) – sehen die Unterzeichner/innen des „Hamburger Appells“ großzügig hinweg. Dabei nennen ihn längst nicht mehr nur ökonomische Außenseiter beim Namen. Bankökonominnen sind sich inzwischen dieses Problems bewusst und etablierte Zeitungen wie die Börsen-Zeitung und die Financial Times Deutschland („Geldschwemme sorgt Notenbanken“ am 3.8.2005) schreiben häufig darüber. Die Neue Zürcher Zeitung verwies darauf, dass die „rekordtiefen Leitzinsen eine enorme Liquidität aufgebaut (haben), die nicht benötigt werde, um die Realwirtschaft zu finanzieren. Diese „überschüssige Liquidität marodiert nun von einer Vermögensklasse zur nächsten.“ (15.4.2005)

Um diesen ‚heißen Brei‘ des überproportionalen Wachstums marodierender Geldvermögen macht die Mainstream-Ökonomie bislang einen großen Bogen. In ihrer Abwehrhaltung gegenüber Strategien der Erhöhung der Binnennachfrage übersieht sie jedoch, dass es bei Keynes im Schatten der Empfehlung, die teilweise Unwirksamkeit der Nachfrage durch die Schaffung staatlicher Ersatznachfrage zu kompensieren, noch eine andere Überlegung gab: Wie die Geldreformer hielt es Keynes nämlich für denkbar, die Wirksamkeit der Nachfrage mit Hilfe „künstlicher Durchhaltekosten des Geldes“ sicherzustellen, und er konnte sich einen wirtschaftspolitischen „Gezeitenwechsel“ vorstellen, bei dem die „Rentnerseite des Kapitalismus“ an ihr Ende gelangt. An diesen ‚anderen Keynes‘ möchten wir erinnern – sowohl diejenigen Ökonomen und Soziologen, die sich auf Keynes zurückbesinnen, als auch den ökonomischen Mainstream. Aus diesem ‚anderen Keynes‘ könnte sich nämlich eine Alternative sowohl zur früheren expansiven Nachfragepolitik als auch zur Angebotspolitik entwickeln lassen, die zur Verringerung der Arbeitslosigkeit beiträgt und zugleich die Geldmengensteuerung optimiert. Ihr Werner Onken

John Maynard Keynes und die Geldreformer

„Entgegengesetzte Standpunkte sind für die große Masse der nicht akademischen Literatur über Geldfragen charakteristisch. Da sind auf der einen Seite die Bankiers. ... Auf der anderen Seite steht ... das Heer der Ketzer und Käuze, deren Anzahl und Begeisterung gewaltig ist. Es vergeht kaum eine Woche, ohne dass der Autor dieses Buches nicht aus irgendeinem Lande ein Buch, eine Streitschrift, einen Artikel, einen Brief in irgendeiner Sprache erhält. ... Es ist für jeden Forscher auf dem Gebiet der monetären Theorie ein Problem, wie er diese Flut von Zuschriften behandeln soll, wie viel Achtung und Höflichkeit er zeigen soll, besonders wenn er empfindet, dass die leidenschaftliche Unzufriedenheit dieser Ketzer der Geruhsamkeit der Bankiers bei weitem vorzuziehen ist. Auf jeden Fall kann es nicht richtig sein, sie vollkommen zu ignorieren. Denn wenn die Ketzer 200 Jahre lang – nämlich solange das Repräsentativgeld besteht – in unverminderter Stärke floriert haben, so können wir sicher sein, dass die orthodoxen Argumente nicht völlig befriedigend sind. Der Ketzer ist ein ehrlicher Intellektueller, der den Mut hat, an seinen Erkenntnissen so lange festzuhalten, wie der Gedankengang, durch den er zu ihnen gelangte, seiner Ansicht nach noch nicht widerlegt worden ist. Wenn seine überraschenden Erkenntnisse außerdem ... viele wirtschaftlichen Missstände der leidenden Menschheit beseitigen würden, so erhöht und bestärkt eine moralische Begeisterung seine Hartnäckigkeit. Er geht wie Sokrates ungebeugten Hauptes den Weg, den ihn sein Gedankengang führt. Er verdient Achtung, und es ist die Pflicht eines jeden, der über diesen Gegenstand schreibt, zu versuchen, das Problem aufzuklären und Ketzer und Bankleute wieder zusammenzuführen.“

in: Vom Gelde (1930 / dt. 1931), Berlin: 3. Aufl. 1983, S. 472–473.

*

„Silvio Gesells Werk enthält Einfälle tiefer Einsicht und verfehlte nur gerade eben, bis zum Kern der Sache vorzudringen. In den Nachkriegsjahren bombardierten mich seine Anhänger mit Exemplaren seiner Werke. ... Wie andere akademische Ökonomen behandelte ich inzwischen seine tief originellen Bestrebungen als nichts Besseres als die eines Überspannten. ... Gesells Hauptwerk ist in kühler, wissenschaftlicher Sprache geschrieben, obschon es durchweg von einer leidenschaftlicheren, einer erregteren Hingebung für gesellschaftliche Gerechtigkeit durchströmt ist, als manche für einen Gelehrten schicklich finden. ... Der Zweck des Buches als Ganzes kann als die Aufstellung eines antimarxistischen Sozialismus beschrieben werden, eine Reaktion gegen das Laissez-faire, auf theoretischen Grundlagen aufgebaut, die von jenen von Marx grundverschieden sind. ... Ich glaube, dass die Zukunft mehr vom Geiste Gesells als von jenem von Marx lernen wird. ... Die Unvollständigkeit seiner Theorie ist zweifellos die Erklärung, warum sein Werk von der akademischen Welt vernachlässigt worden ist. Er hat aber seine Theorie trotzdem weit genug entwickelt, um zu einem praktischen Schluss zu kommen, der den Kern dessen in sich tragen mag, was notwendig ist, obschon er in der vorgeschlagenen Form nicht durchführbar ist. ... Der hinter dem gestempelten Geld liegende Gedanke ist gesund. ... Aber es bestehen viele Schwierigkeiten, auf die Gesell nicht gefasst war.“

in: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes (1935 / dt. 1936), Berlin: 5. Auflage 1974, S. 298–302.

Christoph Deutschmann:

Rätsel der aktuellen Wirtschaftspolitik: Die heimliche Wiederkehr des Keynesianismus *

I.

Man muss nicht Wirtschaftspolitik studiert haben, um zu erkennen, dass die Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland (und nicht nur dort) gegenwärtig in einer Sackgasse steckt – in Theorie und Praxis. Der ja ursprünglich durch Deutschland durchgesetzte „Stabilitätspakt“ der Euro-Länder ist Makulatur, nachdem die deutsche und eine Reihe anderer europäischer Regierungen seine Vorschriften nun schon seit mehreren Jahren verletzen und die Regierungen die Aufhebung der bisher geltenden Sanktionsregeln beschlossen haben. In den neunziger Jahren hatte man sich bekanntlich auf die sog. „Angebotspolitik“ eingeschworen. Dass die Kostenbelastung der Wirtschaft durch Senkungen der Steuern und Sozialabgaben reduziert werden müsse, dass der Staat sparen und seine Schulden abbauen müsse – all das gehörte zum unermüdlich wiederholten Credo schon der Regierung Kohl. Die rot-grüne Regierung setzte diese Linie in mancher Hinsicht noch konsequenter fort als ihre Vorgängerin. Sie führte die „Agenda 2010“ und die Steuerreform durch, zog die zweite Stufe der Steuerreform sogar ein Jahr vor. Jahrelang predigte Hans Eichel gegen das „süße Gift“ der Staatsverschuldung und warnte unermüdlich vor einer Finanzierung der Staatsausgaben auf Kosten künftiger Generationen. Kaum noch jemand erinnert sich heute daran, dass einmal beschlossen wurde, die Neuverschuldung des Bundeshaushalts bis zum Jahr 2006 auf Null zu reduzieren.

Die Kluft zwischen Absichten und Ergebnissen ist bei dieser Politik schon immer groß gewesen, gerade in bezug auf den Punkt Staatsverschuldung. Der gleiche Theo Waigel, der den Stabilitätspakt der Euro-Länder durchgedrückt hat, war

für die bislang höchste jährliche Netto-Neuverschuldung des Bundeshaushalts verantwortlich, nämlich 86 Mrd. DM im Jahr 1996. Unter Hans Eichel freilich hat sich zwischen der Rhetorik und der Praxis der Finanzpolitik ein wahrer Abgrund aufgetan, seitdem die rot-grüne Regierung darauf verzichtet hat, die krisenbedingten Steuermindereinnahmen durch Ausgabenkürzungen auszugleichen. Die Folge war der bekannte starke Anstieg der Neuverschuldung (rund 40 Mrd. Euro allein beim Bund im Jahr 2004). Der Sachverständigenrat hat schon in seinem Jahresgutachten 2003 mit warnendem Zeigefinger eine „Renaissance der diskretionären Finanzpolitik“ festgestellt, d.h. eine Rückkehr zu eben jener „keynesianischen“ Politik, die man lange Jahre verteufelt hat. Die Regierung dementiert das zwar offiziell, lässt aber durchblicken, dass man nicht mehr „nicht mehr um jeden Preis“ sparen wolle. Eine so weitgehende Abkehr von dem, was man selbst früher gepredigt hat, zwingt dazu, auch theoretisch zurückzurudern. In der ökonomischen Wissenschaft wagen sich einzelne Stimmen wieder mit Erkenntnissen hervor wie diesen: dass Löhne und Sozialabgaben eben nicht nur Kosten sondern auch Einkommen seien; dass man nicht auf der einen Seite den Leuten das Geld wegnehmen, andererseits aber über ihre Konsumzurückhaltung klagen könne usw.. Selbst im Sachverständigenrat ist mit der Berufung Peter Bofingers wieder eine solche Stimme zu hören. Kurzum: Nicht nur die Politik, sondern auch die Experten bieten ein Bild der Unsicherheit. Niemand scheint mehr recht zu wissen, wie es weitergehen soll.

Das ist eine Situation, in der eine dritte Perspektive hilfreich sein könnte, um aus der Sackgasse herauszukommen. Eine solche dritte Perspektive, nicht die eines Ökonomen, sondern eines Soziologen, möchte ich skizzieren. Es geht

* Erweiterte Fassung eines Vortrags im Rahmen der 36. Mündener Gespräche am 16. April 2005 in Fuldata bei Kassel.

hier schließlich um Fragen von allgemeiner gesellschaftspolitischer Bedeutung, die – bei allem Respekt vor der Kompetenz der Ökonomen – zu wichtig sind, um ihre Behandlung dieser Zunft allein zu überlassen. Meine Absicht ist es nicht etwa, die gegenwärtig zu beobachtende Rückkehr zum Keynesianismus¹ zu verteidigen oder zu propagieren. Es geht mir überhaupt nicht in erster Linie um Empfehlungen für eine „richtige“ Wirtschaftspolitik, sondern erst einmal um den Versuch einer Erklärung, wie es zu der heutigen Sackgasse der Finanzpolitik kommen konnte. Als Wissenschaftler sollte man sich, bevor man der Politik Ratschläge erteilt, zunächst um eine sorgfältige Diagnose der Situation bemühen, was allein schon keine leichte Aufgabe ist. Und selbst wenn diese Ausgabe gelöst sein sollte, ist keineswegs sicher, ob wir dann in der Lage sind, eine eindeutige wirtschaftspolitische Strategie als Lösung der Probleme zu empfehlen. Nur in der sauber geschnittenen Welt der ökonomischen Modelle gibt es schlechte und gute, falsche und zum Ziel führende Strategien. In der Wirklichkeit dagegen und erst recht in der Wirklichkeit der Wirtschaftspolitik ist es oft so, dass die Akteure mit Zielkonflikten leben müssen oder gar nur die Wahl zwischen mehreren Übeln haben. Sie müssen laviieren und überlegen, welches Übel in der Situation das kleinere ist. An die Wurzel der Übel kommen sie jedoch nicht heran. Meine These ist, dass wir es genau mit einer solchen Situation zu tun haben. Ich verhehle zwar nicht, dass ich die Rückkehr zur diskretionären Finanzpolitik in der aktuellen Situation für das kleinere Übel gegenüber der unter Wirtschaftsführern, Oppositionspolitikern, Professoren, Journalisten – in aller Regel Personen, die für die Folgen der Umsetzung dessen, was sie empfehlen, keine politische Verantwortung tragen – grassierenden marktradikalen Reformwut halte. Aber um ein Übel handelt es sich gleichwohl. Die Probleme werden nicht gelöst, sondern – da haben die Angebotstheoretiker Recht – ihre Zuspitzung wird nur aufgeschoben, um den Preis weiterer Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte und weiterer Umverteilung von unten nach oben. An den Ursachen der Übel selbst kann aber auch diese Politik nichts ändern.

II.

Wo liegt die Wurzel des Übels? Liegt sie in den zu hohen Kosten – Lohnkosten, Sozialkosten, Steuern – wie die Angebotstheoretiker behaupten? Diese Argumentation ignoriert, dass sich die Kostensituation der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich keineswegs so ungünstig darstellt, wie behauptet wird. Die deutschen Nettoreallöhne haben trotz der Legenden über die angeblich so sturen und uneinsichtigen Gewerkschaften längst auf die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit reagiert und sind zwischen 1991 und 2002 um fast 3 Prozent zurückgegangen. Sie lagen 2002 genau so hoch wie schon 1978. Das heißt, dass es seit 1978 praktisch keine Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivitätsfortschritt der deutschen Wirtschaft mehr gegeben hat. Die realen Lohnstückkosten sind im internationalen Vergleich in Deutschland sogar stärker gefallen als in den USA, in Großbritannien und in Japan (Ganßmann 2004). Die Kapitalsteuern sind, vor allem durch die Abschaffung der Vermögenssteuer, beträchtlich gesenkt worden. Ihr Anteil am gesamten Steueraufkommen nahm ab, die absolute und relative Belastung der abhängig Beschäftigten nahm auf der anderen Seite zu. In bezug auf die tatsächlich gezahlten Kapital- und Unternehmenssteuern sticht Deutschland international keineswegs durch eine besonders hohe Steuerbelastung hervor. Was das Sparen der öffentlichen Haushalte betrifft: Bund, Länder und Gemeinden sparen bekanntlich schon seit langem; sie privatisieren und bauen Personal in erheblichem Umfang ab. Heute gibt in Deutschland nur noch ca. 2,2 Millionen Beamte, allein in Westdeutschland gab es 1989 noch 2,4 Millionen.

Warum reicht das alles nicht aus? Warum kommt der versprochene Aufschwung noch immer nicht? Die übliche Antwort der ökonomischen Sachverständigen lautet: Weil die Kosten eben noch immer zu hoch, die Wirtschaft noch immer nicht genug dereguliert worden ist. Das ist eine Argumentation, die den Verdacht wecken muss, dass hier ein Zirkelschluss, eine zirkuläre Verknüpfung von Wirkungen mit (unterstellten) Ursachen vorliegt. Die Logik des Arguments erinnert an ma-

gische Regenzauber-Rituale: Warum fällt der Regen nicht? Es kann nur daran liegen, dass die Götter zornig sind. Also muss man eine Ziege opfern, damit sie zufriedengestellt werden. Aber der Regen fällt noch immer nicht. Das kann nur daran liegen, dass die Götter sich mit bloß einer Ziege nicht abspesen lassen. Nicht eine, sondern zehn Ziegen müssen geopfert werden. Wie lange wird das noch so weitergehen?

Wenn man nach überzeugenderen Erklärungen für die wirtschaftliche Krise sucht, wird man neue Wege gehen und auch unkonventionelle Gedanken prüfen müssen. Ein Sachverhalt, auf den ich aufmerksam machen möchte und der in der öffentlichen Debatte viel zu wenig Beachtung findet, ist das seit dem Ende des zweiten Weltkrieges anhaltende Wachstum der privaten Finanzvermögen. Wir haben es heute mit einer einmaligen historischen Situation zu tun: Seit sechzig Jahren hat es in den entwickelten Industrieländern keine großen Kriege und auch keine großen Inflationen mehr gegeben. So erfreulich das ist, heißt es aber auch, dass die privaten Finanzvermögen – der Bestand an Spareinlagen, Wertpapieren, Versicherungs- und Investmentfondsanteilen – kontinuierlich gewachsen sind. In Westdeutschland sind die privaten Finanzvermögen seit den 1950er Jahren laut den Statistiken der Bundesbank rund doppelt so rasch wie das Volkseinkommen gestiegen. Heute betragen sie in ganz Deutschland knapp 4 Billionen Euro – etwa das Doppelte des jährlichen Bruttosozialprodukts. Weltweit belaufen sie sich auf die kaum mehr darstellbare Summe von rund 30 Billionen Dollar, davon gehörten allein 1,9 Billionen den weltweit knapp 600 Dollar-Milliardären. Diese Entwicklung ist durch zwei Faktoren gefördert worden:

1. Durch die Globalisierung der Finanzmärkte, also die sukzessive Abschaffung der Kapitalverkehrskontrollen und die Herstellung eines freien Marktes für den Handel mit Wertpapieren seit den frühen siebziger Jahren. Dadurch ist ein weltweites Dorado für Kapitalanlage und Spekulation entstanden.

2. Durch den Aufstieg der sogenannten „institutionellen Investoren“, d.h. Investmentfonds, Pensionsfonds, Versicherungsgesellschaften, die

einen immer größeren Teil des Vermögens der Anleger verwalten und heute eine erhebliche Kapitalmacht repräsentieren.

In der Zunahme der Finanzvermögen spiegelt sich natürlich der in der Nachkriegszeit gewachsene Wohlstand wieder – nicht nur der Wohlstand einiger weniger Spitzenverdiener und Großkapitalisten, sondern auch einer relativ breiten Mittelschicht. Es trifft zwar zu, dass der Vermögensbesitz in Deutschland wie in vielen anderen Ländern stark bei den Reichsten konzentriert ist. Der neue Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2003 hat festgestellt, dass die reichsten 10 Prozent der Gesellschaft über 47 Prozent der Nettovermögen verfügen, die ärmeren 50 Prozent dagegen über weniger als 4 Prozent (Lebenslagen in Deutschland, 2005, S. 39). Auch diese Zahlen geben die tatsächliche Vermögenskonzentration nur sehr unzureichend wieder, denn sie beruhen auf lückenhaften statistischen Daten, die die ganz großen Einkommen und Vermögen nicht berücksichtigen. Aber gleichwohl finden wir heute auch in den Mittelschichten beachtliche Vermögensbestände – auch und gerade bei denen, denen der soziale Aufstieg dank des gut ausgebauten Wohlfahrtsstaates gelungen ist und die heute zur wichtigsten Wählerklientel der großen Volksparteien einschließlich der SPD gehören. Ein Spiegelbild dieser Entwicklung ist die starke Zunahme der Besitzer von Aktien und Investmentfondsanteilen in den neunziger Jahren (heute ca. 11 Millionen), die die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder (7,3 Millionen) weit hinter sich gelassen hat. Die Geldanlage in Aktien und Investmentfonds ist, davon kann man sich allabendlich beim Wetterbericht im Fernsehen überzeugen, zu einem Massengeschäft geworden, das natürlich durch die Besserverdienenden und auch die akademisch Gebildeten dominiert wird. Auch der Börsenabsturz in den Jahren 2001 und 2002 hat der Beliebtheit des Finanzgeschäfts anscheinend nicht dauerhaft Abbruch tun können, wie wir heute erkennen.

Wenn über Vermögen die Rede ist, dann wird oft sofort mit dem Zeigefinger gemahnt, es solle doch keine „Neiddiskussion“ geführt werden. Das will ich auch gar nicht. Aus gesamtwirtschaft-

licher Sicht gilt es freilich, ein Problem zu beachten, das zum ABC der Wirtschaftspolitik gehört: Finanzvermögen sind Ersparnisse, Ersparnisse aber müssen investiert und so in den wirtschaftlichen Kreislauf zurückgelenkt werden, wenn ein dynamisches Gleichgewicht gewahrt werden soll. Wenn die Finanzvermögen rascher wachsen als das Sozialprodukt, wie dies nun schon seit fünfzig Jahren geschieht, dann müssten auch die Investitionen entsprechend wachsen. Die öffentlichen Investitionen haben dazu in allen entwickelten Industrieländern einen erheblichen Beitrag geleistet und leisten ihn weiterhin. Aber in einer kapitalistischen Ordnung bleiben die privaten Investitionen unverzichtbar. Hier scheint es zu hapern, denn die Quote der privaten Nettoinvestitionen (Anteil der Nettoinvestitionen am Sozialprodukt) ist in Deutschland erheblich – von rund 24 Prozent 1970 auf weniger als 5 Prozent im Jahr 2002 zurückgegangen (Ganßmann 2004, S. 177); in den meisten OECD Ländern sieht es ähnlich aus (Huffschmidt 2001).

III.

Was könnten die Ursachen der sinkenden Investitionsneigung sein? Die Unternehmer werden nur investieren, wenn sie auch eine Chance sehen, damit Gewinne zu erzielen. Unter welchen Bedingungen haben sie diese Chance? Um der begrifflichen Klarheit willen ist es wichtig, Gewinne und Renten zu unterscheiden. Gewinne bzw. Profite sollen hier als ein Phänomen betrachtet werden, das mit Investitionen, Innovationen und wirtschaftlicher Dynamik verknüpft ist. Renten dagegen basieren auf der Marktmacht der Eigentümer spezifischer Güter und Produktionsfaktoren, die sie befähigt, die gegebenen Markteinkommen zu ihren Gunsten umzuverteilen. Im ersten Fall handelt es sich um ein Positivsummenspiel, bei dem alle gewinnen können, im zweiten Fall um ein Nullsummenspiel, bei dem die einen nur gewinnen, was die anderen verlieren. Im folgenden soll zunächst nur von Profiten im ersten Sinn die Rede sein. Es ist klar, dass ich ein derartiges Bibliotheken füllen des Thema hier nicht erschöpfend behandeln

kann. Ich beschränke mich auf einige knappe Thesen:

1. Der Streit zwischen sogenannten „Angebots-“ und „Nachfragetheorien“ ist unfruchtbar. Wenn man Gewinne und Wachstum erklären will, kommt es offensichtlich nicht auf die Angebotsseite oder die Nachfrageseite allein, sondern auf ein spezifisches Zusammenwirken von Faktoren sowohl auf der Angebots- wie der Nachfrageseite an.

2. Was die Nachfrageseite betrifft, möchte ich eine These formulieren, die eine partielle Differenz auch gegenüber Keynes enthält: Um das dynamische Gleichgewicht einer wachsenden Wirtschaft zu erhalten, reicht es nicht aus, dass nur die jeweils vorhandenen Ersparnisse wieder investiert werden. Wenn die Unternehmer Profite erzielen wollen, heißt dies, dass sie für den Absatz ihrer Produkte auf eine *höhere* Nachfrage angewiesen sind als sie selbst durch ihre Kostenzahlungen geschaffen haben.² Es muss eine durch Kreditschöpfung (nicht bloß durch den Transfer vorhandener Ersparnisse) finanzierte zusätzliche Nachfrage entweder von den Unternehmen selbst oder von dritter Seite – Staat, private Haushalte oder Außenwirtschaft – hinzukommen. In einer dynamischen Wirtschaft dürfen die Haushalte und Unternehmen sich nicht darauf beschränken, ihre Konsumausgaben und Investitionen aus ihren laufenden Einnahmen zu finanzieren, sondern sie müssen in einem gewissen Umfang bereit sein, sich zusätzlich zu verschulden. Andernfalls kommt es zu einem Mangel an effektiver Nachfrage.

3. Unter welchen Bedingungen kann eine solche Bereitschaft zu zusätzlicher Verschuldung entstehen? Ich betrachte jetzt die Investitionsbereitschaft der Unternehmen und komme damit zur Angebotsseite. Wenn Unternehmen investieren – so lautet die allgemeine Weisheit – dann tun sie das, um die Produktivität zu steigern und den technischen Fortschritt voranzutreiben, von dem sie sich eine bessere Marktposition und damit höhere Gewinne versprechen. Aber auch an dieser Stelle muss man präzisieren. Produktivität allein ist nicht die entscheidende Variable, auch nicht bloß niedrigere Kosten. Die entscheidende Variable für die Erklärung des Kapitalprofits ist – hier ist Schumpeter nach

wie vor einschlägig – *Kreativität*, nicht bloß Produktivität oder Kosten. Der Gewinn ist eine Prämie für die Kreativität des Unternehmers bei der Entwicklung und Vermarktung „neuer Kombinationen“. Das können nicht nur neue Techniken sein, sondern auch neue Produkte, neue Organisationslogistik und Dienstleistungskonzepte, kurzum: eine unerschöpfliche Vielfalt von „Innovationen“. Kapitalistische Entwicklung vollzieht sich nicht so, dass immer nur der gleiche VW-Käfer bei ständig sinkendem Zeitaufwand und sinkenden Stückkosten vom Band rollt. Vielmehr tritt an die Stelle des Käfers der Golf und an seine Stelle später vielleicht ein noch viel intelligenter konstruiertes Fahrzeug.

4. Aber damit Schumpeters vielzitierte „schöpferische Zerstörung“ funktioniert, reicht es nicht aus, wenn nur der Unternehmer kreativ ist. Auch seine Beschäftigten, Lieferanten, Kunden müssen mitmachen; letztlich ist die ganze Gesellschaft involviert. Damit kommen wir wieder zur Nachfrageseite zurück. Innovation ist keine rein individuelle Leistung des Unternehmers, sondern immer ein sozialer Prozess, der nur gelingen kann, wenn zahlreiche Akteure nicht nur innerhalb der Wirtschaft, sondern in anderen gesellschaftlichen Teilsystemen von der Politik bis hin zur Bildung und Wissenschaft kooperieren. Die neuen Kombinationen werden nur dann zu einem Erfolg, wenn es in der Gesellschaft eine kritische Masse von Akteuren gibt, die sich von den Neuerungen mobilisieren lässt, die sich von ihnen Chancen verspricht und entsprechend bereit ist, sich zu verschulden. Dazu müssen die Neuerungen auch in geeigneter Weise in der Gesellschaft kommuniziert werden; es müssen möglichst prägnante technologische Leitbilder – die Organisationsforschung spricht von sogenannten „Innovationsmythen“ – entwickelt und über die Medien verbreitet werden. Die Internet-Euphorie in den neunziger Jahren war ein solcher Innovationsmythos oder auch das Automobil, wenn man an die Mitte des 20. Jahrhunderts zurückdenkt.

Wenn es also einen übergreifenden, sowohl die Angebots- wie die Nachfrageseite umfassenden Faktor für die Erklärung von Wachstum und Profit gibt, dann ist es die Innovation als sozialer Prozess. Daraus folgt, um auf unser Ausgangs-

problem zurückzukommen: Wenn die Finanzvermögen relativ zum Sozialprodukt wachsen, müssen auch die Unternehmer und die ganze Gesellschaft relativ immer mehr Innovation, immer mehr schöpferische Zerstörung betreiben, um ein dynamisches Gleichgewicht zu wahren. Der Anteil „neuer“ Prozesse und Produkte müsste gegenüber der bloßen „Reproduktion“ beständig zunehmen. Kann das dauerhaft gelingen?

Die bisherige Geschichte des Kapitalismus zeigt, dass es unter bestimmten historischen Bedingungen, die auch in Industrialisierungs- und Modernisierungstheorien beschrieben werden, durchaus gelingen kann: solange es eine jugendliche, stark wachsende und zugleich arme Bevölkerung gibt, die nach Wohlstand und sozialem Aufstieg strebt, und solange eine ungleiche, zugleich aber ethnisch und ständisch nicht zementierte Verteilung der sozialen Chancen ihr dafür Anreize bietet. Und schließlich muss es innovative Projekte geben, die in breiten Schichten der Gesellschaft auf positive Resonanz stoßen und einen entsprechenden Aktivitätsschub auslösen. Unter solchen Bedingungen können die Unternehmer und auch die Konsumenten die wirtschaftlichen Wachstumsaussichten als so günstig einschätzen, dass sie nicht nur investieren, sondern auch ihre Investitionen und Ausgaben über das Ausmaß hinaus ausdehnen, das sie aus ihren bereits realisierten Gewinnen und Einkommen finanzieren können.

Kann die Dynamik schöpferischer Zerstörung aber auch dann noch anhalten, wenn der Wunsch nach Wohlstand sich für breite Schichten erfüllt hat, wenn es – mit anderen Worten – immer mehr Menschen gibt, die durchaus auch etwas zu verlieren haben und deshalb dem Neuen gegenüber nicht mehr per se aufgeschlossen sind? Kann die kapitalistische Dynamik auch dann noch weitergehen, wenn die Bevölkerung nicht mehr wächst, sondern altert und schrumpft? Eine allgegenwärtige politische Rhetorik von Flexibilität, Wagemut, neuem Unternehmertum usw. möchte heute suggerieren, dass es gelingen kann. Auch die rot-grüne Bundesregierung hat sich mit der Agenda 2010 und der Kampagne für Elite-Universitäten nach Kräften bemüht, diese Rhetorik voranzutreiben. Alle sollen sich – bei

Strafe des Arbeitslosengeldes II - in Unternehmerinnen und Unternehmer ihrer selbst und Ich-AGs verwandeln. Forschungsleuchttürme, Exzellenzcluster, Zukunftstechnologien werden propagiert. Aber inzwischen merkt wohl bald der letzte Fernsehzuschauer oder Zeitungsleser, wie hohl diese Rhetorik ist. Die Investitionsmöglichkeiten, die notwendig wären, um die trotz Börsenkrise gewaltig angewachsenen Finanzvermögen zu verwerten, sind ganz einfach nicht vorhanden. Keine Gesellschaft und erst recht keine alternde Wohlstandsgesellschaft kann uferlos Innovation und schöpferische Zerstörung betreiben, nur um die Ansprüche der Eigentümer zu befriedigen. Die realen wirtschaftlichen Wachstumsraten und die Investitionsquoten gehen, wie schon festgestellt, in den meisten OECD-Ländern schon seit langem zurück. Gleichzeitig werden die privaten Investitionen fast nur noch aus den eigenen Mitteln der Unternehmen finanziert. Vor diesem Hintergrund ist die hohe Staatsverschuldung in den fortgeschrittenen Industrieländern keineswegs nur negativ zu sehen. Es waren die expandierenden öffentlichen Defizite, die die fehlende private Nachfrageausweitung kompensiert und damit den Ausbruch einer noch schwereren Krise nach dem Zusammenbruch der „New Economy“ verhindert haben.

Pointiert könnte man die Situation, die so entstanden ist, wie folgt beschreiben: Auf der einen Seite gibt es zahlreiche Menschen, vielleicht die Mehrheit der Bevölkerung, die gern mehr Geld ausgeben würden – wenn sie es denn hätten. Sie würden auch gern dafür arbeiten – wenn es die Arbeitsplätze denn gäbe. Gleichzeitig verfügen die anderen, d.h. die Minderheit der Vermögenden, über so viel Geld, dass sie es gar nicht ausgeben *können*: sie können es nicht konsumieren, sie können es aber mangels hinreichender profitabler Investitionsmöglichkeiten auch nicht investieren. Die Rede vom angeblichen „Kapitalmangel“ ist eine Legende. Nur dank der grenzenlosen Beweglichkeit, die das Kapital auf den liberalisierten internationalen Finanzmärkten heute genießt, kann es sich überall rar machen und so den Eindruck erwecken, es sei „knapp“, und nur so kann es auch sein politisches Druckpotential entfalten. In Wahrheit

herrscht ein chronischer Überfluss an anlage-suchendem Geldkapital, der sich in immer neuen spekulativen Blasen Luft macht. Eine ganze Armada von Finanzberatern widmet sich der fast unlösbar gewordenen Aufgabe, für die Vermögen ihrer Kunden rentierliche Anlagemöglichkeiten zu finden. Nicht Kapitalmangel, sondern Kapitalüberfluss ist, wie Keynes schon vor siebzig Jahren vorausgesehen hatte, das heutige Problem.

Welche Folgen hat es, wenn die Rückführung des Kapitals in den dynamischen Kreislauf nicht mehr gelingt? Kapitalgewinn basiert auf dem Prozess schöpferischer Zerstörung. Wenn dieser jedoch nicht mehr hinreichend funktioniert, wird die Profitwirtschaft zu einem Nullsummenspiel auf Kosten der Reproduktion der Gesellschaft. Wir haben es dann nicht mehr mit Gewinnen im eigentlichen Sinne des Wortes zu tun, sondern mit Renten, die auf der Ausnutzung der Marktmacht der Kapitaleigentümer beruhen. Sie entstehen nicht durch Innovation und Wachstum, sondern durch Umverteilung der Lohn- und Transfereinkommen zugunsten der Eigentümer und durch Einschnitte in die öffentliche Infrastruktur. Es spricht viel dafür, dass mit der Internationalisierung der Finanzmärkte, mit dem Aufstieg der institutionellen Investoren und der sog. „kapitalmarktorientierten Unternehmensführung“ Strukturen entstanden sind, die diese Umverteilung von unten nach oben systematisch vorantreiben. Das Regime der institutionellen Investoren führt zur Umkehrung des traditionellen Verständnisses von Kontrakt- und Residualeinkommen: Die Investoren reklamieren die Gewinne gemäß den vorher festgelegten Zielgrößen für sich als Kontrakteinkommen; die Arbeitseinkommen dagegen werden zu Residualeinkommen. Die Arbeitenden bekommen nur noch, was übrig bleibt, nachdem die Investoren ihre Forderungen befriedigt haben. So wird der Gesellschaft unter dem Deckmantel angeblicher „Sachzwänge“ eine stetig wachsende Rentenlast aufgebürdet. Das bedeutet nicht nur, dass Wirtschaftswachstum als der klassische sozialpolitische Befriedigungsmechanismus ausfällt. Eine Gesellschaft, die so reich ist wie nie zuvor in der Geschichte, muss das Niveau ihrer Reproduktion sogar immer weiter absenken. Die öffentliche Infrastruktur ver-

fällt, und die Menschen können es sich nicht einmal mehr leisten, Kinder zu bekommen. Das Problem des Überflusses an liquiden, anlage-suchenden Finanzvermögen wird nicht gelöst, sondern im Gegenteil weiter verschärft. Es droht eine Depressionsspirale, die nur durch die „stellvertretende“ Verschuldung der öffentlichen Haushalte aufgefangen werden kann.

IV.

Kann man wirtschaftspolitisch etwas gegen die Krise tun? Gegenwärtig lassen sich zwei typische Reaktionsmuster beobachten. Das erste könnte man mit dem Motto „Weiter so“ oder „Augen zu und durch“ bezeichnen. Es entspricht dem heute in der Wirtschaft, Wissenschaft, den öffentlichen Medien und fast allen Parteien vorherrschenden neoliberalen bis marktradikalen Konsens. Durch sogenannte „Reformen“, also Kürzungen der Staatsausgaben, Sozialleistungen und Löhne, durch Abbau der sozialen Sicherungssysteme und der rechtlichen Schutzbestimmungen versucht man, den Druck auf die Gesellschaft und die abhängig Beschäftigten zu erhöhen. Es wird behauptet, dadurch könne die Wirtschaft wieder in Fahrt gebracht werden. Aber das ist nichts als eine vage Spekulation, deren Unhaltbarkeit inzwischen offenkundig ist. Dass die eigentliche Ursache der Probleme nicht in den zu hohen Löhnen, dem zu großzügigen Sozialstaat oder der Faulheit der Menschen liegt, sondern in den überschüssigen Finanzvermögen, wird unterschlagen. Es ist wie bei einem Schiff, das wegen Ebbe auf Grund gerät, dessen Besatzung aber in der irrigen Annahme, die zu schwere Ladung sei schuld, ihren Besitz über Bord wirft. Diese Haltung ist vor allem unter Wirtschaftsführern, Managern, Beratern, Journalisten, Professoren beliebt – Personen also, die nicht nur persönlich finanziell meist gut abgesichert sind, sondern auch für die praktischen Folgen einer Umsetzung ihrer Empfehlungen keine Verantwortung tragen. Politiker demokratischer Volksparteien dagegen, die auch auf Wählerstimmen achten müssen, können sich diese Linie nicht uneingeschränkt zu eigen machen. Keine demokratisch gewählte Regierung könnte

die Umsetzung einer solchen Politik auf die Dauer aushalten.

Regierungen – sozialdemokratische wie konservative – nehmen deshalb gern die zweite Haltung ein, die man mit dem Stichwort „Sich durchwursteln“ charakterisieren könnte. Man folgt zunächst dem Druck der Wirtschaft und der marktradikalen Berater, kürzt Ausgaben und soziale Leistungen, steuert aber um, sobald ein wirtschaftlicher Abschwung droht oder bestimmte politische Schmerzgrenzen überschritten werden. Ein solches Umsteuern war bei Hans Eichel zu beobachten, der sich vom Paulus des strengen Sparkommissars zum Saulus des Verfechters neuer Schulden gewandelt und dabei auch den Konflikt mit der Europäischen Kommission nicht gescheut hat. Die Haltung des Sich-Durchwurstelns beweist zwar im Gegensatz zur Augen-zu-und-durch-Position praktischen Verantwortungssinn. Aber auch sie geht an den Kern der Probleme nicht heran, sondern kuriert nur an den Symptomen. Man gewinnt vorübergehend etwas Luft, und der Absturz wird vermieden. Aber neues Wachstum lässt sich so nicht erreichen und der Preis sind weiter steigende Schulden, Zinslasten und mit ihnen weiter fortschreitende Umverteilung von unten nach oben. Die Probleme werden in die Zukunft verschoben, vielleicht in der stillen Hoffnung, dass eine wieder steigende Inflation die Schuldenlast abmildert oder gar ein eventuell notwendiger Währungsschnitt das Problem von selber löst.

In der aktuellen Politik spielen nur diese beiden genannten Optionen, „Augen-zu-und-durch“ und „Sich-durchwursteln“, eine Rolle. Obwohl ich die zweite der ersten vorziehen würde, ist für mich doch klar, dass es sich nur um die Entscheidung für das kleinere von zwei Übeln handelt. Gibt es eine dritte Strategie? Auf einer abstrakten Ebene lässt sich durchaus angeben, was geschehen müsste, um der Wurzel des Übels zu Leibe zu rücken: Die Vermögensdynamik müsste gestoppt, die ungleiche Verteilung der Finanzvermögen und Einkommen müsste korrigiert werden. Die Forderungen der Gesellschaft an sich selbst müssten in Einklang mit dem gebracht werden, was sie vernünftigerweise leisten kann. Das ist nicht nur ein Gebot der vielzitierten

„Verteilungsgerechtigkeit“, sondern auch der notwendigen Anpassung der Erwartungen der Vermögenseigentümer an den sich verändernden Reproduktionsmodus der Gesellschaft. Der Gewinn ist die Prämie für die Leistung des Unternehmers im Prozess schöpferischer Zerstörung. Ob und wie dieser Prozess zustande kommt, ist aber eine Frage der Verfassung der gesamten Gesellschaft. In Entwicklungsgesellschaften, die in einer Phase des wirtschaftlichen Aufstiegs stehen, können hohe Gewinne und große Einkommensunterschiede eine nützliche Funktion erfüllen. Alternde Wohlstandsgesellschaften (wie die europäischen, nordamerikanischen, japanischen) dagegen, in denen sich relativ breite und wohlhabende Mittelschichten entwickelt haben, sind ungeachtet aller Innovationsrhetorik für schöpferische Zerstörung weniger empfänglich und bieten für reale unternehmerische Talente und Aspirationen ein ungünstigeres Umfeld.³ Was sich verbreitet, ist ein eher saturierter Habitus: Viele der Mitglieder der neuen Mittelschichten sind mit ihrem Leben, so wie es ist, im Grunde zufrieden und fürchten sich nur vor dem Absturz. Sie möchten zwar Karriere machen, aber keine unternehmerischen Risiken eingehen. Dennoch erwarten sie Renditen auf ihre Vermögen und schrauben diese Erwartungen, auch unter dem Einfluss der Konkurrenz der Fonds, sogar immer weiter in die Höhe. Wo es aber kein Unternehmertum mehr gibt, gibt es auch keine Grundlage mehr für den Gewinn. Es können keine Gewinne mehr erzielt werden, sondern allenfalls Renten, denen keine unternehmerische Legitimation mehr zukommt. In einer Gesellschaft, die keine schöpferische Zerstörung mehr betreibt, entfällt auch die Rechtfertigung für eine stark ungleiche Verteilung der Einkommen und Vermögen. Es ist der auf Kapitalverwertung begründete Reproduktionsmodus der Gesellschaft selbst, der in Frage steht. Schon Keynes hatte gesehen, dass das hartnäckige Festhalten der Rentiers an ihren Ansprüchen trotz objektiv abnehmender „Knappheit“ des Kapitals eine gesellschaftliche Krise heraufbeschwören muss. Im Anschluss an Keynes lässt sich sagen, dass der Schlüssel zur Erklärung der heutigen Krise in dem selbstwidersprüchlichen Handeln der Kapitaleigentümer liegt.

Es ist kein Zufall, dass heute keineswegs mehr nur in exzentrischen Kreisen über die Vorteile einer stationären Wirtschaft diskutiert wird, einer Wirtschaft, die nicht mehr wachsen muss, dafür aber die Reproduktion, die Sicherung des Lebens auf dem gegebenen Niveau gewährleistet. Eine solche Wirtschaft müsste nur noch die Produktionskosten decken, aber keine dauerhaft positiven Realzinsen und Profite mehr einbringen. Die statische Gleichgewichtsökonomie der ökonomischen Lehrbücher, in der Geld wirklich nichts anderes ist als ein Tauschmittel, würde Wirklichkeit. Das für kapitalistische Systeme zentrale Problem der Unsicherheit der Zukunft würde damit entdramatisiert. Soweit langfristige Vorsorge weiterhin notwendig ist, könnte sie sich auf einzelne ökologisch und gesellschaftlich wichtige Aufgaben beschränken. „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ heißt der Titel des Buches eines Autors aus St. Gallen (Wirth 2003). Man wird einwenden, dass dies alles Illusionen, weltfremde Spekulationen seien. Aber faktisch bewegen die entwickelten Volkswirtschaften sich längst auf einen stationären Zustand zu. Die Zinsen haben historische Tiefstände erreicht, die wirtschaftlichen Wachstumsraten gehen zurück und die Masseneinkommen stagnieren und sinken sogar in vielen Ländern. Wäre es möglich gewesen, die wirtschaftliche Dynamik Ende der siebziger Jahre einfach anzuhalten, d.h. die Wirtschaft nur noch in Form stationärer Kreisläufe weiterlaufen zu lassen, ohne Rationalisierung, Innovation, Modernisierung: für die Bevölkerung wäre es vorteilhaft gewesen.

Aber die Wirtschaft lässt sich nicht anhalten, eine kapitalzinsfreie Wirtschaft lässt sich nicht durch geldtechnische Eingriffe herbeiführen, wie die Anhänger der Freigeld-Lehre meinen. Das Problem wird hier, wie ich meine, richtig gesehen, aber die vorgeschlagene Lösung ist technisch verkürzt. Die Krise kann nur gesellschaftlich und politisch bewältigt werden. Eine Euthanasie des Rentiers und eine Suspendierung der Dynamik schöpferischer Zerstörung anzustreben hieße nichts anderes, als Kurs auf eine andere Gesellschaft zu nehmen. Eine Regierung, die eine solche Politik betriebe, müsste sofort mit massiven Widerständen rechnen. Sie würde eine

Kapitalflucht auslösen oder die schon vorhandenen Fluchttendenzen verstärken. Deshalb ist auch vor der linken sozialdemokratischen Illusion zu warnen, durch eine nationale Politik der Redistribution zugunsten der Arbeitseinkommen könnten die Wachstumskräfte gestärkt und die Arbeitslosigkeit überwunden werden. Unter dem Regime globalisierter Finanzmärkte ist es für die nationale Steuerpolitik schwieriger denn je geworden, auf die Vermögenseinkommen zuzugreifen. Der frühere Bundesbankpräsident Tietmeyer beklagte sich auf dem Weltwirtschaftsforum 1996 in Davos darüber, dass die meisten Politiker „noch nicht darüber im klaren sind, wie sehr sie bereits unter Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.“⁴ Die Regierungen sind zu Getriebenen der Finanzmärkte geworden. Faktisch ist heute eine plutokratische Struktur entstanden, die es den Vermögenden erlaubt, sich über Steuergesetze weitgehend hinwegzusetzen und Steuern nur noch nach eigenem Gusto zu zahlen.

Eine Regierung, die sich ernsthaft mit den Interessen der Vermögenden anlegen würde, geriebe nicht nur mit den Besitzern der großen Vermögen, sondern auch mit wichtigen Schichten der eigenen Wähler in Konflikt. Gerade in den Wertorientierungen und Lebensstilen der Mittelschichtklientel aller Parteien, von rotgrün bis schwarz-gelb ist ja der Erfolg im Erwerbsleben und der finanzielle Vermögensbesitz als Zentrum der Lebensorientierungen fest verankert. Die durch Geldvermögen gestiftete individuelle Freiheit ist das Kernstück des modernen gesellschaftlichen Wertesystems; sie ist die Grundlage der vielzitierten „Individualisierungsprozesse“ von Männern wie von Frauen (ausführlicher: Deutschmann 2001). Es wäre unrealistisch zu erwarten, dass selbst schwere wirtschaftliche Krisen daran rasch etwas ändern. Zwar ist der gutbezahlte Mittelstandsbürger nur zu oft Gewinner und Verlierer, Täter und Opfer zugleich. Aber solange die Einsicht in den Zusammenhang zwischen der eigenen Täter- und Opferrolle so gering ist wie in der heutigen Gesellschaft, wird demokratischen Regierungen vorläufig nichts anderes übrig bleiben, als zwischen den oben beiden genannten beiden

Übeln zu lavieren. An die Wurzel der Probleme kommen sie nicht heran.

Eine kurzfristig gangbare, mehrheitsfähige dritte Strategie sehe ich aktuell nicht. Meine These ist, dass die Regierungen in einer Falle gefangen sind. Wegen ihrer Abhängigkeit von den Finanzmärkten und den Interessen der besserverdienenden Wählerschichten sind sie nicht in der Lage, das zu tun, was zur Bewältigung der Schwierigkeiten geboten wäre: die Vermögensdynamik zu stoppen, die ungleiche Verteilung der Vermögen zu korrigieren oder auch nur für eine angemessene Besteuerung der Vermögenseinkommen zu sorgen. Sie werden also mit voraussichtlich abnehmendem Erfolg weiter zwischen den Übeln der Angebotspolitik und des Keynesianismus hin- und herlavieren.

Aber die Augen vor der Realität der abnehmenden kapitalistischen Dynamik zu verschließen, wird auf die Dauer nicht helfen. Solange die Gesellschaft sie politisch nicht direkt zum Thema machen will, wird sie sich eben unter dem Zwang der Umstände geltend machen: dadurch dass die Regierungen nicht anders können als den Mangel an privaten Investitionen durch kreditfinanzierte Staatsausgaben zu kompensieren. Es ist hier durchaus so etwas wie eine „List der Vernunft“ im Hegelschen Sinne wirksam: Das, was die Regierungen nicht können oder wollen, nämlich auf die exzessiv angewachsenen Privatvermögen direkt zuzugreifen, das bewirken sie faktisch und unfreiwillig: durch die stetig anwachsende Staatsverschuldung, die eines Tages in der Tat außer Kontrolle geraten könnte. Was immer dann geschehen mag, ein Staatsbankrott, eine inflationäre Krise, ein Währungsschnitt, ein Schuldenmoratorium: Es wird auf die Enteignung der Eigentümer hinauslaufen.

Auf die Frage danach, was politisch getan werden kann, bleibt daher aus meiner Sicht nur eines übrig: Man muss geduldig Aufklärung über die beschriebenen Dilemmata der Wirtschaftspolitik betreiben und die Selbstwidersprüche im Handeln der Vermögenseigentümer beleuchten. Man muss hartnäckig gegen den Strom schwimmen und für eine international koordinierte Politik starker Steuerprogression und hoher Steuern auf Vermögenseinkommen werben. Nicht

steigende, sondern weiter sinkende Zinsen und eine konsequente Bekämpfung der Steuerhinterziehung sind geboten. Das könnte ironischerweise sogar im wohlverstandenen objektiven Interesse der Vermögenden selbst liegen: Es ist besser, heute freiwillig höhere Steuern zu zahlen, als morgen noch viel mehr durch den nächsten Börsenkrach zu verlieren oder sogar einen Staatsbankrott heraufzubeschwören.

Literatur:

- Binswanger, M. (1996): Monetäre Wachstumsdynamik in modernen Wirtschaftssystemen, in: R. Riedl und M. Delpos (Hg.): Die Ursachen des Wachstums, Wien.
- Deutschmann, C (1973): Der linke Keynesianismus, Frankfurt/M.
- Deutschmann, C. (2001): Die Verheißung des absoluten Reichtums. Zur religiösen Natur des Kapitalismus, 2. Aufl. Frankfurt/M.
- Ganßmann, H. (2004): 30 Jahre Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik – ein deutscher Sonderweg, in: Leviathan 32, S. 164-184.

- Huffs Schmidt, J. (2002): Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg.
- Kroll, G. (1958): Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin.
- Lebenslagen in Deutschland (2005) Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin.
- Martin, H.P./Schumann, H. (1996): Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Wohlstand und Demokratie, Reinbek.
- Wirth, R. (2003): Marktwirtschaft ohne Kapitalismus. Eine Neubewertung der Freiwirtschaftslehre aus wirtschaftsethischer Sicht, Bern.

Anmerkungen

- 1 Am spektakulärsten zeigt sich diese Rückkehr gegenwärtig wohl in den USA in dem Militärkeynesianismus der Regierung Bush.
- 2 Bereits Rosa Luxemburg hat in ihrem Hauptwerk „Die Akkumulation des Kapitals“ auf dieses Problem hingewiesen. Siehe auch Kroll (1958), Deutschmann (1973) und Binswanger (1996).
- 3 In einigen Jahrzehnten wird dieses Bild sich vielleicht auch in den jetzt noch dynamischen Gesellschaften Chinas oder Indiens darbieten.
- 4 zitiert bei H. Martin/ H.P. Schumann 1996, S. 90.

Zum 10. Todestag von Michael Ende am 28. August 1995

„Was ist eine Geldhexe?“ fragte Maurizio. „Ganz genau weiß ich’s auch nicht“, gab Jakob zu. „Sie kann mit Geld zaubern. Sie macht irgendwie, dass es sich von selber vermehrt. Jeder von den beiden is’ für sich allein schon schlimm genug, aber wenn Geldhexen und Laborzauberer sich zusammentun – gute Nacht! – dann wird’s ehrlich finster auf der Welt. ... Ich hab’ bis jetzt keine Beweise, dass die zwei unter einer Decke stecken. Bei den Menschen – ich sag’ dir – da is’ Geld überhaupt der springende Punkt. Für Geld tun sie alles, und mit Geld können sie alles machen. Es is’ ihr schlimmstes Zaubermittel.“ ...

Geldhexe Tyrannja:

„Oh Mammon, Fürst dieser Welt,
du gibst Macht über Menschen und Sachen!
Aus Nichts schöpfst du immerfort Geld,
und mit Geld kann man alles machen.“

„Punsch aller Pünsche, erfüll’ meine Wünsche:
Wer Zwietracht schürt zwischen Völkern
und Rassen, um Krieg zu entfachen,
und mit Waffen handelt, zwecks Klimpern
der Kassen, soll Pleite machen.“

Punsch aller Pünsche, erfüll’ meine Wünsche:
Der Reichtum, mit dem man hierzuland prahlt,
und den man verdient zu genießen glaubt,
sei nicht mit der Not anderer Völker bezahlt,
die man durch Zinsen um alles beraubt.

Punsch aller Pünsche, erfüll’ meine Wünsche:
Verkauft soll nur werden, was gut ist und echt
Und menschlicher Arbeit entstammt,
doch niemals das Leben, Gewissen und Recht
und niemals Würde und Amt.“

Michael Ende, Der satanarchäologischenalkohöllische Wunschpunsch, Stuttgart und Wien 1989, S. 62, 80, 213 und 215.

Thomas Betz:

War Keynes der bessere Gesell oder Gesell der bessere Keynes? *

Urzins und Liquiditätsverzichtsprämie

Aus der Fragestellung darf mit Recht geschlossen werden, dass die beiden Herren etwas miteinander zu tun haben oder jedenfalls hatten. Und in der Tat: Die augenscheinlichste Gemeinsamkeit der beiden ist die Konstatierung und die Interpretation des Zinses als eines arbeits- und leistungslosen Überschusses.

Für Keynes ist die sog. Liquiditätsprämie bzw. Liquiditätsverzichtsprämie die – allerdings selbst nicht-monetäre – Ertragsrate der Geldhaltung gegenüber der Option, „reale“ bzw. konkrete Konsum- oder Investitionsgüter zu halten, die nicht, jedenfalls nicht vergleichbar, liquide sind. Die Liquiditätsprämie auf Geld bestimmt nun den – monetären – Zinssatz und dieser – da dem Investitions- und Produktionsprozess vorgeschaltet – die Untergrenze des mindestens zu erwirtschaftenden Profits.

Gesell argumentiert ganz ähnlich: Alle Güter sind von Natur aus mit Durchhaltekosten belastet, d.h. sie verwittern, verfaulen, veralten. Geld hat keine bzw. weit geringere Durchhaltekosten. Deshalb ist der Geldhalter – und insbesondere der wohlhabende, der also unter keinem sofortigen Zwang zum Konsumieren steht – im Vorteil gegenüber dem Halter von Gütern. Er kann es sich leisten, zu warten, ohne einen (dem Güterhalter) vergleichbaren Wertverlust zu riskieren und zu realisieren. Dadurch kann er die Unterlegenheit des Güterhalters ausnutzen: Er verlangt ihm einen Abschlag ab, den sog. Urzins. Weil der Urzins durch reine Kaufzurückhaltung bzw. Kaufverzögerung bzw. „Horten“ (des Geldes) erzwungen werden kann, ist er natürlich auch dann fällig, wenn Geld verliehen und für Investitionszwecke zur Verfügung gestellt wird. Was also für Keynes die Liquiditätsprämie, ist für Gesell der Urzins.

* Erweiterte Fassung eines Vortrags im Rahmen der 36. Mündener Gespräche am 16. April 2005 in Fuldata bei Kassel.

Weil das Geld eine Monopolstellung sowohl als Tauschmittel als auch als Wertaufbewahrungsmittel genießt, kann der Geldbesitzer sich für die Nichtwertaufbewahrung per Geld durch den Zins entschädigen lassen.^[1] Keynes und Gesell bestreiten also beide, dass der Zins etwas mit Konsumverzicht zu tun hat, mit „Produktivität des Geldkapitals“ etwa, mit „Sparprämie“, „Warteprämie“ o.ä., sondern der Zins ist einzig und allein eine Belohnung für die Aufgabe von Liquidität und in seiner Höhe ein Maß für die Abneigung der Geldbesitzer, sich von ihren liquiden Mitteln zu trennen. Mit der Verfügungsgewalt über Geld hinsichtlich der Entscheidung, Geld nun zu halten oder zu investieren, dominiert das Geldkapital den gesamten Wirtschaftsprozess. Alle ökonomischen Vorgänge werden grundsätzlich von der Verfügungsgewalt der Geldbesitzer über ihre Geldvermögensbestände bestimmt. Variationen in der Neigung zur Geldhaltung bestimmen die Liquiditätsprämie und somit die Höhe des Geldzinses.

Dieser Geldzins bestimmt nun auch die Profitrate der Produktion (in der sog. Realsphäre): Eingesetztes Sachkapital ist vorgeschossenes Geld des Geldkapitals und muss als solches in Höhe des Kredit- bzw. Geldzinses refundiert werden. Damit ist ein Rentabilitätswang in Höhe des Geldzinses (als Untergrenze) in die Welt gesetzt. Der Profit des Sachkapitals ist also keine eigenständige Größe, sondern eindeutig bestimmt durch die Liquiditätsprämie. Indem das Geldkapital das Geldangebot knapp hält, zwingt es zur Knapphaltung der Produktion. Beide – Keynes wie Gesell – bestreiten also, dass die Entstehung des Profits irgend etwas mit dem Privatbesitz an Produktionsmitteln zu tun hat, und setzen sich damit auch in diametralen Gegensatz zur marxistischen Perspektive.

Auch im Hinblick auf die Analyse von Krise und Arbeitslosigkeit stimmen die beiden in ihren

Grundthesen überein: Im Konjunkturabschwung sinkt die Liquiditätspräferenz nicht etwa, sondern sie hat im Gegenteil sogar die Neigung, weiter anzusteigen; jedenfalls bleibt der dadurch induzierte Zinssatz über dem Vollbeschäftigungsgleichgewicht. Ein Selbstverstärkungsprozess ist in Gang gekommen: Die solcherart entstandene Zinsbarriere ist die Ursache für Krise und Arbeitslosigkeit und hat ihrerseits ihre letzte Ursache in der offensichtlich problematischen Funktion des Geldes als Wertaufbewahrungsmittel. So wie im Konjunkturaufschwung die Sachkapitalbildung durch Verzicht auf Geldhaltung ermöglicht wird, so wird auch die Sachkapitalbildung durch die Grenzen der Bereitschaft zur Geldhergabe beschränkt.

In der Krise wird nun die so notwendige Verbilligung der Kredite durch die gleichbleibend hohe Liquiditätspräferenz verhindert und damit auch eine Erweiterung der Produktion auf Vollbeschäftigungsniveau. Im Gegensatz zur klassischen Schule ist hier also die Krise nicht etwa Folge eines Kapitalmangels aufgrund zu geringen Konsumverzichts, sondern geradezu im Gegenteil Folge einer Knapphaltung von zurückgehaltenem Geld. Das Geldkapital löst die Krise aus und beendet sie erst wieder, wenn die Gewinnerwartungen auf den Gütermärkten das Niveau der Liquiditätsprämie erreichen.

Wirtschaftspolitischer „Gezeitenwechsel“

Aber auch im Hinblick auf ihre letztendlichen Ziele sind sich Keynes und Gesell weitgehend einig: Gesell will eine konsequente staatliche Rahmenrechtsordnung schaffen, die die Macht des Geldes über den Güter- und Arbeitsmarkt überwindet, indem sie die permanente Wirksamkeit des Geldes als private Nachfrage sicherstellt und dadurch das Geld zum tatsächlich neutralen Tauschmittel macht. Sodann hat es keinen autonomen Einfluss auf die Allokation der Ressourcen, auf die Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie auf die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung mehr. Nicht die Marktwirtschaft soll beseitigt werden, sondern der „monetäre Defekt“ derselben, um die bislang eingeschränkten Selbstregelungs- und Selbstheilungskräfte des Marktes erst voll zur Entfaltung zu bringen.

Dem Geld soll seine auf seinem Liquiditätsvorteil beruhende strukturelle Macht genommen werden; dadurch, dass es im Falle eines Rückzugs in die Nachfrageunwirksamkeit mit Durchhaltekosten belastet wird (z.B. Stempelgeld). Dadurch soll das Geldkapital in jeder Situation veranlasst werden, als wirksamer Nachfrager von Konsum- und Investitionsgütern auf dem Markt zu erscheinen; auch bei rückläufiger Grenzleistungsfähigkeit des Realkapitals.

Der Marktzins sowie die Grenzleistungsfähigkeit des Realkapitals würden dann allmählich gegen Null absinken und die kapitalistische Marktwirtschaft dadurch in eine „nachkapitalistische Marktwirtschaft“ übergehen. Der Zins würde nicht etwa vollständig abgeschafft, sondern er pendelte in einer gewissen Bandbreite um Null und sorgte damit als Knappheitsindikator für eine optimale Lenkung der Kapitalströme in die bedarfsgerechte Investition. Für die Erhaltung der Lenkungsfunktion des Zinses wären dann allerdings die bislang bekannten Höhen der Zinssätze nicht mehr erforderlich.

Das Geld, nunmehr echtes allokatonsneutrales Tauschmittel, vermittelte jetzt einen wirklich gerechten Austausch von Leistungen und Gegenleistungen. Das Geld wirkte verteilungsneutral, d.h. bestehende Einkommens- und Vermögensunterschiede könnten nicht noch größer werden bzw. nur noch durch tatsächliche Leistungsunterschiede. Eine elementare Voraussetzung für die Bändigung sowie den Abbau sozialer Gegensätze wäre damit geschaffen.

Keynes anerkennt in der „General Theory of Employment, Interest and Money“ ausdrücklich: „Jene Reformatoren, die in der Erzeugung künstlicher Durchhaltekosten des Geldes ein Heilmittel gesucht haben, zum Beispiel durch das Erfordernis periodischer Abstempelungen der gesetzlichen Zahlungsmittel zu vorgeschriebenen Gebühren, sind somit auf der richtigen Spur gewesen; und der praktische Wert ihrer Vorschläge verdient erwogen zu werden.“^[2] Allerdings kommt er – wie wir noch sehen werden – an dieser Stelle zu anderen Schlussfolgerungen als Gesell. Aber der angestrebte Endzustand ist derselbe: „Unter solchen Voraussetzungen würde ich schätzen, dass ein richtig geleitetes, mit modernen tech-

nischen Hilfsmitteln ausgerüstetes Gemeinwesen ... in der Lage sein sollte, innerhalb einer Generation die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals im Gleichgewicht auf ungefähr Null herunter zu bringen; so dass wir die Zustände eines quasi-statischen Gemeinwesens erreicht haben würden, in dem Änderungen und Fortschritt sich nur aus Änderungen in der Technik, im Geschmack, in der Bevölkerung und in den Institutionen ergeben würden, wobei die Erzeugnisse von Kapital zu einem der in ihnen verkörperten Arbeit usw. entsprechenden Preis verkauft werden würden...“^[3]

Bereits für Keynes war also klar: Durch den auf Null stabilisierten Zinsfuß entfällt der zerstörerische Zwang zum ungehemmten exponentiellen Wachstum sowohl des Geld- als auch des Realkapitals, insbesondere in einer Situation gesättigter Gütermärkte. Das Geld kann nun auch in soziale und kulturelle Bereiche fließen, in denen es aus Rentabilitätsgründen bislang Mangelware war und somit im Übergang vom exponentiell-quantitativen zum qualitativen Wachstum zu einer Entspannung des Konflikts von Ökonomie und Ökologie beitragen.

Was aber Keynes mit Gesell verbindet, ist nicht nur der Umstand, dass er in den bestehenden Geldverfassungen die Ursache für Krise und Instabilität verortet und dass er ähnlich diesem langfristig einen Zustand eines Zinssatzes nahe Null anstrebt, sondern eben auch, dass er sich wie Gesell daran stört, dass der Zins polarisierend wirkt, d.h. von unten nach oben umverteilend (oder die Reichen reicher und die Armen ärmer machend): „Wenn ich recht habe in meiner Annahme, dass es verhältnismäßig leicht sein sollte, Kapitalgüter so reichlich zu machen, dass die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals Null ist, mag dies der vernünftigste Weg sein, um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus los zu werden. Denn ein wenig Überlegung wird zeigen, was für gewaltige gesellschaftliche Änderungen sich aus einem allmählichen Verschwinden eines Verdienstsatzes auf angehäuften Reichtum ergeben würden. Es würde einem Menschen immer noch freistehen, sein verdientes Einkommen anzuhäufen, mit der Absicht, es an einem späteren Zeitpunkt auszugeben. Aber seine Anhäufung würde nicht wachsen.“^[4]

Und an anderer Stelle: „Ich betrachte daher die Rentnerseite des Kapitalismus als eine vorübergehende Phase, die verschwinden wird, wenn sie ihre Leistung vollbracht hat. Und mit dem Verschwinden der Rentnerseite wird noch vieles andere einen Gezeitenwechsel erfahren. Es wird überdies ein großer Vorteil der Ereignisfolge sein, die ich befürworte, dass der sanfte Tod des Rentners, des funktionslosen Investors, nichts Plötzliches sein wird, sondern ... keine Revolution erfordern wird.“ [5]

Obwohl der Aspekt nicht immer im Vordergrund der Diskussion steht, ist gleichzeitig für Gesell doch auch unabdingbar, dass die angestrebte Geldreform mit einer damit in unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang stehenden Bodenreform verknüpft wird. Denn für Gesell ist klar, dass eine nach seinen Vorstellungen erfolgende Geldreform ohne Bodenreform zwangsläufig dazu führen müsste, dass die Wertaufbewahrungsfunktion von Geld sofort auf den nicht vermehrbaren Boden übergeht, dessen Preise über kurz oder lang – und noch viel stärker als ohne Geldreform – ins Unermessliche steigen müssten. Jedenfalls wäre auf diese Art und Weise die Möglichkeit eines arbeits- und leistungslosen Einkommens, eben eine Grund-Rendite bzw. Grundrente, die auch wieder auf andere Bereiche ausstrahlen kann, nicht beseitigt. Ganz ähnlich sieht das Keynes, der in der „General Theory“ feststellt, dass „... es Zeiten gegeben (hat), in denen wahrscheinlich die Begierde nach dem Besitz von Land, ohne Rücksicht auf sein Erträgnis, dazu beigetragen hat, den Zinsfuß hoch zu halten.“^[6]

Kritik am Marxismus

Einig sind sich Keynes und Gesell auch in der eindeutigen Ablehnung der marxistischen Analyse: Zwar besteht eine wesentliche Gemeinsamkeit zwischen Marx und Gesell in der konstatierten fundamentalen und umfassenden gesellschaftlichen Polarisierung von Reichtum und Armut. Allerdings stellt Gesell dem Marxschen „Kapital contra Arbeit“ die Zweiteilung der Gesellschaft in Geldkapitalisten auf der einen und Produzenten, Arbeiter und Konsumenten auf der

anderen Seite gegenüber, wobei der Bruch letztlich durch alle Schichten der Gesellschaft geht. Beide Schulen thematisieren kapitalistische Eigentumsformen und die Möglichkeiten ihrer Überwindung. Während aber die Marxisten letztlich das gesamte Gesellschaftssystem darauf zurückführen, sind für Gesell geradezu umgekehrt die Eigentumsformen eine Folgeerscheinung der kapitalistischen Geldordnung.

Das tragische Missverständnis von Marx besteht für Gesell in der kritiklosen Übernahme der Vorstellung des Geldes als vollkommenes Warenäquivalent und vollkommenes Tauschmittel aus der Klassik.^[7] Damit sei er von Anfang an auf ein völlig falsches Gleis abgetrieben. Marx finde am Geld, so wie es ist, nichts auszusetzen. Es sei für ihn auch kein selbstständiges Kapital und insofern auch nicht Quelle des Mehrwertes.

Allein die Arbeitskraft ist für Marx die Quelle des Mehrwertes. Wiewohl er den Zins und seine (Geld-)kapitalbildende Wirkung auch akzeptiert, bestreitet er die für Gesell damit offensichtliche Nichtneutralität dieses Tauschmittels. Mehrwert-heckendes Kapital sind für Marx Sachgüter, die Produktionsmittel bzw. die Realkapitalien; entsprechend ist die Mehrwertbildung im Produktionsprozess zu suchen. Wiederum in einer kritiklosen Übernahme aus der volkswirtschaftlichen Literatur seiner Zeit – so Gesell – betrachtet Marx die Arbeitskraft als eine Ware, deren Gebrauchswert um den Mehrwert höher sei als deren Tauschwert, die aber gleichwohl mit Geld vollkommen und äquivalent getauscht werde.

Hingegen findet Gesell in seiner Schrift „Die Ausbeutung, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung“ gerade in der von Marx selbst stammenden Formel des Tausches

Geld – Ware – Mehrgeld:

G - W - G'; G' = G + g; g = Mehrwert

den unmittelbaren Beleg dafür, dass das Geld eben nicht vollkommenes Äquivalent der Waren, sondern selbstständiges Kapital ist, dass G' nicht Produkt einer ewig wiederholten Prellerei sein könne, sondern Ergebnis einer Überlegenheit des Geldbesitzers über den Warenbesitzer sein müsse, mithin Produkt eines wirtschaftlichen Machtfaktors.

Gesell holt sich auch Unterstützung beim französischen Sozialisten Proudhon, einem Zeitgenos-

sen von Marx und von ihm bekämpftem Gegenspieler, für den (gleich Gesell) ebenfalls Mehrwert nicht Produkt eines Sachgutes, sondern eines wirtschaftlichen Zustandes, eines Machtverhältnisses war. Proudhon suchte die Quelle des Mehrwertes ebenfalls im Tausch der Ware gegen Geld; nach seiner Ansicht steckten die Wurzeln des Kapitalismus im Gelde.

Für Gesell ist klar: „Wir haben zu wählen zwischen der Beseitigung der Baufehler unserer alten Wirtschaftsweise und dem Kommunismus der Gütergemeinschaft. Ein anderer Ausweg ist nicht da ...“^[8] Aber die Verstaatlichung der Industrie und eine Planwirtschaft waren für ihn der falsche Weg. Gesell starb zu früh, um Zeitzeuge der schlimmsten Erscheinungsformen des Stalinismus sein zu können, aber seine Haltung war gleichwohl eindeutig: „Seht, wie die Kapitalisten der ganzen Welt sich über das russische kommunistische Experiment freuen! Es soll die Tatsachen zum Beweise liefern, dass der Marxismus das Volk dem Hungertode ausliefert. Nach dieser Revolution soll dann noch einer es wagen, den Kapitalismus anzugreifen!“^[9]

Keynes steht in seiner kritischen Haltung gegenüber Marx Gesell in nichts nach; sowohl im Hinblick auf dessen Analyse (so hat er einmal Joan Robinson gegenüber geäußert, Marx „habe einen scharfsinnigen und ursprünglichen Instinkt, sei aber doch ein sehr mangelhafter Denker“^[10]), als auch in seiner Abscheu gegenüber dem real existierenden Kommunismus bereits der 1920er, natürlich aber noch viel mehr gegenüber dem der 1930er Jahre, die Legende ist. Für ihn war der Sowjetkommunismus „das schlimmste Beispiel, das die Welt wohl je an administrativer Inkompetenz gesehen hat und dem fast alles zum Opfer fällt, was das Leben ... lebenswert macht.“^[11]

Im Zusammenhang mit seiner Grundhaltung zu Marx nimmt Keynes in seinem Hauptwerk (der „General Theory on Employment, Interest and Money“) zum Hauptwerk Silvio Gesells (der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“) wie folgt Stellung: „Der Zweck des Buches als Ganzes kann als die Aufstellung eines antimarxistischen Sozialismus beschrieben werden, eine Reaktion gegen das Laissez-faire, auf theoretischen Grundlagen auf-

gebaut, die von jenen von Marx grundverschieden sind, indem sie sich auf eine Verwerfung statt Annahme der klassischen Hypothesen stützen und auf eine Entfesselung des Wettbewerbs statt auf seine Abschaffung. Ich glaube, dass die Zukunft mehr vom Geiste Gesell als von jenem von Marx lernen wird.“^[12]

Ausgleich der Weltwirtschaft

Eine bedeutungsvolle Parallele zwischen Keynes und Gesell ist auch die zwischen dem sog. „Keynes-Plan“ und der „Internationalen Valuta-Assoziation“ von Gesell.^[13] Der Keynes-Plan wurde vom bedeutendsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts auf der bedeutendsten Konferenz des 20. Jahrhunderts selbst vorgestellt: In Bretton Woods im Jahre 1944, wo die Sieger des 2. Weltkriegs über die Weltwirtschaftsordnung der Nachkriegszeit berieten und befanden.

Grundlegende Gedanken eines derartigen Systems lassen sich bereits in dem von Silvio Gesell im Jahre 1920 unterbreiteten Vorschlag einer „Internationalen Valuta-Assoziation“ (IVA) finden: Dabei sollte neben den weiterexistierenden preisstabilen nationalen Währungen eine von allen an der Assoziation teilnehmenden Ländern als vollgültiges Zahlungsmittel akzeptierte internationale Währung, die „Iva“, umlaufen, deren Wert wiederum zu den nationalen Währungen fixiert sein sollte. Kommt es nun zu Preiserhöhungen bzw. -senkungen in den einzelnen Ländern – etwa aufgrund einer Änderung der umlaufenden (nationalen) Geldmenge oder aber der Umlaufgeschwindigkeit derselben – so hätte dies entsprechende Abflüsse bzw. Zuflüsse von Iva-Noten aus dem bzw. in das betreffende Land zur Folge, was wiederum korrigierend auf das Preisniveau zurückwirken würde. In einer Situation aber, in der eine Erhöhung des nationalen Notenumlaufs die Iva-Noten aus dem betreffenden Land restlos „vertreibt“, nunmehr also die Außenhandelsbilanz nicht mehr zum Ausgleich gebracht werden kann, entsteht – administrativ – die Verpflichtung einer Zinszahlung (!) gegenüber der die Iva-Noten ausgebenden Verwaltung bzw. selbige gibt neue Iva-Noten an das betreffende Land nur noch gegen Agio aus. Dies erzwingt schließ-

lich eine Rücknahme der nationalen Notengeldmenge, welche schließlich zu Preisrückgängen und endlich zu einem entsprechenden Ausgleich der Außenhandelsbilanz führt. Als letztes Mittel sind Interventionen bzw. das Recht auf „Anweisungen“ an die einzelnen Nationalstaaten durch die IVA vorgesehen. Nicht durch eine Internationalisierung des gesamten Geldumlaufs sollte also die Stabilität der Wechselkurse herbeigeführt werden, sondern dadurch, dass man einer beschränkten Anzahl Noten oder Münzen (Gesell sprach von 20%) internationale Gültigkeit verleiht.

Der Keynes-Plan oder auch Bancor-Plan sah die Gründung einer Union für den internationalen Zahlungsverkehr, die sog. „International Clearing Union“, vor, die auf einem internationalen – gewissermaßen virtuellen – Bankgeld, dem sog. Bancor, beruht. Der Bancor sollte in einem festen (aber nicht für alle Zeit unveränderlichen) Austauschverhältnis zu den teilnehmenden Währungen stehen, dabei aber selbst nicht in Notenform oder anderweitig als Zahlungsmittel für die Wirtschaftssubjekte in Erscheinung treten. Die Zentralbanken der Mitgliedsländer sollten bei der International Clearing Union Konten unterhalten, die es ihnen ermöglichen, ihre Leistungsbilanzen untereinander, definiert in Bancor-Einheiten, auszugleichen. Für Länder mit einer positiven Leistungsbilanz (die also mehr Güter und Dienstleistungen exportieren) würde bei der Clearing Union ein Bancor-Guthaben ausgewiesen werden, für solche mit einer negativen Bilanz ein entsprechendes Soll.

Das Ganze würde von Maßnahmen begleitet sein, die einer unbegrenzten Anhäufung von Guthaben sowie von Schulden entgegenwirken: Für jeden Mitgliedstaat wird zunächst die Höhe seiner maximal erlaubten Verschuldung gegenüber der Union festgelegt: die sog. „Quote“, welche jedoch in regelmäßigen Abständen überprüft und angepasst werden kann. Übersteigt nun der jährliche Durchschnitts-Saldo eines Mitgliedsstaates ein Viertel seiner Quote, so soll vom entsprechenden Differenzbetrag eine Gebühr von 1% an den sog. Reserve-Fonds der „Clearing Union“ gezahlt werden; und zwar unabhängig davon, ob es sich nun um einen Haben- oder Schuldensaldo handelt. Übersteigt der Saldo

die Hälfte der Quote, so erhöht sich die Gebühr auf 2%. Mitgliedsstaaten, die Schulden haben, können aber nunmehr auf Grundlage gegenseitiger Vereinbarungen aus den Guthaben der Mitgliedsstaaten, die über solche verfügen, Anleihen aufnehmen, wodurch beide, die Schuldner wie die Gläubiger, ihre Gebühren an die Clearing Union vermeiden können. Dabei ergibt es sich markt-logisch, dass die Konditionen für diese Anleihen bei Zinssätzen unter 1% bzw. unter 2% liegen werden, da die Schuldner selbstverständlich nicht bereit sein würden, mehr zu bezahlen als sie an Gebühren an die Clearing Union zu entrichten hätten. Auf der anderen Seite sind die Gläubiger ebenfalls froh, keine Gebühren entrichten zu müssen und geben sich im Idealfall mit einem Zinssatz nahe oder sogar gleich Null zufrieden. Unter den gegebenen Bedingungen ist es ebenso vorstellbar, dass sich Gläubiger – zumindest vorübergehend – mit leicht negativen Zinssätzen einverstanden erklären, da sich ihre Position dadurch immer noch günstiger darstellte, als wenn sie Strafgebühren entrichten müssten.

Die fundamentale Eigenschaft der ICU ist also die einer Institution, die multilateral barter trading (z. dt. Kompensationsgeschäfte) organisiert und auf Basis eines "Geldes" verrechnet, das lediglich bei der Verbuchung gelieferter Leistungen auf der Aktivseite des Lieferanten und auf der Passivseite des Verbrauchers in Erscheinung tritt, auf Geldverkehr im üblichen Sinne also völlig verzichtet. Man könnte sie also durchaus mit einem Tausch-Ring der Nationalstaaten vergleichen. In Bank-Termini ausgedrückt, handelt es sich also um eine "Bank", die sich einer nicht konvertiblen Währungseinheit bedient, kein Liquiditätsproblem kennt, immer zahlungsfähig ist, nicht zusammenbrechen und dementsprechend auch auf Reserven verzichten kann. Insofern kann auch darauf verzichtet werden, dass einzelne Mitgliedstaaten Vermögenswerte zur Verfügung stellen, um einen Kapitalstock für einen Fond zu bilden, der Kredite vergibt (wie das bei IWF und Weltbank der Fall ist). Die Bereitstellung der Liquidität würde in genau der zur Finanzierung des Handels erforderlichen Größenordnung erfolgen. Im Verhältnis zum Be-

darf wäre also nie zuviel oder zuwenig internationales Geld vorhanden. Die internationale Währung wäre ausschließlich von endogenen Prozessen bestimmt und nicht abhängig von Goldfunden, vom Vertrauen in eine Leitwährung bzw. vom Grad der durch das Leitwährungsland zur Verfügung gestellten Liquidität. Das in der Praxis häufig hochproblematische Dilemma zwischen der Verwendung der Leitwährung als einerseits nationaler Währung und andererseits internationaler Liquidität und Zentralbankreserve wäre aufgelöst. Keynes betont auch, dass ein weiterer bedeutender Vorteil des Systems darin besteht, dass dabei nicht mehr Liquidität über Hortungsmechanismen dem Markt entzogen (insbesondere sollte auch die Konvertibilität des Bancor in Gold explizit ausgeschlossen werden) und dadurch deflationärer Druck mit Kontraktionswirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft ausgeübt werden kann.

Nach Keynes

Wie kommt es nun, dass die gezeigte frappierende Konkordanz von Keynes und Gesell kaum mit dem übereinstimmt, was ansonsten mit dem Namen Keynes in Verbindung gebracht wird und dass das Aufzeigen dieser Zusammenhänge immer wieder auch viele Menschen in Erstaunen versetzt, die für sich in Anspruch nehmen, Keynes oder jedenfalls den Keynesianismus zu kennen?

Die Anhänger Gesells haben schon sehr früh auf die Parallelen zu Keynes hingewiesen und darauf, dass in der „General Theory“ neben der „klassischen“ Idee des primär Zentralbankbestimmten Zinssatzes im 15. Kapitel im 13. und 17. Kapitel die Konzeption einer Zinstheorie entworfen wird, in der durch die „Entscheidung zu Horten“ der Zinssatz zum Preis für eine beschränkt aufgegebene Liquidität wird. Obgleich ihr im Buch mindestens derselbe Platz und Umfang eingeräumt wird, fällt sie bei der Weiterentwicklung des Keynesianismus im sog. „Post-keynesianismus“ genauso unter den Tisch wie Keynes positive Würdigungen der Person Gesells und seiner Reformvorschläge. Zurecht wird kritisiert, dass eine sog. „keynesianische Wirtschaftspolitik“, die Keynes auf einen „Mr. Deficit

Spending“ reduziert und ihn – „konsequenterweise“ – auch für die grassierende Staatsverschuldung verantwortlich macht, sich zu Unrecht seines Namens befleißigt.

Aber Ende der sechziger Jahre macht auch ein Keynesianer – namens Leijonhufvud – darauf aufmerksam, dass neben dem Beschäftigungstheoretiker Keynes – auf den sich die Globalsteuerung und der Staatsinterventionismus beruft – auch ein Geldtheoretiker Keynes existiert, für den die bestehende Geldordnung die immanente Neigung der Marktwirtschaft zur Instabilität zumindest mitbedingt.^[14] Er rehabilitiert und verteidigt den geldtheoretischen Keynes gegen die herrschende postkeynesianische Ökonomie und deren Suggestion, dass die Keynesische Liquiditätspräferenztheorie eine bloße Wahl zwischen nominell fixierten und nominell variablen Vermögensobjekten thematisiert.^[15] Denn sehr viel mehr meint die Keynesische Liquiditätspräferenztheorie die Wahl zwischen Geld und kurzfristigen Forderungen einerseits und langfristigen und realen Aktiva andererseits. Leijonhufvud argumentiert im Kontext einer Geldwirtschaft und damit, dass Investitionen, die mit Geld zu tätigen sind, notwendig den Verzicht auf die Geldhaltung bei den Geldbesitzern voraussetzen. Damit ist aber die reale Produktion dem Kalkül der Geldbesitzer, ihr Vermögen zu sichern und zu mehren, ausgeliefert. Und entsprechend sind auch Stockungen und Krisen auf das Verhalten der Geldbesitzer zurückzuführen.

Eine weitere Ausarbeitung erfuhr der monetäre Gehalt der Keynesischen Theorie durch die Keynesianer Davidson, Kregel und Minsky, die sich gegen den konventionellen (orthodoxen) Postkeynesianismus abgrenzen und ihm ihren „keynesianischen Fundamentalismus“^[16] gegenüberstellen. Sie verstehen sich selbst als die Gralshüter der (eigentlichen) Keynesischen Theorie und schrecken auch nicht davor zurück, keynesianische Beschäftigungstheoretiker zuweilen als „Bastardkeynesianer“ zu kritisieren, die Keynes nicht als Geldtheoretiker erkannt hätten, obwohl er immer wieder die herausragende Bedeutung des Geldes in modernen Marktwirtschaften herausgestellt hat.

Davidson formuliert in Anlehnung an Keynes folgende Grundpositionen:

1. Moderne Geldwirtschaften besitzen keinen automatischen Mechanismus, der eine dauerhafte Vollbeschäftigung sicherstellt.
2. Die Arbeitslosigkeit muss in Verbindung mit den Charakteristika von Geld gesehen werden.
3. Die besondere Bedeutung des Geldes für den Wirtschaftsprozess rührt daher, dass Geld in einer von Unsicherheit gekennzeichneten Welt das einzige Surrogat relativer Sicherheit ist.^[17]

Als Weiterentwicklung des keynesianischen Fundamentalismus kann der sog. „Monetärkeynesianismus“ um den Berliner Ökonomen Hajo Riese gelten. Riese und seine Mitstreiter rehabilitieren ebenfalls Keynes' Geldtheorie, gehen aber zum Teil auch darüber hinaus und geraten dabei in Argumentationsketten, die – zufällig oder auch nicht – durchaus an die Gesellsche Terminologie erinnern: Im Zusammenhang mit der Feststellung, dass die Geldbesitzer mit ihrer Entscheidung, Geld zu halten oder zu investieren, den gesamten Wirtschaftsprozess dominieren, spricht Riese immer wieder von der Dominanz der Geldsphäre über die Gütersphäre.

Die (Geld-)Vermögensbestände stellen Riese zufolge die entscheidende Größe dar, über deren Verwendung Unternehmen und Haushalte zu entscheiden hätten. Variationen in der Geldhaltung veränderten die Liquiditätsprämie und damit die Höhe des Geldzinses. Bei Riese steuern „die Vermögensbesitzer das Marktsystem, indem sie die Verfügung über Geld („Vermögen“) knapp halten. Dabei lässt sie die Unsicherheit des Vermögensrückflusses das Angebot an (Aufgabe von) Liquidität knapp halten. Die Vermögensbesitzer stehen so vor dem doppelten Entscheidungskalkül, einerseits die Verzinsung des Vermögensobjektes („Rendite“) zu kalkulieren, andererseits die Sicherheit des Vermögensrückflusses abzuschätzen.“^[18]

Mit der nachfolgenden Formulierung begibt sich Riese aber in eine ‚gefährliche‘ Nähe zum Gesellschen Denkansatz: „Der Kapitalwert ist eine Form der Aufgabe von Liquidität, weil der Vermögensbesitzer (als Gläubiger) dem Unternehmer (als Schuldner) Geld zum Kauf von Produktionsmitteln bereitstellen („vorschießen“) muss ... Ist jedoch Kapital eine Form aufgegebenen Liquidität, eine Verbindlichkeit des Unternehmers

gegenüber dem Vermögensbesitzer, so ist auch die Profitrate eine Prämie für die Aufgabe von Liquidität. Die Profitrate ist somit ein Geldzins oder sie wird, wenn man so will, als Geldzins zum Güterzins.“^[19]

Riese verortet bei Keynes eine gewisse Inkonzsequenz aufgrund der Tatsache, dass der Zins bei ihm gewissermaßen doppelt bestimmt wird: Denn einerseits soll er eine Belohnung für Nichthortung sein, also durch die Präferenzen der Geldbesitzer bestimmt werden, gleichzeitig aber auch durch die Zinspolitik der Notenbank. So glaubt Keynes, die Notenbank könne durch eine expansive Geldmengenpolitik die Zinsen senken. Diese Überzeugung steht jedoch in offensichtlichem Gegensatz zur Präferenztheorie, wonach die Bereitschaft der Geldbesitzer zur Aufgabe von Liquidität die Zinshöhe bestimmt. Riese kommt zu dem Schluss, dass eine Notenbank zwar keine Zinssenkungspolitik betreiben kann, wohl aber eine solche der Zinserhöhung: Denn durch eine restriktive Geldmengenpolitik kann die Notenbank in der Tat die Zinsentwicklung – nach oben – beeinflussen, betreibt sie doch in diesem Fall anstelle der privaten Geldbesitzer die Knapphaltung von Liquidität und treibt so die Zinsen in die Höhe. Im Falle einer ausreichenden Geldversorgung jedoch unterliegt die Zinsbildung allein den Präferenzen der Geldbesitzer. Die Notenbank hat dann keine Möglichkeit der Einflussnahme – nach unten. Riese: „Fixiert auf die Kompetenz der Geldvolumenkontrolle der Zentralbank, gelang es Keynes nicht, dieses institutionelle Moment mit seiner Präferenztheorie zu verknüpfen, kraft derer die Individuen durch ihre beschränkte Bereitschaft zur Aufgabe von Liquidität das Geldangebot steuern. Als Folge liefert er im 15. Kapitel der *General Theory* eine Zinstheorie, für die die Nachfrage nach Geld auf ein institutionell fixiertes Angebot trifft und der Zinssatz demzufolge der Preis für eine beschränkt verfügbare Liquidität ist, demgegenüber konzipiert er im 13. und 17. Kapitel eine Zinstheorie, in der durch die ‚Entscheidung zu horten‘ der Zinssatz zum Preis für eine beschränkt aufgegebene Liquidität wird.“^[20]

Analog zur freiwirtschaftlichen Kritik an der postkeynesianischen Rezeption des „Ur-Keynes“

kommt Riese zu der Erkenntnis, dass die erste Zinstheorie vom Postkeynesianismus übernommen wurde, dass die zweite jedoch verschüttet geblieben ist.^[21] Einer der Grundpfeiler der konventionellen Ökonomie, nämlich die Überzeugung, dass die Höhe des Zinssatzes in erster Linie durch die Geldpolitik der Zentralbank bestimmt ist, wird damit stark angegriffen und: Die Aussage ist fast deckungsgleich mit der Gesellschen, denn: Die Potenz der Zentralbank, eine allgemeine Zinssenkung vorzunehmen, wird dort ebenfalls sehr stark in Frage gestellt. Die Notenbank hat (ebenfalls ausreichende Geldversorgung vorausgesetzt) für Gesellianer prinzipiell keine Möglichkeit einer Einflussnahme nach unten. Eine expansive Geldpolitik könne den Zins nicht senken und schaffe nur noch höhere Geldhaltung bzw. ein Inflationspotential, das dann spätestens beim nächsten Aufschwung zum Tragen komme. Dieser Inflationsgefahr würde die Notenbank über kurz oder lang wiederum mit einer restriktiven Geldpolitik begegnen müssen, was wiederum die Zinshöhe entsprechend hoch stabilisiere. Abwechselnd zeichnen also Geldbesitzer und Zentralbank verantwortlich für einen ungesund hohen Zinssatz.

Keynes Rezepte einer dirigistischen und fiskalischen Krisenbekämpfung wurden von Gesellianern auch seit jeher konsequent zurückgewiesen. Aber: Offensichtlich sieht dies Riese genau so. Auch er entdeckt in der von Keynes favorisierten Politik des billigen Geldes eine Inflationsgefahr, der die Notenbank über kurz oder lang durch eine restriktive Geldpolitik begegnen müsse. Ausgangspunkt der Krise sei eine hohe Liquiditätspräferenz bei vergleichsweise niedrigem Güterzins (niedriger Profitrate). Investitionen blieben in der Folge aus, es entstehe Arbeitslosigkeit. Eine expansive Geld- und Fiskalpolitik könne daran nichts ändern, da sie nur wenig Einfluss auf die Liquiditätspräferenz – die eigentliche Quelle der Stockung – nehmen kann: „Sinkt nämlich die Liquiditätspräferenz nicht, so müssen die expansiven Maßnahmen der Wirtschaftspolitik, gleichgültig, ob geld- oder fiskalpolitischer Natur, verpuffen: entweder direkt in einer entsprechenden Geldhaltung oder indirekt in steigenden Profiten, wobei über kurz oder lang das gestiegene

Preisniveau zu einer Aufschaukelung von Löhnen und Preisen führt.“^[22]

Differenz zwischen Keynes und Gesell

Die Vorstellung von gestempeltem Geld ist nach Keynes' Einschätzung ein „gesunder Gedanke“. Doch da Gesell Keynes zufolge die Vorliebe für Liquidität nicht richtig erkannte, habe er die Tatsache übersehen, „dass das Geld nicht einzigartig darin ist, dass ihm eine Liquiditätsprämie anhaftet, sondern in dieser Beziehung nur im Grad von vielen anderen Waren abweicht, und dass seine Bedeutung daher rührt, dass es eine größere Liquiditätsprämie als jede andere Ware hat.“^[23]

Das Abstempeln des Geldes würde – so Keynes – nicht den Fluchtweg in die Liquidität versperren. Die Anwendung des Stempelsystems auf Banknoten würde lediglich dazu führen, dass eine lange „Reihe von Ersatzmitteln in ihre Fußstapfen tritt – Bankgeld, täglich abrufbare Darlehen, ausländisches Geld, Juwelen und die Edelmetalle im allgemeinen ...“^[24]

Möglicherweise tut Keynes Gesell an dieser Stelle unrecht. Denn: In der Tat würde die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes verloren- und womöglich auf die genannten „Ersatzmittel“ übergehen. Aber das war ja genau die Absicht Gesells, eben das Geld von seiner Potenz als Wertaufbewahrungsmittel zu „befreien“. Denn die Zahlungsmittelfunktion des Geldes würde dadurch ja nicht in Mitleidenschaft gezogen. Die genannten „Ersatzmittel“ könnten und würden das Geld als Wertaufbewahrungsmittel, als liquide Vermögensanlageform ersetzen, aber nicht deshalb notwendigerweise als Zahlungsmittel, als Mittel zum Kaufen auf dem Markt. Denn die Vorstellung, mit Edelmetallen oder Kunstgegenständen oder Immobilien einkaufen zu gehen, ist natürlich absurd. Selbst die tollste Inflation kann das Geld in seiner Funktion als Zahlungsmittel normalerweise nicht in Frage stellen. Sonst würde es die Bilder von den Geldscheinbündeln, die zu Zeiten der Hyperinflation schubkarrenweise durch die Gegend gefahren wurden, gar nicht geben. Und auch der Begriff „Zigarettenwährung“ meint weniger, dass die Menschen stangen- und kartonweise mit Zi-

garetten umhergelaufen sind, sondern, dass die Zigarette stabiler Wertmaßstab wurde.^[25]

Gleichwohl waren wohl Keynes' Zweifel nicht ganz unberechtigt. Warum? Zunächst einmal sei daran erinnert, was Gesell eigentlich wollte. Er wollte mitnichten das bestehende Geldsystem beibehalten und dabei die umlaufenden Noten auf die bekannte Art und Weise umlaufesichern, sondern er wollte das bestehende Geldsystem – und das bedeutete auch zu Gesells Zeiten bereits ein zweistufiges Bankensystem mit Zentralbank und Geschäftsbanken – komplett ersetzen durch ein System, in dem eine staatliche Behörde – nämlich das „Reichswährungsamt“ – nunmehr umlaufgesichertes Geld in Umlauf bringt und entsprechend Kreditgewährung nur mehr auf Basis dieses umlaufgesicherten Geldes erfolgen kann. Ein solches System ist aber eher vergleichbar mit der Vorstellung des Vollgeldes von Joseph Huber^[26] und weniger mit der Vorstellung, man könne das bestehende Geldsystem getrost beibehalten und müsse es nur mit etwas Umlaufesicherungsgebühr auf Bargeld anreichern. Was könnte tatsächlich passieren, wenn – ceteris paribus, also ohne dass sich sonst etwas ändert – Freigeld eingeführt, also bestehendes Bargeld nach herkömmlicher Vorstellung umlaufesichert wird?

Zunächst einmal gehe ich konform mit dem gesellianisch/keynesianisch orientierten Ökonomen Thomas Huth, der dargelegt hat, dass das Horten von Bargeld in entwickelten Geld- und Kreditssystemen ein vom Volumen her eher vernachlässigbares Phänomen ist. Geld entsteht in modernen Geldökonomien wie der unseren als „Schuldgeld“ per Kreditschöpfung in der Interaktion zwischen Zentralbank, Geschäftsbank und Publikum. Würde z.B. in einer Situation ökonomischer oder auch anderweitiger Unsicherheiten sich das Geschäftsbankensystem weigern, Kredite bei der Zentralbank aufzunehmen, so könnte überhaupt kein Geld entstehen. Nicht anders ist es aber dann, wenn sich das Publikum, Unternehmen oder auch Konsumenten, weigern, Kredite bei den Geschäftsbanken aufzunehmen. Die Zentralbank hätte unter den gegebenen Verhältnissen gar keine Möglichkeit, Geld entstehen zu lassen und müsste sich unter Umständen sogar damit abfinden, dass gegen ihren Willen Geld „vernichtet“

wird.^[27] Verschulden sich Haushalte und Unternehmen weniger bei der Geschäftsbank und letztere entsprechend weniger bei der Zentralbank, so wird über die Kontraktion des gesamtgesellschaftlichen Kreditvolumens endogenes Geld vernichtet. Das Freigeld in der dargestellten Form hätte auf das System von Geldentstehung und Geldvernichtung einer modernen Geldökonomie keinen Einfluss. Entsprechend zweifelhaft ist deshalb, ob auf dieser Schiene die Zinshöhe beeinflusst werden könnte. Deshalb ist eine notwendige, wenn auch nicht notwendigerweise hinreichende Voraussetzung für das Funktionieren einer Umlaufsicherung, dass virtuelle Geldformen einbezogen werden.

Ein ernstzunehmendes und zu diskutierendes Argument von Gegnern der Freigeldidee besteht darin, dass während der 1970er Jahre gewissermaßen ein Großversuch eines Freigeldes stattgefunden hat.^[28] Denn die Inflationsraten auch in den entwickelten und ansonsten stabilen Industriestaaten waren damals teilweise so hoch, dass der Realzinssatz tatsächlich nahe Null war. Unabhängig davon, ob sich dieser monetäre Zustand nun auch tatsächlich expansiv – belebend – auf die Realökonomie, auf die Konsum- und Investitionsgüternachfrage ausgewirkt hat, bestand durchaus die Gefahr einer Hyperinflation, genährt aus Selbstverstärkungsprozessen, weil jeder Geld- und Geldvermögenshalter aus sich entwertendem Geld aussteigt, um sich vor weiteren Inflationsverlusten zu schützen, und weil die Inflation zu Kapitalflucht führt und die daraus resultierende Abwertung der heimischen Währung zu noch höherer, nunmehr Import-bedingter Inflation, welche zu noch höherer Kapitalflucht führt usw.. Die Reaktionen der Zentralbanken der westlichen Industriestaaten waren schließlich die einer brutalen Inflationsbekämpfung per brutaler Zinserhöhung.

Keynes wusste um die außenwirtschaftlichen Konsequenzen einer auf Zinssenkung ausgerichteten Geld- und Fiskalpolitik einzelner Nationalstaaten. Kapitalverkehrskontrollen, nötigenfalls aber auch Güterverkehrskontrollen waren für ihn in einer solchen Konstellation zum Teil unvermeidbare Konsequenzen einer von ihm intendierten allmählichen und gewaltfreien Reform der Ge-

sellschaft. Gesell hingegen vertraute blind und möglicherweise zu blind auf die Selbstheilungskräfte des Marktes; selbstredend nach erfolgter freiwirtschaftlicher Reform. Keynes war gegenüber dem Markt viel skeptischer und wollte deshalb eine demokratisch kontrollierte Makroregulierung des Marktprozesses in Bereichen wie Außenwirtschaft, Geldpolitik, Investitionstätigkeit, Geldlohnentwicklung.^[29] Innerhalb dieses Rahmens sollten dann die positiven Elemente eines Marktsystems einen breiten Bereich von Aufgaben übernehmen und ihre segensreichen Wirkungen entfalten. Der Schwerpunkt lag aber auf dem Konzept einer gemischten Wirtschaft mit einem großen Bereich demokratisch kontrollierter halbautonomer Körperschaften. Keynes war „darauf gefasst, dass der Staat, der die Grenzleistungsfähigkeit der Kapitalgüter auf lange Sicht und auf der Grundlage des allgemeinen sozialen Wohls berechnen kann, eine immer wachsende Verantwortung für die unmittelbare Organisation der Investitionen übernehmen wird“.^[30]

Aber zurück zur Ausgangsfrage: War nun Keynes der bessere Gesell oder Gesell der bessere Keynes? Weder noch. Jeder war sich selbst der Beste. Aber aus der Tatsache, dass Keynes die „Natürliche Wirtschaftsordnung“ gelesen hatte und in der Folge – wie er selbst äußerte – in der Lage war, zwischen Gesell selbst und seinen oft geräuschvollen Anhängern zu differenzieren, können wir zweierlei ableiten:

Gesell war der bessere Gesellianer!
Keynes war der bessere Keynesianer!

Anmerkungen

- 1 vgl. im Folgenden Betz, Thomas: Silvio Gesell und Freiwirtschaftsbewegung, unveröffentlichte Seminararbeit, wiwi. Bibliothek der FU Berlin, S. 3 ff.
- 2 Keynes, John Maynard: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1936, S. 196.
- 3 Keynes a.a.O., S. 184 f.
- 4 Keynes a.a.O., S. 185.
- 5 Keynes a.a.O., S. 317.
- 6 Keynes a.a.O., S. 302.
- 7 vgl. Betz a.a.O., S. 15 ff.
- 8 Gesell, Silvio: Gesammelte Werke, Band 11, S. XX, zit. nach: Darity, William jun.: Keynes' politische Philosophie, ZFSÖ No. 116, S. 9.
- 9 Acratillo, J. (d.i. Silvio Gesell): Der verblüffte Sozialdemokrat, Bern 1922, S. 27.
- 10 Moggridge; D.E.: John Maynard Keynes – An Economist's Biography, London 1992, S.470, zit. nach: Darity, William jun.: Keynes' politische Philosophie, ZFSÖ No. 116, 1998, S. 11.

- 11 ebda.
 12 Keynes a.a.O., S. 300.
 13 vgl. Betz, Thomas: Was der Euro soll und was eine internationale Währung wirklich sollte, ZfSÖ No. 117, 1998, S. 39 ff.
 14 vgl. Grimminger, Michael: Keynesianismus und Freiwirtschaft, ZfSÖ No. 80, 1989, S. 4.
 15 vgl. Riese, Hajo: Geld: Das letzte Rätsel der Nationalökonomie, ZfSÖ No. 104, 1995, S. 10.
 16 vgl. Grimminger a.a.O., S. 4.
 17 Davidson, P.: Money and the Real World, London 1972, zit. nach: Grimminger, Michael: Keynesianismus und Freiwirtschaft, ZfSÖ No. 80, 1989, S. 4.
 18 Riese, Hajo: Keynes als Kapitaltheoretiker, Kredit und Kapital, No. 2/1987, S. 159.
 19 Riese, Hajo: Theorie der Inflation, Tübingen 1986, S. 65 f.
 20 ebda, S. 61.
 21 vgl. Grimminger a.a.O., S. 8.
 22 Riese, Hajo: Aspekte eines monetären Keynesianismus – Kritik und Gegenentwurf, in: Postkeynesianismus: Ökonomische Theorie in der Tradition von Keynes, Kalecki und Sraffa, Marburg 1987, S. 195.
 23 Keynes a.a.O., S. 302.
 24 ebda.
 25 In Bolivien sind die Preise sehr häufig in US-Dollar ausgezeichnet. Dennoch wird die Rechnung typischerweise in Bolivianos beglichen, aber die Preisschilder müssen nicht so häufig ausgetauscht werden.
 26 Huber, Joseph: Vollgeld, Berlin 1998.
 27 vgl. auch Herr, Hansjörg: Einige kritische Thesen zu Silvio Gesells Freiwirtschaftslehre aus Keynesscher Sicht, ZfSÖ No. 73, 1987, S. 12.
 28 vgl. ebda., S. 13.
 29 Vgl. ebda., S. 14.
 30 Keynes a.a.O., S. 138.

Weiterführende Literaturhinweise zu Gesell

- Irving Fisher*, Stamp Scrip, New York: Adelphi Company, 1933.
John Maynard Keynes, The General Theory of Employment, Interest and Money. London: Macmillan & Co. Ltd., 1935, Chap. 16, 23 and 24.
Dudley Dillard, Proudhon, Gesell and Keynes – An Investigation of some „Anti-Marxian Socialist“ Antecedents of Keynes' General Theory, University of California: Dr.-Thesis, 1949.
 Hackbarth Verlag St.Georgen/Germany 1997. ISBN 3-929741-14-8.
Dudley Dillard, Gesells Monetary Theory of Social Reform, in: American Economic Review (AER) Vol. 32 (1942), Nr. 2, p. 348-352.
Roy Harrod, Towards a Dynamic Economics – Some Recent Developments of Economic Theory and their Application to Policy. London: Macmillan & Co., 1948, Chap. „Is Interest out of Date?“
Leonard Wise, Great Money Reformers – Silvio Gesell, Arthur Kitson, Frederic Soddy. London: Holborn Publishing, 1949.
Lawrence Klein, The Keynesian Revolution. London: Macmillan Press Ltd., 1966 and 1980, Chap. 5, p. 124-152.
International Association for a Natural Economic Order, The Future of Economy – A Memoir for Economists. Lütjenburg: Fachverlag für Sozialökonomie, 1984/1989.
 [jetzt: www.sozialoekonomie.info]
Dieter Suhr, The Capitalistic Cost-Benefit Structure of Money, New York and Berlin: Springer Verlag, 1989.
Margrit Kennedy, Interest and Inflation Free Money – Creating an Exchange Medium That Works for Everybody and Protects the Earth. Okemos/Michigan, 1995.
William Darity jr., Keynes' Political Philosophy: The Gesell Connection, in: Eastern Economic Journal Vol. 21, No. 1, Winter 1995, p. 27-41.
Karl Walker, Gesell, Keynes und die moderne Nationalökonomie (1972), in: ders., Ausgewählte Werke, Lütjenburg 1995, S. 312-329.
Mario Seccareccia, Early Twentieth-Century Heterodox Monetary Thought and the Law of Entropy, in: A. Cohen, H. Hagemann and J. Smithin, Money, Financial Institutions and Macroeconomics. Boston: Kluwer Academic Publishers, 1997.
Marvin Goodfriend, Overcoming the Zero Bound Interest Rate Policy, in: Journal of Money, Credit, and Banking Vol. 32, No. 4 (November 2000, Part 2), p. 1007-1035.
William Buiter and Nikolaos Panigirtzoglou, Overcoming the Zero Bound on Nominal Interest Rates with negative Interest on Currency: Gesell's Solution, in: The Economic Journal Vol. 113 (October 2003), No. 490, p. 723-746

Bernd Striegel:

Was ist Geld und woher kommt der Zins? – Eine ‘Eigentumstheorie des Geldes’

Eine kurze persönliche Einleitung

Auf das Geldthema bin ich durch eher zufällige persönliche Kontakte gestoßen, dabei zunächst auf Gesells „Natürliche Wirtschaftsordnung“.^[1] Trotz des prägenden Eindrucks, den Gesell bei mir hinterließ, war er doch nicht ganz in der Lage, meine letzten Fragen speziell zur Herkunft des Kapitalzinses befriedigend zu beantworten. 2002 stieß ich dann auf die ‘Eigentumstheorie des Wirtschaftens’ von Gunnar Heinsohn und Otto Steiger.^{[2][3][4]} Nun kämpfte ich mich durch deren Werke durch. Schon beim Durchlesen entstand bei mir die Überzeugung, dass sich die Lösungsansätze Gesells mit dem theoretischen Unterbau der Eigentumstheoretiker unterfüttern und abstützen lassen müssten. Und so beschloss ich, dass es meine Aufgabe sei einen Versuch zur ‘Verschmelzung’ der beiden Theorien zu unternehmen. Während der Arbeiten an meinem Buch entstanden in mir jedoch auch eigene Vorstellungen darüber, was sich unter der Bezeichnung ‘Geld’ tatsächlich verbirgt und woher der Zins kommt. Sie entwickelten sich aus der ‘Eigentumstheorie des Wirtschaftens’ und könnten, charakterisierend und zur Abgrenzung, als ‘Eigentumstheorie des Geldes’ bezeichnet werden. Diese möchte ich nun im Folgenden kurz vorstellen.

Die ‘Eigentumstheorie des Geldes’

Heinsohn und Steiger billigen dem Geld den Titel „Anrecht auf Eigentum“ zu^{[5][6]}, fassen es „mit diesen – idealiter intrinsisch wertlosen – Anrechten“^[7] jedoch nur als Vertreter des Eigentums, damit auch nur als Zahlungsverprechen auf, welches letztlich nur durch Eigentum selbst erfüllt werden könne: „Geld [...] ein Zahlungsverprechen [...] eines Gläubigers gegenüber seinem Schuldner.“ (Hervorhebung im Original)^[7]

„Geld entspricht [...] seiner Aufgabe, Eigentums-
werte zu repräsentieren und nicht an sich selbst
den Wert zu haben.“^[8] Geld kann mit dieser De-
finition immer nur einen vorläufigen Wert und
eine vorläufige Funktionsfähigkeit haben, näm-
lich nur solange das Einlöseversprechen der emittierenden Notenbank, also die Herausgabe des für seine Emission vom Emittenten verpfändeten Eigentums (Gläubigerpfand), bei Vorlage, erfüllt werden kann. Wird dieses Versprechen nicht erfüllt, bleibt also das Zahlungsverprechen unerfüllt, dann müsste das bloße Anrecht darauf ebenfalls wertlos werden, jedenfalls, wenn es nicht gelingt die Unerfüllbarkeit zu verschleiern. Dagegen beweist aber die gesetzlich garantierte Zahlungsmittelfunktion des Bargeldes, dass es, unabhängig davon, ob ein Versprechen seiner Einlösung in für seine Herausgabe einstmals verpfändetes Eigentum (noch) besteht oder nicht, immer zur Zahlung verwendet werden kann. Wenn also der Geltungsbereich des Bargeldes über den eines bloßen Vertretungsscheins hinausgeht, dann ist es auch weit mehr als nur ein Versprechen, nämlich bereits selbst die Erfüllung des Versprechens. „This note is legal tender of all debt, public and private.“ Heinsohn und Steiger erwähnen selbst diese auf jedem US-Dollarschein zu findende Garantie der Zahlungsmittelfunktion, nicht aber eines Zahlungsverprechens.^[9] Die Garantie, hier der Federal Reserve Bank, bedeutet aber erstens: „Unabhängig davon, wie viel das gesamte zu seiner Herausgabe einstmals verpfändete Eigentum noch wert ist, bleibt dieser Geldschein gesetzliches Zahlungsmittel!“ Damit repräsentiert das Bargeld im Umlauf (!) definitionsgemäß eben gerade nicht mehr das für seine Emission verpfändete Eigentum. (Hier wird schon deutlich, dass mit der Erklärung der Geldgenese das Thema Geldumlauf noch lange nicht erledigt oder bereits vollständig erklärt wäre.) Wäre es anders, dann hätte sich in einer Hyperinflation

noch niemals jemand mittels der Taktik der ständigen Schuldenausweitung am Ende nahezu kostenlos ein Riesenvermögen, genauer – eine Riesenmenge an praktisch unbelasteten Eigentumstiteln – anhäufen können. Und das wiederum hat Silvio Gesell bereits erkannt: „Warum haben denn in der Schweiz, in Frankreich, in England, in Amerika, in Italien, in Argentinien und in Deutschland die Bürger sich nicht in der Inflationszeit durch Kauf von Waren gegen das schlechte Staatsgeld zu schützen gesucht? Gab es da nicht genügend Gold, Silber, Baumwolle und Tabak? Ist [...] nicht bekannt, dass die Summe der Hypotheken, der Pfandbriefe, Schuldbriefe, Versicherungsgeschäfte, Wechsel usw. in jedem Land mehr als die Hälfte des gesamten Volksvermögens ausmacht und dass für alle diese Schulden das vom Staate anerkannte Geld als gesetzliches Zahlungsmittel gilt?“ (Hervorhebungen von mir)^[10] Zweitens bedeutet die oben erwähnte Fed-Garantie: „Hiermit garantieren wir außerdem mit keinem Wort und nirgendwo irgendeine Einlösefähigkeit des Geldes in irgendein materielles Gläubigerpfand.“ Hier unterscheidet sich meine Vorstellung vom Geld erneut deutlich von derjenigen von Heinsohn und Steiger, nämlich dergestalt, dass ich die Existenz eines materiellen Gläubigerpfandes^{[6][11]} bzw. die Notwendigkeit seiner Stellung zur Geldemission verneine und nur und ausschließlich das in Kreditverträgen (außer in Blankokrediten) auch immer auftauchende und erwähnte Schuldnerpfand zur Geldemission ebenso, wie nachfolgend noch beschrieben, zur Zinserklärung für notwendig erachte. Zum Ver-

gleich Heinsohn/Steiger: „Die für das Entstehen des Geldes konstitutive Rolle des Gläubigers, der sein Eigentum belastet, indem er Geld als Anrechte auf sein Eigentum herausgibt [...]“^[12] „Geld ist ein Anrecht auf Gläubigereigentum, für dessen Schaffung im Kredit Schuldneigentum verpfändet werden muss.“^[13]

Wenn aber der Geldschein selbst bereits Mittel ist, dann ist der Besitz eines Geldscheines damit nicht weniger ein realer Besitz als der jeder Ware, die er im Moment kaufen kann (Kaufmittelfunktion, Tauschmittelfunktion) oder auch der Wert jeder Schuld, die er gerade begleichen kann (Zahlungsmittelfunktion). Also bedeutet und überträgt ein Geldschein direkt Besitz und nicht etwa (nur) ein „Anrecht auf Eigentum“. Bargeld ist also ein Besitztittel. Wenn Geld Zahlungen leistet, dann begleicht es rechtliche Forderungen, welche von rechtlich legitimierten Instanzen erhoben werden (Gerichtskosten, Strafen, Gebühren, Steuern) oder aus Eigentumsrechten entspringen (Miete, Pacht). Die in einem Kreditvertrag aufgeführte und gestellte Geldrückzahlungsforderung des Gläubigers an den Schuldner stellt ebenso eine rechtliche Forderung dar. In Kreditverträgen gestellte Geldforderungen sind Eigentumstitel, deren zugehöriger Besitztittel, welcher zur Nutzung übertragen (kreditiert) werden kann, das Bargeld ist.

Zusammenfassend ergibt sich damit: ‘Geld insgesamt’ hat selbst den Charakter von Eigentum und zerfällt in eine Eigentumsseite und eine Besitzseite, wie nachfolgend in Tabelle 1 dargestellt.

Tabelle 1: Zuordnung der Geldfunktionen zu den ihnen zugehörigen Rechtstiteln	
Eigentumsseite	Besitzseite (Nutzungsseite)
Geldforderungen (Guthaben) Geldlieferungsversprechen (Schulden)	Geld
Kontoguthaben, Aktien, Wechsel, Staatsanleihen, Kreditkonten, etc.	Bargeld (Cash)
Wertaufbewahrungsfunktion Scheinbare Wertvermehrungsfunktion (nur bei Realverzinsung)	Zahlungsmittelfunktion (Forderungserfüllungsfunktion) = Schuldentilgungsfunktion
Vollstreckung in Schuldneigentum (bei Illiquidität des Schuldners)	Tauschmittelfunktion, Kaufmittelfunktion

Aus den in Tabelle 1 eingeführten Begriffen und Zuordnungen wird deutlich, dass das im Sprachgebrauch so selbstverständlich verwendete Wort „Geldformen“, unter welchem man, neben dem Bargeld, noch Kontoguthaben, und andere Vermögenstitel – manche halten sogar Schuldtitel für Geld – subsumiert, nicht unterscheidet zwischen Geld an sich, dem Zahlungsmittel (Besitztitel) und Forderungen auf Geld bzw. Geldlieferungsversprechen (Eigentums-/Schuldtitel). In Wahrheit gibt es nur eine einzige Geldform, die gesetzlichen Zahlungsmittelcharakter hat, und die heißt 'Bargeld', 'cash'. Damit ergibt sich sofort eine begriffliche Schwierigkeit, wenn ich von einer 'Eigentumstheorie des Geldes' spreche, wo doch das eigentliche Geld, das Bargeld, selbst nur einen Besitztitel darstellt. Weil aber Geld nicht einfach in die Welt kommt dadurch, dass man etwas Hübsches zum Tauscherleichtern findet oder bastelt,^{[2][14]} sondern in der Tat nur durch Eigentumsoperationen in Kreditverträgen,^{[15][16]} es also ohne die gleichzeitige Aufstellung von Gläubiger-/Schuldnerbilanzen (Guthabenkonto, Schuldkonto), von Geldforderungstiteln und Schuldtiteln (Eigentumstitel), gar nicht generiert werden kann und mit diesen also untrennbar verbunden ist, wodurch diese Titel zum Geld gehören, ohne selbst Geld in Form von gesetzlichem Zahlungsmittel zu sein, deshalb ist es aus meiner Sicht nicht nur legitim, sondern sogar notwendig, von der 'Eigentumstheorie des Geldes' zu sprechen. Denn sie schließt alle zum Geldthema zugehörigen Rechtstitel und Funktionen ein (vgl. Tabelle 1 und Tabelle 2).

Wenn also die Deutsche Bundesbank Termini wie „Geldmenge M1“, „M2“, „M3“ usw. einführt, dann entspringt das einem generellen Missverständnis darüber, was Geld überhaupt ist. Denn alles, was nicht „Geldmenge M0 minus Zentralbankguthaben“ ist, nämlich umlaufende Bargeldmenge, ist überhaupt gar kein Geld, sondern stellt nichts weiter dar als unterschiedlich ausgeweitete Bilanzen. Schon hier ist eine Ursache dafür zu erkennen, wieso die EZB, die diese Geldmengendefinitionen von der Deutschen Bundesbank übernommen hat, ihre Geldmengenziele, welche sich an der „Geldmenge M3“ orientieren, nie erreicht.

Eine hervorragende Aufstellung und Analyse dessen, was sich hinter den verschiedenen nummerierten Geldmengen der Bundesbank/EZB versteckt, findet sich bei Helmut Creutz.^[17]

Aus Tabelle 1 kann jedoch nicht nur eine Unterscheidung zwischen den unterschiedlichen Rechtstiteln (Besitz, Eigentum) und damit zwischen Geld und Nicht-Geld getroffen werden, sondern es wird dadurch auch möglich die Funktionen des 'Geldes' eindeutig den ihnen zugehörigen Rechtstiteln zuzuweisen und sie damit auch voneinander zu separieren.

Diese theoretische Separierbarkeit ist es, die dem Praktiker überhaupt erst das nötige Rüstzeug an die Hand gibt, mittels dessen es ihm erst gelingen kann die einzelnen Geldfunktionen zu optimieren beziehungsweise bestmöglich aufeinander abzustimmen. So wird man dann beispielsweise die Wertaufbewahrungsfunktion nicht mehr zu verbessern suchen, indem man das Bargeld vergoldet, oder eben den Geldumlauf (Tauschmittelfunktion) durch Steuerung der 'Geldmenge M3', unter der sich größtenteils Eigentumstitel verbergen.

In Tabelle 2 habe ich aus den oben genannten Gründen das Wort 'Geldform' unter Anführungsstriche gesetzt. Einen anderen treffenderen Begriff habe ich nicht gefunden oder er existiert im Deutschen (noch) nicht, so dass ich mir nicht anders zu helfen wusste.

Im Kreditvertrag, bei der Geldentstehung, finden Eigentumsoperationen statt. Das Wort „Eigentum“ bezeichnet einen Rechtstitel, dem verschiedene ökonomische Operationsmöglichkeiten entwachsen. So können Eigentumstitel verkauft, verpfändet, für Kreditaufnahme belastet, vermietet oder verpachtet werden, während der Besitz nur Nutzungs- und Verleihrechte einschließt und selbst wiederum im Volleigentum eingeschlossen ist. Beispielsweise kann ein Wohnungseigentümer seine Wohnung vermieten, wodurch er weiterhin Eigentümer bleibt, der Mieter jedoch zum Besitzer der Wohnung wird. Vergleichbares findet bei der Geldschaffung im Kreditvertrag statt, wo Bargeld vom Kreditgeber (Geldeigentümer) zur Nutzung an den Schuldner (Geldbesitzer) emittiert wird.

Tabelle 2: Zusammenhang zwischen Rechtstiteln und Geldfunktionen

Rechtstitel	Beispiel Land	Beispiel Wohnung	ausgeführte Operation	noch verbleibende rechtliche Operationsmöglichkeiten	Beispiel „Geldform“ (die dem in Spalte 1 genannten Rechtstitel entspricht)	zugehörige Geldfunktionen
Eigentum, unbelastet; Bestrechte nicht abgetreten	Rentenland, unbelastet, in Eigengebrauch oder brachliegend	Eigentumswohnung, voll abbezahlt, vom Eigentümer bewohnt		verkaufen, belasten (verpfänden), vermieten, verpachten,		
Eigentum, unbelastet, Besirrechte abgetreten	Rentenland, unbelastet, verpachtet	Eigentumswohnung, voll abbezahlt, vermietet	Vermietung (Verpachtung) des Besitztitels von Eigentum an einen Nutzer	verkaufen, belasten (verpfänden)		
Eigentum, belastet, Besirrechte nicht abgetreten	Rentenland, auf dessen Wert ein Kredit aufgenommen wurde, in Eigengebrauch oder brachliegend	Eigentumswohnung, unvollständig abbezahlt oder zur Kreditaufnahme belastet, vom Eigentümer bewohnt	Belastung (Verpfändung) von Eigentum	verkaufen, vermieten, verpachten, verleihen	(Kontoguthaben, Sparbrief, Aktie, Anleihen, Schuldschein, Staatsanleihe), verpfändet	Markt: Tauschmittel, Kreditvertrag: Zahlungsmittel (Schuldentilgungsmittel) Schat, Behörden (Strafen, Gebühren, Steuern): Zahlungsmittel (Forderungserfüllungsmittel)
Eigentum, belastet, Besirrechte abgetreten	Rentenland, auf dessen Wert ein Kredit aufgenommen wurde, verpachtet	Eigentumswohnung, unvollständig abbezahlt oder zur Kreditaufnahme belastet, vermietet	Belastung (Verpfändung) von Eigentum Vermietung (Verpachtung) des Besitztitels von Eigentum an einen Nutzer	verkaufen	Bargeld, im Besitz des Eigentümers des zur Herausgabe von Geld belasteten Eigentumsstoffs (Kontoguthaben, Sparbrief, Aktie, Anleihen, Schuldschein, Staatsanleihe), verpfändet	absoluter Wertmesser Recheninheit Vertrauensbewahrungsmittel, hohen Wertemerkungsmittel mehr, da die (eventuelle) Verzinsung abgetreten wurde absoluter Wertmesser Recheninheit
Besitz, genutzt	Pachtland in Benutzung des Pächters	Mietwohnung, vom Mieter bewohnt	Vermietung (Verpachtung) des Besitztitels von Eigentum an einen Nutzer	untervermieten (unterverpachten), verleihen	Bargeld, im Besitz seines Besitzers	Markt: Tauschmittel, Kreditvertrag: Zahlungsmittel (Schuldentilgungsmittel) Schat, Behörden (Strafen, Gebühren, Steuern): Zahlungsmittel (Forderungserfüllungsmittel)
Besitz, verlehnt	Pachtland, vom Pächter unterverpachtet	Mietwohnung, untervermietet	Weitergabe des Besitztitels zur Anmietung oder Pacht von Eigentum an einen „Unternutzer“	weder untervermieten (weiter unterverpachten), verleihen	(das Bargeld befindet sich im Besitz eines Entleihers)	absoluter Wertmesser Recheninheit

*: das Zurückbringen des Entlehnenen – hier Bargeld – ist keine spezifisch geldliche Funktion, sondern ein Vorgang, der von jedem geldlosen Gut ausgeführt werden kann.

Der Reihe nach: In der obersten Zeile von Tabelle 2 findet keine Eigentumsoperation statt, und folglich gibt es hier auch kein Geld. Oder, in dem Moment, wo Bargeld durch Kreditbegleichung zum Emittenten zurückgelaufen ist, verschwindet das Geld. Wobei hier noch zu bemerken ist, dass dabei auch der Eigentumstitel des Geldes, also die Geldforderung, selbst verschwindet.

In der zweiten Zeile findet nur die Übertragung der Besitzrechte eines Eigentumstitels statt, während der Eigentumstitel selbst unverändert/ungenutzt bleibt. Da Verpachten, Vermieten oder Verleihen aber eines Pacht-, eines Mietvertrages oder einer anderen privaten Vereinbarung bedürfen, nicht jedoch eines Kreditvertrages, sonst wären diese Dinge ja letztlich alle ein und dasselbe, deshalb resultieren diese Verträge auch nicht in einer Schöpfung von Geld. Dass die in den genannten Verträgen aufgestellten Forderungen mittels Geld beglichen werden mögen/sollen/können, hat mit einer Geldschaffung nichts tun.

Zur Schaffung von Geld kann es nur dann kommen, wenn der Rechtstitel Eigentum zur Kreditaufnahme belastet wird. Dadurch wird er beweglich, vielseitig einsetzbar gemacht, operabel. Dieser Vorgang ist in den Zeilen 3 und 4 von Tabelle 2 dargestellt, welche sich nur dadurch voneinander unterscheiden, dass das Geld zunächst in Zeile 3 sich (noch) im Besitz des Eigentümers des für seine Herausgabe belasteten Eigentumstitels befindet, während er dieses Nutzungsrecht in Zeile 4 bereits weitergegeben (kreditiert) hat.

Die letzten beiden Zeilen vervollständigen Tabelle 2, indem sie auch die operativen Möglichkeiten der Besitztitel aufführen. Hier steht also etwas, was man mit Bargeld machen kann.

Aus dieser in Tabelle 1 und Tabelle 2 veranschaulichten Vorstellung wird endgültig ersichtlich, dass es zum Gelde etwas mehr und vor allem etwas ganz anderes braucht als etwa eine durch Stückelbarkeit, leichte Transportierbarkeit und Unvergänglichkeit geadelte Ware, welche übrigens für sich allein – also ohne Kreditvertrag – wirtschaftlich zu nichts anderem als einem bloßen Tauschobjekt gut ist. Gold ist da-

mit genauso wenig Geld allein durch eine ihm zugeschriebene Tauschmittelfunktion, wie das Vieh, Muscheln, Zigaretten, Tierfelle oder sonst irgendein Schnickschnack jemals waren. Denn sonst wären früher Kuhställe Notenbanken und die Kuhbauern ihre Präsidenten gewesen. Operationen des Besitzes allein (Nutzungsrechte) genügen nicht, um Geld hervorbringen zu können, und sie haben auch kein Geld nötig, weil ein zu tauschender oder zu verleihender Gegenstand keinen Repräsentanten für sich braucht, wenn er doch schon selbst (auf dem Markt) vorhanden ist. Und schon deshalb wurde Geld in reinen Besitzgesellschaften nicht erfunden. Geld ist also ein Funktionsträger und die Funktionen, die es trägt, machen es auch erst zu Geld.

Wie bereits bekannt, ist der entscheidende Akt, der Gold oder bedruckte Papierfetzen zum Geld macht, die Garantie der Zahlungsmittelfunktion des zum Bargeld erkorenen. Möglicherweise ist es sogar gerade diese unbedingte Garantie, die die Akzeptanz von insbesondere Nominalgeld erst ermöglichte, wofür das weniger sichere Versprechen, Anspruch auf Schuldner Eigentum zu sein, möglicherweise nicht ausreichte. Allerdings liegen mir darüber keine historischen Quellen vor, so dass hier noch Nachprüfungen angestellt werden müssten. Weiterhin jedoch hat die Zahlungsmittelgarantie des Bargeldes auch eine abschließende Funktion, nämlich diejenige, dass auch nur und ausschließlich das Bargeld eine garantierte und damit auch rechtlich durchsetzbare Zahlungsfähigkeit hat, nicht aber alle anderen, heute durchaus für Geld genommenen, auf Geld lautende Forderungen (Eigentumstitel). Von der Schuldnerseite aus betrachtet sind diese theoretisch richtig dann als Bargeldlieferungsversprechen an die (Geld-)Eigentümer zu bezeichnen. Deshalb gibt es weder die Notwendigkeit der „Deckung des Geldwertes“ mittels bei der Notenbank deponierter Waren, noch ein Gläubigerpfand bei der Geldemission, sondern immer nur die Stellung von Schuldnerpfändern in Kreditverträgen. Der Emittent hat außer seiner rechtlich gesicherten Rückzahlungsforderung nichts in der Hand. Die in Umlauf befindlichen Banknoten tauchen schließlich als Schulden der Notenbank an die Allgemeinheit in ihrer Bilanz auf der Pas-

sivseite (!) auf, während diesen auf der Aktivseite die von den Geschäftsbanken (Schuldner bei der Notenbank) für die Herausgabe der Banknoten verpfändeten Schuldnerpfänder entgegenstehen^[18]. Laufen alle Banknoten zur Notenbank zurück, wird sie damit jedoch nicht unbedingt gleichzeitig eigentumsfrei. Denn es gibt auch unbelastete Eigentumstitel, für die, zumindest seit ihrer vollständigen Ablösung, kein Geld mehr in Umlauf sich befindet. Insgesamt darf man sich auch nicht von der Vorstellung fehlleiten lassen, dass für jede Bilanzausweitung (Kreditvertrag) immer neues physisches Bargeld in Umlauf gesetzt werden müsse, und deshalb an sich immer genauso viel Bargeld wie Geld-

forderungen vorhanden sein müsste, damit alle diese Forderungen erfüllt werden könnten. Der einzelne Geldschein (bestimmte Seriennummer) kann natürlich beliebig oft für Zahlungsvorgänge verwendet werden, wenn es gelingt, ihn in Umlauf zu halten.

Die Herkunft des Zinses

In Anwendung der oben vorgestellten ‘Eigentumstheorie des Geldes’ stellt sich die in Kreditverträgen vom Schuldner vorgenommene Eigentumsverpfändung an den Gläubiger mit dem Ziel einer Geldemission an ihn, ausgedrückt in einer Gläubiger-/Schuldnerbilanz, folgendermaßen dar:

Tabelle 3: Eigentumsverpfändung und Geldschaffung in Kreditverträgen. Zinserklärung

Gläubiger	Schuldner
<p>belastet (vor dem Kreditvertrag)</p> <p>Eigentumsrechte an wertstabilem und unveränderlichem „Buchgeld“. Weil die Eigentumsrechte am Geld nicht an den Schuldner übergehen, verbleiben auch die Eigentumserträge, Zinsen, weiterhin beim Gläubiger. Abgetreten werden nur die Nutzungsrechte am Geld, welche an dessen neuen Besitzer, den Schuldner, übergehen.</p>	<p>verpfändet (vor dem Kreditvertrag)</p> <p>Ackergaul mit begrenzter Restlebensarbeitszeit, der außerdem in der Leistung nachlässt, außerdem durch Unfall oder Krankheit sterben kann.</p>
<p>übergibt (bei Kreditabschluss)</p> <p>zeitweise Nutzungsrechte an zeitlich wertstabilem und unveränderlichem Bargeld – Silber- oder €-Münzen, €-Banknoten</p>	<p>erhält (bei Kreditabschluss)</p> <p>zeitweise Nutzungsrechte an zeitlich wertstabilem und unveränderlichem Bargeld – Silber- oder €-Münzen, €-Banknoten</p>
<p>erhält (nach Ende der Kreditlaufzeit)</p> <p>vollständiger wertstabiler Rückerstattungsbetrag in Form von Geld, verzinst. Im Falle der Nichtrückzahlungsfähigkeit des Schuldners: Zugriffsrecht auf Ackergaul mit begrenzter Restlebensarbeitszeit, der außerdem in der Leistung nachlässt, durch Unfall oder Krankheit sterben kann.</p>	<p>erhält (nach Ende der Kreditlaufzeit)</p> <p>volles Eigentumsrecht an Ackergaul mit verminderter Restlebensarbeitszeit, der außerdem in der Leistung nachgelassen hat, verringert um den an den Gläubiger geleisteten Zins.</p>

Der in Tabelle 3 vom Schuldner verpfändete Ackergaul (Eigentum, Sicherheit) verbleibt weiterhin in seinem Besitz, während das im Kreditvertrag geschaffene Geld als Nutzungsseite des im Kreditvertrag geschaffenen Geldeigentumstitels des Gläubigers (in Höhe des aktuellen Wertes des

Schuldnerpfandes) an ihn übergeht. Wenn der Kreditvertrag nicht zu irgendeiner Nutzungsübertragung führen würde, wäre er ja auch sinnfrei.

Jetzt, wie hoch ist der Zins? Er hängt von mehreren verschiedenartigen Faktoren ab, die in Tabelle 3 aufgelistet und erläutert sind.

Tabelle 4: Beispielhafte Zusammensetzung des Zinsfußes in Kreditverträgen.

Position	Bewertung €	Zinssatz in %
Kreditsumme = Pfandwert (Auszahlungsbetrag)	3.000,-	100,00
jährlicher Wertverlust der Sicherheit im Kreditierungszeitraum (Alterung)	300,-	10,00
Risiko des Pfandverlustes im Kreditierungszeitraum – Arbeitsunfähigkeit oder Tod des Ackergauls durch Krankheit, Unfall, Feuer, Jähzorn des Bauern etc. (Kollateralschaden)	90,-	3,00
Risiko der Schuldnerilliquidität im Kreditierungszeitraum	30,-	1,00
Inflationsausgleich	90,-	3,00
Bearbeitungsgebühr	30,-	1,00
Rückerstattungsbetrag	3.540,-	118,00

Zunächst einmal erkennt man schon hier, dass der Zins offenbar etwas mit dem Verstreichen von Zeit zu tun hat, denn alle in den Zeilen 2 bis 5 aufgeführten Positionen in Tabelle 3 beschreiben zeitabhängige Phänomene. Es wäre ja auch sehr verwunderlich, wenn eine zeitabhängige Funktion, wie sie der Zins nun einmal darstellt, nichts mit dem Verstreichen von Zeit zu tun hätte. Und doch behaupten Heinsohn und Steiger genau das: „Townshend hat [...] die Irrelevanz des Zeitverstreichens für die Zinsentstehung gespürt [...]“^[19]

Das in Zeile 3 in Tabelle 3 aufgeführte Risiko des Kollateralschadens kann auch durch eine nicht vollständige Belastungsfähigkeit des Kollaterals berücksichtigt werden (etwa nur zu 50 % oder 80 % des aktuellen Wertes), um die Zinshöhe etwas zu begrenzen. Es kann natürlich auch ein weniger zerstörungsanfälliges Kollateral eingesetzt werden (z.B. ein Haus oder ein Stück Land). Das Risiko der Schuldnerilliquidität (Zeile 4) wird durch eine Bonitätsprüfung ermittelt und entsprechend in einen Zinssatz umgerechnet. Bearbeitungsgebühr und Inflationsausgleich (Zeilen 5 und 6) unterliegen den aktuellen Marktverhältnissen. Von den bis hierher vier genannten Positionen stellt jedoch noch keine einzige einen echten Kapitalzins dar. Denn die Risikoprämien in den Zeilen 3 und 4 sind zwar aus der Sicht des Kreditnehmers ein Realzins, nicht aber aus der Sicht der Bank, die mit diesen Einnahmen nur die Verluste aus den tatsächlich eintretenden

Kollateralschäden aus anderen Kreditverträgen abdeckt. Der Inflationsausgleich wiederum stellt einen vorab geschätzten Ausgleich über den zu erwartenden jährlichen Kaufkraftverlust der Währung dar und ist damit ebenso wenig ein Realzins wie die 1 % Bearbeitungsgebühr, welche ja ein Arbeitslohn und kein Zins ist.

Für den Kapitalzins bleibt also nur noch Zeile 2 übrig. Für ihn ist demnach die Alterung des Kollaterals während der Kreditlaufzeit verantwortlich. Wie erklärt sich jetzt das und die komplizierte Zinsfunktion (Exponentialfunktion)?

Zur Erläuterung habe ich in Tabelle 5 die Vorgänge während eines Kreditgeschäfts, in dessen Folge der Schuldner durch Kollateralschaden illiquide wird, für den vereinfachten Fall eines disinflationären Umfeldes beschrieben.

Der Kapitalzins erklärt sich damit aus der Differenz der Wertentwicklungen von Geldforderungen (Gläubigereigentum) und Schuldnerpfändern in Kreditverträgen. (Bei Inflation bleiben die Verhältnisse übrigens durch den Inflationsausgleich unverändert. Dieser stellt damit ein Instrument zur Konstanthaltung des Kapitalzinses dar.)

Warum muss der Schuldner die jährlichen 3 % Zinsen immer auf die Gesamtschuldensumme bezahlen und nicht auf den jeweils aktuellen Restwert des Kollaterals? Eine Begründung ist möglicherweise, dass in letzterem Fall Gläubiger grundsätzlich nur Kreditverträge über ein Jahr

Tabelle 5: Erklärung des Kapitalzinses.

Gläubiger	Schuldner
<p>Kreditabschluss</p> <ul style="list-style-type: none"> - bewertet Schuldneigentum - emittiert Geld an Schuldner in Höhe des aktuellen Wertes des Schuldnerpfandes <p>Eigenschaften des Gläubigereigentums</p> <ul style="list-style-type: none"> - Geldforderung entwertet sich nicht (Disinflation) - nach Laufzeitende des Kreditvertrages (5 Jahre) Wert unverändert <p>nach 3 Jahren Kreditlaufzeit</p> <ul style="list-style-type: none"> - Geldforderung hat sich nicht entwertet (Disinflation) - Gläubiger fordert Schuldnerpfand ein - Gläubiger fordert Schadenersatz für auf 91,27 % des Restwertes entwertetes Schuldnerpfand ein - Gläubiger erhält 3 % Kapitalzins pro Jahr vom Schuldner auf die gesamte geschuldete Summe, also 9,27 % nach 3 Jahren 	<p>Kreditabschluss</p> <ul style="list-style-type: none"> - verpfändet Eigentum (Ackergaul, Haus) - erhält Bargeld ausbezahlt. <p>Eigenschaften des Schuldneigentums</p> <ul style="list-style-type: none"> - Haus verliert 3 % pro Jahr an Wert - nach Laufzeitende um 14,13 % auf 85,87 % des Ursprungswertes verringert <p>nach 3 Jahren Kreditlaufzeit</p> <ul style="list-style-type: none"> - Haus hat 8,73 % auf 91,27 % des Ursprungswertes an Wert verloren - Schuldner wird illiquide - Schadenersatz (Alterungsausgleich) muss vom Schuldner bereits zum Zeitpunkt der Illiquidität bezahlt sein, weil danach ohnehin nichts mehr von ihm zu holen ist - Schuldner entrichtet deshalb 3 % Kapitalzins pro Jahr als Vorabschadenersatz an den Gläubiger, nach 3 Jahren 9,27 % des Ursprungswertes des Kollaterals

abschließen und dann ihr Kapital jedes Jahr neu anlegen würden, um dem abnehmenden Zinsgewinn zu entinnen.

Es gilt jedoch noch die Frage zu klären, wieso ein Schuldner, der seinen Kredit vollständig zurückbezahlt hat, seine Zinsleistungen nicht im Nachhinein wieder zurückerstattet bekommt.

Prüfung der Kapitalzinserklärung an einem Beispiel

Wenn diese Erklärung des Kapitalzinses richtig sein will, dann muss sie allerdings auch erklären können, weshalb sich zwei einander gegenübergestellte Kapitalien nullifizieren, also zinslos einander gegenüber treten.

Eine solche Gegenüberstellung habe ich in Tabelle 6 für die beiden Kapitalien Geldforderung und Rentenland für einen aktuellen Geldzinsatz von 6 % vorgenommen.

Die für den Kapitalzins verantwortliche Zeile 2 bleibt in Tabelle 6 leer, weil Land nicht altert.

Also ergibt sich keine Kapitalzinsforderung aus dem Vergleich zwischen Geldforderung und Rentenland, genau wie zu erwarten war. Das Beispiel bestätigt also die Anwendbarkeit der Theorie.

Die freiwirtschaftlichen Vorschläge zur Zurückdrängung des Kapitalzinses

Eine von Silvio Gesell vorgeschlagene Umlaufgebühr auf das Bargeld legt dem Schuldner zusätzliche Belastungen während der Kreditlaufzeit auf. Er muss nämlich, wenn er nicht sofort die gesamte, ihm bei Kreditabschluss ausgehändigte Bargeldsumme ausgibt, ständig Bargeld aus anderen Quellen nachschießen, um den Nennwert seiner Besitztitel aufrechtzuerhalten. Die Geldforderung des Gläubigers besteht dagegen in Währung. Dieser hat deshalb keine Durchhaltekosten zu tragen, weil er diese mit den Besitztiteln (Geldscheinen) an den Schuldner übergeben hat. Diese, nicht durch eigenes Fehlverhalten oder die Eigenschaften des von

Tabelle 6: Zinshöhen bei der Gegenüberstellung zweier Kapitalien im Kreditvertrag

Position	Bewertung €	Zinssatz in %
Pfandwert (18 a Ackerland)	3.000,-	-
Kreditsumme (Auszahlungsbetrag)	3.000,-	100,00
Wertverlust der Sicherheit im Kreditierungszeitraum	0,-	0,00
Risiko des Kollateralschadens im Kreditierungszeitraum	0,-	0,00
Erträge aus Pfandeigentum, die beim Schuldner verbleiben	- 180,-	- 6,00*
Zinserträge aus Geldeigentum, die dem Gläubiger zufließen	180,-	6,00
Rückerstattungsbetrag	3.180,-	106,00
	3.000,-	100,00**

* Diese Position geht nicht in die Kreditberechnung mit ein, weil sie vom Schuldner nicht abgetreten wurde. Ich habe sie nur aufgeführt, um zu verdeutlichen, dass aus der Sicht des Landeigentümers durch die Landverpfändung in der Gesamtbilanz kein Realzins anfällt**, weil er weiterhin auf seinen eigenen Kapitalertrag zurückgreifen kann.

ihm gestellten Schuldnerpfandes bestimmten, sondern durch die Eigenschaften der ihm vom Geldeigentümer ausgehändigten Besitztitel verursachte Mehrbelastung wird der Schuldner genauso wenig akzeptieren wie der Gläubiger, im Falle der Schuldnerilliquidität, eine unvollständige Kompensation seiner Rückforderungen akzeptiert, nur weil der Schuldner etwa nicht in der Lage war ein wertstabiles Schuldnerpfand zu stellen. In diese Position ist der Schuldner durch die Gleichheit der Vertragspartner gesetzt, die jedem freiwilligen Geschäftsabschluss zugrunde liegt. Also wird der Schuldner nun seinerseits auf Kompensation für die Übernahme der Durchhaltekosten bestehen, was zu einer Herabsetzung des Kapitalzinses führt. Die Höhe dieser Herabsetzung ist marktreguliert. Im Endeffekt resultiert damit der Kapitalzins aus dem Vergleich der Wertbeständigkeiten der im Kreditvertrag dynamisierten (operierenden) Rechtstitel, nämlich des vom Schuldner belasteten Eigentums einerseits und des vom Gläubiger an den Schuldner zur Nutzung übertragenen Bargeldes andererseits.

Aus Tabelle 6 ist ersichtlich, dass eine Geld- und Bodenreform im Sinne der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ unbedingt gemeinsam durchgeführt werden muss, um eine Flucht des Kapitals in Grundeigentum zu unterbinden.

Abschließend ist hier noch bemerken, dass eine Umlaufgebühr, gefordert vom Bargeldbesitzer und den Zinsertrag des Eigentümers herabsetzend, letztlich auch nichts anderes ist als eine Überführung des Kapitalzinseszinses vom Eigentümer an ein Währungsamt, ähnlich der Bodengrundrente an ein Bodenpachtverwendungsamt. Das Währungsamt hätte dann ebenso die Aufgabe, diese Einnahmen 'in sozialgerechter Weise' an die Allgemeinheit zu distribuieren wie das Bodenpachtverwendungsamt.

Das bedeutet aber auch, dass der Urzins durch eine Umlaufsicherung des Bargeldes genauso wenig aus der Welt geschafft wird wie die Grundrente am Boden durch eine Grundrentensteuer von 100 % verschwindet. Er ist nur der Privatisierung enthoben und sozialisiert worden, um dadurch, wenn man so will, sozialen Frieden und eine Stabilität des Gemeinschaftswesens zu erwirken – in einer Weise, dass niemand mehr die aus dem Eigentumswirtschaften zwangsweise entstehenden Kapitalzinsbelastungen im eigenen Geldbeutel oder gar am Leibe verspüren soll. Aber er ist immer noch da, weil nur umgeleitet worden! Und deshalb muss man Heinsohn und Steiger hier nicht nur rehabilitieren, wenn sie behaupten, der Zins kommt vom Eigentum, sondern sogar dann, wenn sie konstatieren: Eigentum fordert Zins.

Zusammenfassung

Aus der 'Eigentumstheorie des Wirtschaftens' von Heinsohn und Steiger wurde vom Autor eine 'Eigentumstheorie des Geldes' abgeleitet und entwickelt. Sie fasst Geldforderungen und Geldlieferungsversprechen als Eigentumstitel auf, welche gemeinsam mit dem ihnen zugehörigen Besitztitel Bargeld im Kreditvertrag geschaffen werden. Die verschiedenen Funktionen des 'Geldes' lassen sich diesen Rechtstiteln eindeutig zuordnen. Weiterhin ist es mit Hilfe dieses Modells möglich, den Kapitalzins letztlich aus dem Vergleich der Wertbeständigkeiten von Bargeld und Schuldnerpfändern in Kreditverträgen zu erklären. Der Erklärungsansatz wurde durch seine Anwendung auf die Gegenüberstellung zweier Kapitalien in einem Kreditvertrag bestätigt, da er das zu erwartende Ergebnis richtig ermittelte. Die Praktikabilität der freiwirtschaftlichen Vorschläge zur Zurückdrängung des Kapitalzinses wird von der Theorie unterstrichen, wobei zu berücksichtigen ist, dass es sich dabei nicht um dessen Vernichtung, sondern nur um eine Übertragung aus privater in gesellschaftliche Verfügung handelt.

Anmerkungen

- 1 Gesell, Silvio, „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“, 4. Auflage, Freiland-Freigeldverlag, Rehbrücke bei Berlin 1920. Herausgegeben von der Stiftung für Persönliche Freiheit und Soziale Sicherheit [neu: Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung], Hamburg – in Lütjenburg. „Silvio Gesell – Gesammelte Werke – Band XI – 1920“. © 1991 : Gauke GmbH, Verlag für Sozialökonomie, Postfach 1320, 24 319 Lütjenburg. 2. unveränderter Nachdruck, 1998.
- 2 Heinsohn, G., „Privates Grundeigentum, patriarchalische Monogamie und geldwirtschaftliche Produktion – Eine sozialtheoretische Rekonstruktion zur Antike“, Dissertation, Bremen, Februar 1983.

- 3 Heinsohn, G., Steiger, O., „Eigentum, Zins und Geld – Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft“, 2., durchgesehene Aufl. © 2002 by Metropolis-Verlag, Marburg. ISBN 3-89518-304-0.
- 4 Heinsohn, Gunnar, Steiger, Otto, „Eigentumstheorie des Wirtschaftens versus Wirtschaftstheorie ohne Eigentum – Ergänzungsband zur Neuauflage von „Eigentum, Zins und Geld““, © 2002 by Metropolis-Verlag, Marburg, ISBN 3-89518-352-0.
- 5 Heinsohn, G., Steiger, O., „Eigentum, Zins und Geld – Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft“, 2., durchgesehene Aufl., 139, 2002.
- 6 Heinsohn, G., Steiger, O., „Eigentum, Zins und Geld – Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft“, 2., durchgesehene Aufl., 236, 2002.
- 7 Heinsohn, G., Steiger, O., „Eigentum, Zins und Geld – Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft“, 2., durchgesehene Aufl., 273, 2002.
- 8 Heinsohn, G., Steiger, O., „Eigentum, Zins und Geld – Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft“, 2., durchgesehene Aufl., 283, 2002.
- 9 Heinsohn, G., Steiger, O., „Eigentum, Zins und Geld – Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft“, 2., durchgesehene Aufl., 229, 2002.
- 10 Gesell, Silvio, Brief an Rudolf Dreyer vom 14.01.1930 aus Rehbrücke, veröffentlicht in Gesell, Silvio, XVIII, 407-409, 1997.
- 11 Heinsohn, G., Steiger, O., „Eigentum, Zins und Geld – Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft“, 2., durchgesehene Aufl., 265, 2002.
- 12 Heinsohn, G., Steiger, O., „Eigentum, Zins und Geld – Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft“, 2., durchgesehene Aufl., 195, 2002.
- 13 Heinsohn, G., Steiger, O., „Eigentum, Zins und Geld – Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft“, 2., durchgesehene Aufl., 182, 2002.
- 14 Striegel, Bernd, „Über das Geld – Geschichte und Zukunft des Wirtschaftens“, 1. Aufl., Verlag Ulmer Manuskripte, Blaubeuren, Kapitel 2.4, 2004. [jetzt: Verlag für Sozialökonomie]
- 15 Heinsohn, G., Steiger, O., „Eigentum, Zins und Geld – Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft“, 2., durchgesehene Aufl., 304, 2002.
- 16 Heinsohn, Gunnar, Steiger, Otto, „Eigentumstheorie des Wirtschaftens versus Wirtschaftstheorie ohne Eigentum – Ergänzungsband zur Neuauflage von „Eigentum, Zins und Geld““, 19, 2002.
- 17 Creutz, Helmut, „Die 29 Irrtümer rund ums Geld“, © 2004 by Signum Wirtschaftsverlag, München, 25 ff., 2004.
- 18 Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht 2003, Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, 180 (Punkt 5), 181 (Punkt 1), 2003.
- 19 Heinsohn, G., Steiger, O., „Eigentum, Zins und Geld – Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft“, 2., durchgesehene Aufl., 196, 2002.

Geld ist das schwarze Loch der Neoklassik

„Das schwarze Loch in der Neoklassik ist das Phänomen Geld. Das ist nach dieser Theorie reines Tauschmittel. Und Gläubiger und Schuldner, die über ihr Geldvermögen disponieren und so versuchen, die Zukunft zu planen, kommen nicht vor. Doch diese Dispositionen machen den Kapitalismus überhaupt erst anfällig für Krisen. ... Das ist die Basis allen kapitalistischen Wirtschaftens. Es muss in jeder Periode jemanden geben, der bereit ist, sich zu verschulden, damit die Einnahmen für alle anderen in dem Ausmaß steigen, dass sie Zinsen zahlen und Gewinne machen können. Das System ist auf Wachstum programmiert. Der Zins erzeugt die Dynamik, die wir gemeinhin Wachstum nennen.“

Robert von Heusinger, Verdammte zum Wachsen, in: Die Zeit Nr. 48/2004, S. 35.

B E R I C H T E

16, Gordon Square,
Bloomsbury.

31 March 1926

Dear Sir,

I thank you for your postcard. I shall be glad to be in touch with the literature of your movement from time to time. But I think that I am already acquainted with much of it up to date.

Yours very truly
J M Keynes

Herr Silvio Gesell

March 31, 1926

Dear Sir,

I thank you for your postcard. I shall be glad to be in touch with the literature of your movement from time to time. But I think that I am already acquainted with much of it up to date.

Yours very truly
J. M. Keynes

31. März 1926

Sehr geehrter Herr,

ich danke Ihnen für Ihre Postkarte. Gerne werde ich mich von Zeit zu Zeit mit der Literatur Ihrer Bewegung beschäftigen. Aber ich denke, dass ich damit bereits größtenteils vertraut bin.

Hochachtungsvoll
J. M. Keynes

■ Keynes-Gesellschaft e.V.

Angehts einer mehr als 20jährigen Massenarbeitslosigkeit und eines schwachen Wirtschaftswachstums sieht die Mehrheit der Ökonomen in einer Senkung von Löhnen und Sozialausgaben einen Weg zu mehr Beschäftigung. Ihr steht eine Minderheit von Ökonomen gegenüber, die stattdessen die Notwendigkeit einer entsprechend hohen Güternachfrage betont. Einige von ihnen haben deshalb im Frühjahr 2004 in Berlin eine „Keynes-Gesellschaft e.V.“ gegründet und sich zum Ziel gesetzt, eine erneute Diskussion der entweder vergessenen oder durch die Resultate der antizyklischen Fiskalpolitik diskreditierten Theorien von John Maynard Keynes (1883–1946) zu fördern und sie im kritischen Vergleich mit den Theorien von Schumpeter, Hayek und Friedman weiterzuentwickeln. Insbesondere sollen Keynes' Theorien der nachwachsenden Studentengeneration nahe gebracht werden. Die „Keynes-Gesellschaft e.V.“ will entsprechende Forschungsvorhaben fördern, ihre Ergebnisse im Internet präsentieren und auch Preise für wirtschaftswissenschaftliche Forschungsarbeiten vergeben.

Nähere Informationen:

www.keynes-gesellschaft.de

■ Intervention – Zeitschrift für Ökonomie

Ebenfalls im Frühjahr 2004 wurde die Zeitschrift „Intervention“ gegründet. Sie versteht sich als ein Forum für heterodoxe Ansätze in der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik – heterodox im Sinne einer kritischen Einstellung zum ‚neoliberalen‘ Mainstream in der Ökonomie. Die Zeitschrift „Intervention“ erscheint halbjährlich; bislang sind drei Ausgaben erschienen.

Nähere Informationen:

www.zeitschrift-intervention.de

■ MoneyMuseum

Was ist Geld und woher kommt es? Was macht Geld – und was machen wir mit ihm? Mit diesen Fragen beschäftigt sich das MoneyMuseum in

Zürich. Seine Informationen zur Geschichte und Gegenwart von Geld und Währung vermittelt es über verschiedene Kanäle: Bücher, Broschüren und CDs sowie Internet-, Hörspiel- und DVD-Stationen. Im Mittelpunkt des großen Museumsraums stehen drei Münzvitрины, die in wechselnden Ausstellungen monetäre Pretiosen aus verschiedenen Zeitepochen zeigen. Der Nebenraum beherbergt gegenwärtig die Sonderausstellung "Unterwegs zum wertlosen Geld", welche die Geldentwicklung in Ost und West umreisst und auch nicht-monetäre Geldformen präsentiert. Individuell durch diese Ausstellung wie das gesamte Museumsangebot können sich die Besucher/innen von einem Audioguide führen lassen. Für Interessierte hält das MoneyMuseum diverse Materialien bereit, u.a. auch über Regionalwährungen.

Es ist dienstags von 13–18 Uhr geöffnet; der Eintritt ist frei. Gratisführungen sind während der genannten Öffnungszeiten oder nach vorheriger Absprache möglich. Zusätzlich finden an mehreren Dienstagabenden im Jahr Veranstaltungen statt, die Geld aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten und zum Mitdiskutieren einladen.

Nähere Informationen:

MoneyMuseum, Hadlaubstrasse 106,
CH-8006 Zürich | Fon: +41 (0)44 350 73 80
Fax: + 41 (0)44 242 76 86
eMail: info@moneymuseum.com
Internet: www.moneymuseum.com

B Ü C H E R

■ John Kenneth Galbraith Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs. Vom Realitätsverlust der heutigen Wirtschaft

München: Siedler Verlag, München 2004. 111 Seiten.

Es ist nicht viel, was Galbraith uns zu sagen hat; denn der 111-Seiten-Umfang seines Essays beträgt netto eigentlich gerade einmal 70 Seiten, die durch großzügiges Layout gestreckt wurden. Und selbst auf dieser Kurzstrecke schafft es Galbraith (und das Lektorat lässt es durchge-

hen), sich des öfteren („wie bereits erwähnt“) zu wiederholen. Trotzdem wiegen die wenigen Worte, zu denen sich Galbraith im hohen Alter von 96 Jahren noch einmal herausgefordert sieht, schwer. Nicht nur was er sagt, ist von Bedeutung, sondern auch wie er es sagt. Doch vor allem zählt, wer hier das Wort ergreift: Galbraith ist ein wirtschaftswissenschaftliches Schwergewicht, eine Institution. Er lehrte an verschiedenen Universitäten, schrieb über 30 Bücher und trug zu Entscheidungen amerikanischer Präsidenten (Roosevelt, Kennedy, Johnson) bei. Deshalb können seine Aussagen über den Kapitalismus von unseren neoliberalen Vordenkern weder als unqualifiziert noch als ideologisch verzerrt weggewischt werden, wie es der Fall ist, wenn die gleichen Argumente von so genannten „Globalisierungsgegnern“ kommen.

Galbraith überschaut aus eigener Erfahrung den Zeitraum der letzten 70 Jahre. Aus ihm spricht die Abgeklärtheit, wenn er Sätze formuliert wie: „Die Kernthese dieses Essays lautet, dass die Volkswirtschaftslehre, aber auch Wirtschafts- und politische Systeme im Allgemeinen, aus finanziellen und politischen Interessen und aufgrund kurzlebiger Modetrends ihre eigene Version der Wahrheit kultivieren. Diese hat nicht unbedingt etwas mit der Wirklichkeit zu tun. ... Das, was mächtigen ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Interessen dient oder ihnen zumindest nicht entgegensteht, gilt als die Wahrheit“.

Zunächst erklärt Galbraith, was er unter „unschuldigem Betrug“ versteht: „Einzel-, aber auch Gruppeninteressen“ werden als Gemeinwohl definiert, eigene volkswirtschaftliche Lehrmeinungen zu allgemein gültigen „Wahrheiten“ überhöht. Dem Betrug geht also der Selbstbetrug voraus. Eine dabei äußerst dienliche Technik ist die Verwendung verschleiender Begriffe. Auch wenn der Kapitalismus als System nie abgeschafft wurde, so verschwand in den kapitalistischen Volkswirtschaften zumindest der Begriff und wurde durch „freies Unternehmertum“ oder „Marktwirtschaft“ ersetzt. Galbraith dazu: „Es wäre schwierig gewesen, einen noch nichtssagenderen Ausdruck zu finden“. Die Ökonomen (also seine eigene Zunft!) schreiben realitäts-

ferne Modelle in ihre Lehrbücher und erarbeiten daraus Glaubenssätze – wie den der „Konsumensouveränität“, den Galbraith für „eine der am weitesten verbreiteten Formen der Täuschung“ hält. „Wer würde es schon wagen, ohne gezielte Beeinflussung der Verbraucher Waren auf den Markt zu bringen“, konstatiert er lapidar.

Ein anderer – „wahrlich kein kleiner“ – Betrug ist nach Galbraith die Messung des „gesellschaftlichen Fortschritts fast ausschließlich am Wert der Güterproduktion, dem BIP-Zuwachs“. Nicht das Bildungsniveau, sondern die „Zahl der produzierten Automobile“ bestimmt also über das Ranking einer Gesellschaft. Weitere Ungeheimheiten entdeckt Galbraith in der Arbeitswelt. Dort hat man sich an vielerlei Paradoxien gewöhnt; z. B. daran, dass diejenigen besser bezahlt werden, denen ihre Arbeit den meisten Spaß macht, während es für „monotone, öde, beschwerliche Arbeiten ... lediglich Niedriglöhne“ gibt. Oder dass „der Müßiggang für die Betuchten als eine ehrenwerte Alternative gilt, während er sich für die Armen nicht ziemt“. Anschließend knöpft sich Galbraith die Unternehmen vor. „Der Glaube, dass das Management von Konzernen kein bürokratischer Apparat sei, ist unsere raffinierteste und in jüngster Vergangenheit eine unserer offenkundigsten Formen von Betrug“. Die Zustände in den Konzernen sieht Galbraith als skandalös an: er beklagt die „Möglichkeit der Selbstbedienung“ bei der Vergütung („die manchmal an Diebstahl grenzt“) und die Art der Aktionärsversammlungen, die oft „einem baptistischen Gottesdienst“ gleichen.

Ein „in seiner gesellschaftlichen und politischen Dimension ... alles andere als ein unschuldiger Betrug“ ist für Galbraith „der Mythos von den beiden Sektoren“, nämlich der Privatwirtschaft, die „als leuchtendes Beispiel verklärt“ und des Staates, der „als notwendiges Übel verunglimpft“ wird. Auch hierbei „obsiegt die Rhetorik einmal mehr über die Wirklichkeit. Denn ein wesentlicher und größer werdender Teil des so genannten staatlichen Sektors gehört eigentlich längst zum privaten Sektor“: So „wurde 2003 fast die Hälfte der frei verfügbaren Staatsausgaben ... in den USA für militärische Zwecke verwendet“. Die Rüstungsindustrie leistet her-

vorrangige Lobbyarbeit, bietet „gut dotierte Posten für Quereinsteiger aus der Politik“ und „revanchiert sich ... mit großzügigen Spenden an Politiker. ... Mehr noch: Die Rüstungslobby beeinflusst sogar die Außenpolitik und ... Entscheidungen über Krieg und Frieden“. Und dann kommt noch ein Seitenhieb: „Die Medien haben sich mit dieser Entwicklung abgefunden. ... Das Alltägliche ist keine Schlagzeile wert.“

Das nächste Feld, auf dem Betrug und Selbstbetrug ein fruchtbares Miteinander pflegen, ist „die Finanzwelt“. Diese „unterhält eine große, umtriebige und hoch dotierte Gruppe von Experten, die notwendigerweise falsche, aber scheinbar hochanalytische, plausible Informationen liefern.“ In ihren Prognosen „wird die Wirklichkeit durch Hoffnungen und Wunschdenken verschleiert. ... Allerdings haben die meisten keine Ahnung von ihrer Ahnungslosigkeit“ – und untermauern „durch zur Schau getragenes Selbstbewusstsein ihren seherischen Weitblick“. Vielfach wird das prognostiziert, „was den Interessen der Auftraggeber der Studien am förderlichsten“ ist, und auch der Eigennutz spielt keine kleine Rolle: Man setzt „jede Menge Prognosen in Umlauf, die dem persönlichen Aktienportefeuille zuträglich“ sind. Das ist dann kein „unschuldiger Betrug“ mehr.

Die Krone der Realitätsflucht gebührt laut Galbraith der US-Zentralbank, „auch liebevoll ‚Fed‘ genannt“. Ihre Bedeutung basiert auf dem Glauben an Abläufe und Zusammenhänge, die „nur in der schönen Welt der ökonomischen Lehrbücher, nicht aber in der Wirklichkeit existieren“. Das Drehen an der Zinsschraube war für Galbraith „seit der Gründung der US-Zentralbank im Jahr 1913 ... von nachhaltiger Wirkungslosigkeit“. Andere wirtschaftspolitische Entscheidungen zeitigen aus Galbraith´ Sicht gar gegenteilige Ergebnisse; so zieht er die Steuerleichterungen, durch die „das sowieso schon üppige Einkommen von Topmanagern und Großaktionären ... weiter erhöht“ wird, massiv in Frage: „Den Bedürftigen versagt man das Geld, welches sie mit Sicherheit ausgeben würden, und den Begüterten wirft man das Geld nach, welches sie mit Sicherheit auf die hohe Kante legen werden.“

Nicht nachvollziehen kann ich allerdings Galbraith' Verteidigung des Systems der Aktiengesellschaften, die er als „Eckpfeiler des modernen Wirtschaftslebens“ sieht. Diese Eckpfeiler bröckeln zwar unter einer „Mentalität des Absahnens und Betrügens“, doch Galbraith meint, durch bessere Überwachung und „verschärfte strafrechtliche Sanktionen“ sei noch etwas zu retten.

Zusammenfassend warnt Galbraith noch einmal vor den Übergriffen der Wirtschaft in staatliche Aufgabenbereiche, die besonders bei verteidigungs- und umweltpolitischen Belangen „in bedenklicher Weise vorangeschritten“ seien. Und er weist auf die Fehlentwicklung hin, dass „die Konzerne das gesellschaftliche Wertesystem entsprechend ihren Bedürfnissen und Interessen umformen“. Seine eindringlichste Warnung gilt allerdings der Tatsache, dass wir unsere größten Fortschritte bei der „Entwicklung von Waffen“ gemacht haben: „Die Fähigkeit zur Massenvernichtung wurde zur höchsten zivilisatorischen Errungenschaft. ... Der Krieg ist und bleibt das schlimmste Versagen der Menschheit“, lautet sein Schlusssatz.

Auch wenn Galbraith wie so viele, die heute vor den Auswirkungen des Kapitalismus warnen, nicht bis zu den Gesetzmäßigkeiten dringt, die dieses System so todbringend effektiv machen, so ist seine Symptombeschreibung doch ein brillanter Einspruch gegen alle Aufforderungen, wir müssten auf dem eingeschlagenen Weg nur noch schneller voranschreiten.

Volker Freystedt

■ **Herbert Schui und Holger Paetow (Hrsg.)**
Keynes heute –
Festschrift für Harald Mattfeld

Hamburg: VSA-Verlag, 2003. 176 Seiten.

Zum 60. Geburtstag des Volkswirts Harald Mattfeldt wurde eine Aufsatzsammlung mit dem Titel: „Keynes heute“ herausgegeben. Der Titel überrascht im Zusammenhang mit dem Jubilar deshalb nicht, weil der an der Universität Hamburg lehrende Mattfeldt ab Anfang der 1980er Jahre eine gegen den zunehmenden Antikeynesianismus gerichtete Diskussion um den wohl wichtigsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts in

Gang gesetzt hat. Die Herausgabe einer kommentierten Werksauswahl der weniger bekannten Schriften von Keynes, die vielfältigen Aktivitäten zur Implementierung keynesianischer Wirtschaftspolitik und die Prägung des Begriffs „Eurokeynesianismus“ sind nur einige Beispiele für Harald Mattfeldts Bemühungen, das keynesianische Gedankengut als Richtschnur für konkretes wirtschaftspolitisches Handeln wieder auf die Agenda zu setzen.

In acht Aufsätzen, von denen zwei hier kurz vorgestellt werden, wird u.a. der Frage nachgegangen, über welche Erklärungskräfte der keynesianische Blickwinkel auf die Volkswirtschaft noch verfügt. Hierbei sind zwei Aufgaben zu erfüllen, wenn Keynes auch für die politische Auseinandersetzung von Nutzen sein soll:

- Einerseits muss keynesianische Volkswirtschaftslehre die jeweilige Wirtschaftslage und ihre Phänomene wie Arbeitslosigkeit und Stagnation erklären können.

- Andererseits sind Antworten nötig, wie denn die Wirtschaftslage durch geeignete politische Instrumente der verschiedenen Akteure hinsichtlich der zentralen Zielsetzung, der Verminderung der Arbeitslosigkeit, zu beeinflussen ist.

Keynes kommt in diesem Buch zunächst selbst zu Wort. Sein Essay „Das Ende des Laissez-Faire“ über die Wechselwirkung von Privat- und Gemeinwirtschaft ist den Aufsätzen vorangestellt. Dies führt dem Leser noch einmal einige seiner grundlegenden Gedanken vor Augen. So erkannte Keynes beispielsweise klar die Grenzen freier Märkte und suchte nach Instrumenten zur Überwindung von Arbeitslosigkeit und Marktungleichgewichten.

In Rudolf Hickels Beitrag „Die keynesische Botschaft: Wiederbelebung gesamtwirtschaftlicher Analyse und Politik“ wird das Scheitern der neoklassischen Angebotstheorie am Beispiel des Arbeitsmarktes nachgezeichnet. Die Mehrheitsfraktion des „Rates der fünf Weisen“, der trotz sich laufend verschärfender Arbeitslosigkeit nach immer mehr Angebotspolitik ruft, wird als theoretische Hilflosigkeit erkannt. Der gesamtwirtschaftliche Blick macht dagegen deutlich, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften vom Wirtschaftswachstum, der Produktivitäts-

entwicklung und der Arbeitszeit abhängt. Somit sind Schlüssel zur Überwindung der Arbeitslosigkeit auf den Güter- und Geldmärkten zu suchen. Langfristige Entwicklungen wie das Übersparen müssten u.a. mit Arbeitszeitverkürzung angegangen werden. Hickel beschreibt darüber hinaus verschiedene keynesianische Strömungen und umreißt kurz deren Elemente aus den jährlichen Memoranden für eine Alternative Wirtschaftspolitik.

Ralf Ptaks Ausgangspunkt in seinem Aufsatz „Soziale Marktwirtschaft und Keynesianismus“ ist der Zusammenhang des durch Vollbeschäftigung und überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum gekennzeichneten sozial gebändigten Kapitalismus der 1950er und 1960er Jahre und den aus der Weltwirtschaftskrise entstandenen Konzepten der Sozialen Marktwirtschaft und des Keynesianismus. Am Beispiel des Sozialstaats wird der Unterschied zwischen den beiden Ansätzen besonders deutlich. Die ordoliberalen Väter der Sozialen Marktwirtschaft hielten den Sozialstaat allenfalls für ein temporäres Zugeständnis gegen das Marktprinzip, um es letztlich überhaupt verteidigen zu können. Dagegen erkannte Keynes das stabilisierende Moment sozialer Sicherungssysteme für den Kapitalismus. Durch ihn wurden soziale Sicherung und Umverteilung in die ökonomische Theorie implementiert und unabhängig von Gerechtigkeitsüberlegungen als Notwendigkeit für die Abfederung von Krisen erkannt. Ptaks historisch interessante Ausführungen geben Aufschluss über mögliche Haltelinien gegen den Neoliberalismus, lehnen aber eine Wiederbelebung der sozialen Marktwirtschaft als Verteidigungsstrategie ab.

Das Buch gibt einen Überblick über die Entwicklung keynesianischer Strömungen in der Wirtschaftswissenschaft und beschreibt solide ausgewählte Probleme der Volkswirtschaft mit klarem politischen Engagement. Auch wenn makroökonomische Ergebnisse wenig attraktiv klingen mögen, sollte der Keynesianismus wieder stärker gesellschaftspolitisch eingebettet werden. Gesamtwirtschaftliches, kreislaufanalytisches Denken und darauf fundiertes Handeln muss wieder Grundlage politischen Handelns sein.

Ein Blick auf die Altersangaben im Autorenverzeichnis macht darüber hinaus eindringlich klar, wie dringend notwendig es ist, keynesianisch argumentierenden Nachwuchsökonominnen gegen die neoklassisch – neoliberale Hegemonie der marktgläubigen Ökonomen an den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten und Instituten einen wissenschaftspolitischen Hintergrund zu bieten, der ihren Überlegungen zumindest im akademischen Raum eine Chance gibt.

Alexander M. Thanner

■ **Eckhard Hein, Arne Heise und Achim Truger (Hg.)**
Neu-Keynesianismus – Der neue wirtschafts-politische Mainstream ?

Marburg: Metropolis Verlag, 2003. 295 Seiten.

„Wenn wir unfähig bleiben, die Aufgabe, die uns gestellt wurde, zu lösen ..., wird die Regierung von links nach rechts und von rechts nach links pendeln. Und jeder Pendelschlag wird die Verwirrung, die Hilf- und Ratlosigkeit vermehren.“ (Silvio Gesell im Winter 1929/30, in: *Gesammelte Werke Band 11, S. 402*)

Auch nach dem extrem rechten Pendelschlag in die NS-Herrschaft blieb die Wirtschaftspolitik unfähig zur Stabilisierung der Wirtschaft, so dass das Pendeln der wirtschaftspolitischen Lehrmeinungen nach links und rechts auch nach 1945 weiterging. Auf den Niedergang des postkeynesianischen Staatsinterventionismus folgte vor 30 Jahren der Siegeszug des monetaristischen ‚Neoliberalismus‘. Und nun – folgt man den Herausgebern des vorliegenden Buches – schlägt das Pendel zur Abwechslung vielleicht wieder etwas nach links. Das könnte die mit der sich verschärfenden Krise einhergehenden sozialen Härten vielleicht etwas mildern, aber es würde die Krise selbst nicht überwinden.

Dieses Buch enthält die Beiträge zu einem Workshop, den das mit dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes (www.wsi.de) verbundene „Forschungsnetzwerk Alternative Konzeptionen der makroökonomischen Politik im Spannungsfeld von Arbeitslosigkeit, Globalisierung und hoher Staatsverschuldung“ mit Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung im Oktober 2002 in

Berlin durchgeführt hat. In der Einleitung (S. 11-19) umreißen die Herausgeber Eckhard Hein und Achim Truger vom WSI sowie Prof. Arne Heise (HWP Hamburg) das Forschungsprogramm. Angestrebt werden eine „Überwindung der neoliberalen Konfusion“ und eine Rückbesinnung auf Keynes; dabei „steht allerdings ein exzessives Deficit-spending nicht zur Debatte.“ (S. 9) Nach der Entwicklung der Nachkriegsökonomie von der Neoklassischen Synthese zum Monetarismus soll nunmehr der Neu-Keynesianismus als weitere Station der Theorieentwicklung „neue Spielräume“ für eine zwar nicht exzessive, aber doch wenigstens in Maßen expansive Geld- und Fiskalpolitik bestimmen.

Das klingt zunächst vielversprechend, doch stellt sich beim Blick auf die Prämissen des Forschungsnetzwerks schnell Ernüchterung ein. Es folgt der neoklassischen These, wonach Geld „langfristig neutral“ sei, und akzeptiert deshalb den „walrasianischen Marktträumungsansatz als Referenzrahmen“ und die „langfristige Gültigkeit des Sayschen Theorems“. (12 und 16-17)

In ihrer „kritischen Würdigung“ des Neu-Keynesianismus als „neues makroökonomisches Konsensmodell“ sind sich Michael Heine und Hansjörg Herr dessen bewusst, dass es eigentlich nicht ausreicht, die Massenarbeitslosigkeit nur als „kurzfristige Störung im Rahmen einer vollständig als gültig erachteten neoklassischen Welt“ anzusehen und für eine temporäre „Nicht-Marktträumung“ nur Preis- und Lohnrigiditäten verantwortlich zu machen. (25, 35). Aus der „von Keynes selbst entworfenen Forschungsperspektive“ sei dies „unbefriedigend“. (45) Dennoch stellt der Neu-Keynesianismus die Existenz einer „Hierarchie der Märkte“ mit einer Vormachtstellung des Vermögensmarktes gegenüber den Güter- und Arbeitsmärkten in Abrede. Deshalb bleibt ihm nur der Ausweg, die Massenarbeitslosigkeit mit einer Mixtur aus Lohnflexibilisierung und -senkung, Deregulierung des Arbeitsmarkts und etwas expansiverer Geld- und Fiskalpolitik zu bekämpfen. Gleichwohl sehen Heine und Herr im Neu-Keynesianismus einen „geeigneten Kandidaten, um einen neuen, aber auch verschwommenen Konsens in der Makroökonomie zu schaffen. Denn er bildet einen umfassenden

Regenschirm, unter dem viele Kritiker des idealen neoklassischen Marktmodells Platz haben. ... Die Dominanz der Mainstreamökonomie wird nicht in Frage gestellt, aber wirtschaftspolitisch ergeben sich gleichwohl Handlungsoptionen. Damit können zur Zeit (fast) alle ganz gut leben“ (50) – außer den 5 Millionen Arbeitslosen, für die dieser Regenschirm viel zu klein ist, und dem kleinen Kreis von Kritikern des ökonomischen Mainstreams, der in den von Gesell inspirierten 16. und 17. sowie 23. und 24. Kapiteln von Keynes' „Allgemeiner Theorie“ bislang unausgeschöpfte Möglichkeiten sieht, der chronischen Wirtschaftskrise mit geldpolitischen Mitteln zu begegnen.

Aus deren Sicht sind die Bedenken nur allzu berechtigt, die Jochen Hartwig in seinem Beitrag gegen die These erhebt, Keynes habe die unfreiwillige Arbeitslosigkeit auf Preis- und Lohnrigiditäten zurückgeführt. Hartwig verweist auch auf das von Keynes in den Mittelpunkt gestellte Problem der Effektivität bzw. Ineffektivität der Nachfrage (102-103), ohne sich allerdings auf weitergehende Vorstellungen zur Gewährleistung der Nachfrageeffektivität einzulassen.

In seiner vergleichenden Darstellung von Post- und Neu-Keynesianismus hebt auch Eckhard Hein den fundamentalen Unterschied zwischen den klassisch-neoklassischen Realanalysen und Keynes' Analyse der Geldökonomie hervor. (136) Er betrachtet das Geld als Vermögensgut, dem aufgrund der „systemspezifischen Unsicherheit in Geldwirtschaften“ eine Liquiditätsprämie zuwachse, „die den Geldzins als Kompensation für den Verzicht auf die Haltung des Vermögensbestandes Geld begründet. Der monetäre Zins wiederum setzt den Standard für die Verwertungsraten reproduzierbarer Vermögensgüter und beschränkt deren Produktion, wenn deren Verwertungsraten mit zunehmendem Bestand abnehmen.“ In diesem Zusammenhang verweist Hein ebenfalls auf die Möglichkeit, dass die Wirtschaft in eine „Liquiditätsfalle“ geraten könne. (139 und 144) Bei allen Unterschieden zwischen dem Post- und dem Neu-Keynesianismus verweist er jedoch auch darauf, „dass innerhalb beider Schulen jeweils Positionen vertreten wer-

den, die deutlich näher beieinander liegen als die hier skizzierten Extreme“. (167) Beide Seiten würden die Bedeutung der Finanzierungsseite für den gesamtwirtschaftlichen Prozess sehen.

Nach allem bleibt die Frage, wie die mit dem weder auf kurze noch auf lange Sicht neutralen Geld verbundenen, normale Risiken übersteigenden „fundamentalen Unsicherheiten“ (164) im Wirtschaftsprozess vermindert werden könnten. Dazu ist weder eine exzessiv noch eine maßvoll expansive Geld- und Fiskalpolitik in der Lage. Abgesehen von der Ungewissheit ihrer Finanzierbarkeit könnte eine expansive Geld- und Fiskalpolitik diese „fundamentale Unsicherheit“ nicht verringern, sondern nur ihre Folgen vorübergehend mehr oder weniger dämpfen. Wirklich überwinden lassen könnte sie sich vielmehr, sobald das Geld mit Hilfe „künstlicher Durchhaltekosten“ (Keynes) neutralisiert und von seiner Wertaufbewahrungsfunktion entlastet würde. Dadurch würde der wirtschaftliche Kreislauf von systemspezifischen Unterbrechungen befreit, so dass die wirtschaftlichen Akteure ihre Dispositionen auf der Grundlage einer vergleichsweise höheren Sicherheit und Rationalität der Erwartungen treffen könnten. Und sobald als Folge davon auch das Zinsniveau gegen Null absinkt, übermittelt das Geld mehr und mehr symmetrische statt asymmetrische Informationen zwischen den Anbietern und Nachfragern, was die Steuerungsfunktion der Preise über bisherige Marktunvollkommenheiten hinaus erhöht. Eine solche Entstörung des Wirtschaftskreislaufs könnte die Arbeit vom Vorrang des Rentabilitätsprinzips befreien und – ohne ‚neoliberale‘ Radikalkuren und Lohnsenkungen – mehr Beschäftigung ermöglichen, vor allem auch in den Bereichen des Sozialen und Kulturellen.

Dieser auf Keynes und Gesell zurückgehende Grundgedanke steht wie der Postkeynesianismus zunächst noch außerhalb des walrasianischen Modellrahmens. Er enthält aber die dem Neukyenesianismus offenbar wichtige Perspektive einer Verständigung mit der Neoklassik, indem er überhaupt erst die Voraussetzungen für eine zukünftige Gültigkeit des Sayschen Theorems schafft. Seine Rezeption und Weiterentwicklung könnte dazu beitragen, die von Eckhard Hein

benannten „Unterschiede in der Analyse der Rolle der Geldpolitik sowie der Transmission monetärer Impulse“ (167) schrittweise zu überbrücken. In diesem Zusammenhang verdient auch Bernhard Emunds Vergleich des „Markt- und bankendominierten Finanzsystems“ Aufmerksamkeit. (177-225)

Zuguterletzt könnte sich dieser Grundgedanke von Gesell und Keynes einmal als Kern eines neuen makroökonomischen Konsensmodells erweisen, der das Ping-Pong-Spiel der ökonomischen Theorieentwicklung zu einem besseren Resultat führt als die sog. „Dritte-Weg-Sozialdemokratie“ von Anthony Giddens oder Schröder & Blair, die entgegen den ursprünglichen Erwartungen auch des Neu-Keynesianismus inzwischen – wie Günther Sandner richtig bilanziert – als „konturloses Projekt“ mit allzu vielen „Kompromissformeln und Gemeinplätzen“ (292-293) wieder im Sande verlaufen ist. Es führt eben kein Weg daran vorbei, die Nicht-Neutralität des Geldes und die Spirale des Geldvermögens- und Schuldenwachstums als tieferliegende Krisenursache näher zu untersuchen.

Werner Onken

■ Robert Musil Geld. Raum. Nachhaltigkeit.

Lütjenburg: Verlag für Sozialökonomie, 2005. 211 Seiten.

Während sie überall aus dem Boden schießen, bleiben sie doch von wissenschaftlichen Untersuchungen weitgehend unbeachtet: regionale Wirtschaftsformen. 2001 erschien eine vom Wiener Autor Robert Musil als Diplomarbeit geschriebene Untersuchung zu ebendiesen Alternativen zum gängigen Mainstream der neoliberalen Wirtschaft. Bemerkenswert an dieser Arbeit war die konkrete Untersuchung von 16 Tauschkreisen durch Fragebögen und Mitgliederbefragungen, wodurch die bisher umfangreichste Dokumentation in Österreich zu diesem Thema geschaffen wurde. Auf Basis dieser Arbeit baut Musils Dissertation „Geld. Raum. Nachhaltigkeit“ auf, welche die Ergebnisse in einen breiteren theoretischen Rahmen einordnet. (Sie erscheint demnächst.)

Zentrale Forschungsfragen für den Autor sind einerseits die Konsequenzen der Übernahme frei-

wirtschaftlicher Theorien in die bisherigen Raumentwicklungskonzepte und andererseits die Tauglichkeit alternativer Geldmodelle für eine gelungene Regionalentwicklung. Dazu legt Teil A die theoretischen Grundlagen, zeichnet streiflichtartig und doch umfassend Tendenzen und Kritik an den globalen Märkten, dem Geldsystem und der Regionalentwicklung nach. Teil B ist praktisch ausgerichtet und widmet sich, auf den Ergebnissen der Diplomarbeit aufbauend, den konkreten Umsetzungen alternativen Wirtschaftens.

Das Ziel der Regionalpolitik, nämlich die Disparitäten zwischen Regionen zu verringern, sieht Musil in der Politik der EU ungenügend realisiert. Ähnlich wie auf globaler sei auf regionaler Ebene die wirtschaftliche, soziale und ökologische Ungleichheit, trotz milliarden-schwerer Entwicklungsprogramme, nicht verringert worden. Der Autor sieht den Grund dafür in einer fundamentalen Schwäche der neoklassischen Theorie und der daraus abgeleiteten Regionalpolitik: Die Vernachlässigung der Transportkosten, der unzureichend beachtete Kostenfaktor des Verbrauchs von natürlichen Ressourcen und die ‚Nicht-Neutralität‘ des Geldes – hier verbindet er die freiwirtschaftliche Sichtweise des Geldes mit regionalen Entwicklungstheorien zum monetär-regionalen Teufelskreis – führen letztlich zu immer größer werdenden Entwicklungsunterschiede zwischen Zentrum und Peripherie, die noch nie so stark waren, „wie in den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts“. (S. 114) Von einer nachhaltigen Entwicklung im Sinne einer ganzheitlichen Bedeutung (ökologisch, sozial und ökonomisch) kann daher nicht gesprochen werden.

Der Frage, ob alternative Geldsysteme eine Abhilfe schaffen können, geht der Autor im zweiten Abschnitt nach. Die von ihm behandelten Wirtschaftsformen sind: regionale Kreditgenossenschaften (Credit Unions, GLS, Grameen-Bank), Barter-Organisation (WIR), Tauschkreise mit Berücksichtigung österreichischer Tauschkreise und Komplementärwährungen (Wära, Wörgl, Ithaca, Curitiba). Entsprechend der vorangegangenen Diplomarbeit bietet das Buch vor allem zu den Tauschkreisen eine Fülle von statistischem Material.

Insgesamt kommt Musil zu dem Ergebnis, dass

alternative Geldmodelle „durchweg als neue Methoden der Regionalentwicklung bezeichnet werden können.“ (S. 183) Freilich erfüllt nicht jede der vorgestellten Wirtschaftsformen alle sozialen, ökonomischen und ökologischen Forderungen gleichermaßen. So zeichnen sich Barter-Organisationen aufgrund ihrer Wirtschaft der kurzen Wege als besonders ökologisch aus, sind aber hinsichtlich ihrer sozialen Wirkungsweise von marginaler Relevanz, da sie auf betriebliche Kooperation ausgerichtet sind.

Die so gewonnen Erkenntnisse integriert der Autor in eine Empfehlung für die Änderung der Politik auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Im Zentrum dabei steht die Ermöglichung und Ausweitung alternativer Wirtschaftsformen, um etwa eine Verbesserung der regionalen Wertschöpfung und des Versorgungsgrades mit Liquidität zu erreichen. Auf nationaler Ebene schlägt er unter anderem eine Verteuerung der Transportkosten, auf internationaler Ebene eine stärkere Kontrolle der Finanzmärkte durch den Staat und protektionistische Maßnahmen für sensible Regionen vor.

Musils klarer Argumentationsgang überzeugt, zeigt das Potential alternativer Wirtschaftsformen klar auf und schreckt vor konkreten Handlungsempfehlungen nicht zurück. Durch die Fragebögen bleibt er zudem nicht in der Sphäre des Theoretischen verhaftet, sondern kann plausible Daten, zu den vielerorts rein theoretisch abgehandelten Wirtschaftsformen, liefern. Hier gilt es kritisch anzumerken, dass Musil einen Großteil jener Daten, die er nicht persönlich gesammelt hat (Mitgliederzahl der WIR-Bank, Bankeinlagen, ...) leider unaktualisiert aus der Diplomarbeit übernommen hat, wodurch deren Alter zumindest fünf Jahre beträgt. Das Buch ist entsprechend seiner Herkunft dem wissenschaftlichen Habitus verpflichtet, bietet Zusammenfassungen am Ende jedes Kapitels, ein Glossar und eine umfangreiche Bibliografie. In diesem Sinne bleibt zu hoffen, dass die gegenwärtig praktizierten Wirtschaftsalternativen von der Fachwelt untersucht werden, denn an ihnen kann sich zeigen, ob Teile des Theoriegebäudes der alternativen Wirtschaftskonzepte in der Realität bestehen können.

Alexander Preisinger

■ Uwe Müller Supergau Deutsche Einheit

Berlin: Rowohlt-Verlag, 2005. 256 Seiten.

Die deutsche Einheit wird auf Pump finanziert. Und noch ist der Geldregen auf den Osten ein „Rundum-sorglos-Paket“. Doch vom Jahr 2009 an droht den ostdeutschen Bundesländern der „kalte Entzug“. Spätestens dann sind sie „ein Fall für die finanzpolitische Intensivstation“. In weiten Teilen des Ostens dominiert „Leerstandspanik“. Und trotz dieses alarmierenden Befundes bilden die Politiker „ein Kartell des Schweigens“.

Was Buchautor Uwe Müller schreibt, klingt polemisch. Verwunderlich ist es allerdings nicht. Müller geht es wie anderen Kennern der Wirtschaftslage im Osten. Er ist frustriert. Obwohl die Arbeitslosenquote die 20-Prozent-Hürde längst überschritten hat, die Länder tief verschuldet sind und die Wirtschaft nicht mehr wächst, ignorieren die Politiker die Warnungen und Reformvorschläge der Experten weitgehend. Der Autor benennt kenntnisreich und schonungslos die Missstände. Gleichzeitig fordert er die Politiker auf endlich zu handeln.

Müller, selbst Westdeutscher, ist Journalist. Er lebte mehrere Jahre in Leipzig, besuchte Firmen zwischen Kap Arkona und Fichtelberg, sprach mit Wissenschaftlern und Politikern. All diese Erfahrungen flossen in seinem Buch zusammen. Die bekannten Fehler der unmittelbaren Nachwendezeit beschreibt der Autor knapp: Aufgrund des Aufwertungsschocks nach der Währungsunion hatten „die Ost-Betriebe nicht den Hauch einer Chance“, schlussfolgert er. Der Grund: Sie waren sofort internationaler Konkurrenz ausgesetzt. Eine schwere Bürde war auch die Umstellung der Unternehmensschulden im Verhältnis 1:2, obwohl 1:4 ökonomisch realistisch gewesen wäre. Zudem wurden per Staatsvertrag auf die DDR-Wirtschaft von einem Tag zum nächsten die in Jahrzehnten gewachsenen komplexen westdeutschen Rechts- und Regulierungssysteme übertragen. Da sei kein Raum für eigene Wege geblieben, kritisiert Müller.

Zu den Fehlern der Anfangstage gesellen sich aktuelle Versäumnisse. Hier liegt der eigent-

liche Verdienst von Müllers Buch. Er hat gut herausgearbeitet, dass die Ostländer auf den Abgrund zusteuern, wenn sie ihre Haushalte nicht in Ordnung bringen und Konzepte entwickeln, wie sie mit den Folgen der schrumpfenden Bevölkerung umgehen. Besonders unter die Lupe nimmt der Autor die Haushaltspolitik der Länder. Binnen weniger Jahre – von 1991 bis 1998 – häuften die ostdeutschen Länder mehr Pro-Kopf-Schulden an als die westdeutschen seit der Gründung der Bundesrepublik. Doch bislang nehmen die Verantwortlichen allenfalls kosmetische Korrekturen vor.

Neues Ungemach droht aufgrund der demografischen Entwicklung. Obwohl die ostdeutsche Gesellschaft in atemberaubendem Tempo altert, würden die Langzeitfolgen dieses Umbruchs häufig eher ignoriert statt sie in Planungen einzubeziehen, zum Beispiel beim Straßen- oder Wohnungsbau.

Müller trägt einige der gängigen Vorschläge von Wissenschaftlern zusammen, wie dem Osten auf die Beine geholfen werden könnte. So müssten die Politiker den Solidarpakt reformieren und den Förderdschungel rigoros lichten. Außerdem müssten sie die Neuverschuldung der Länder eindämmen. Dazu empfiehlt Müller, mehrere Bundesländer zu effizienten Verwaltungseinheiten zusammenzufassen. Es ist aber sehr einseitig, wie der Autor anstelle der Menschen eher die Interessen der Wirtschaft ins Zentrum seiner Überlegungen rückt. Konzepte zum Abbau der erdrückend hohen Arbeitslosigkeit fehlen beispielsweise vollständig. Die hätten Müllers Darstellung abgerundet.

Ulrike Heike Müller

■ Bernd Striegel Über das Geld – Geschichte und Zukunft des Wirtschaftens

Lütjenburg: Verlag für Sozialökonomie, 2005. 603 Seiten.

Bernd Striegel, promovierter Polymerchemiker aus der Einstein-Stadt Ulm, beschäftigt sich seit fast einem Jahrzehnt intensiv mit Wirtschaftsfragen und Geldtheorie. In seinem Buch versucht er, den freiwirtschaftlichen Ansatz – insbesondere im Hinblick auf dessen Analyse – zu modernisieren, zu modifizieren, aus dem Tauschpara-

digma herauszuheben. Die Position innerhalb der akademischen ökonomischen Theorie, der er sich dabei am meisten annähert, ist die ‚Eigentumstheorie der Ökonomie‘, am prominentesten vertreten durch Heinsohn und Steiger. Dabei akzeptiert Striegel allerdings den eigentumstheoretischen Ansatz nicht vollumfänglich, sondern geht – jedenfalls vom Anspruch her – teilweise auch darüber hinaus. Insofern kann auch nicht wirklich von einer Integration der beiden Denkansätze gesprochen werden, auch wenn das auf den ersten Blick so scheinen mag.

Einschränkungslos folgt er aber Heinsohn und Steiger zunächst hinsichtlich der Genese des Geldes: Die Arbeitsteilung und auch der Tausch von Gütern sind keine hinreichenden Bedingungen für die Entstehung von Geld, sonst hätte es bereits für Jäger- bzw. für Stammesgesellschaften nachgewiesen werden können, was aber nicht der Fall ist. Die Historiker sind sich diesbezüglich einig; nicht so jedoch die Ökonomen: Denn das Tauschparadigma ist die gängige Prämisse der orthodoxen ökonomischen Theorie bis zum heutigen Tage geblieben, eben die Vorstellung, dass das Geld erfunden wurde, um den Tausch zu erleichtern (und auch, dass wir eigentlich auch heute noch tauschen). Als Tauschparadigmatiker benennt Striegel nunmehr auch Karl Marx als „den wohl größten ‚Tauscher‘ vor dem Herrn“ und – Silvio Gesell. Keynes – gewissermaßen als Übergangskandidat – verließ das Tauschparadigma in seiner Erklärung für die Herkunft des Geldes, fiel aber (z.B. bei der Liquiditätsprämie) auch wieder ins Tauschtheoretische zurück. Heinsohn und Steiger sind nun – auch für Striegel – Theoretiker, die das Tauschparadigma endgültig hinter sich gelassen haben. Er ist sich mit ihnen darüber einig, dass Kredit nicht etwas ist, das bereits zur Zeit des Vertragsabschlusses existente materielle Güter der Vertragspartner repräsentiert, sondern ein Versprechen auf eine Leistung in der Zukunft. Während beim physischen Verleihen, beim (Waren-)Darlehen noch tatsächlich materieller Besitz übergeht, gehen beim (Geld-)Kredit „Zahlungs- und Einlöseversprechen auf die Zukunft“ über, ohne dass sich dabei materiell, physisch etwas tut. Aber genauso wenig wie für den

Tausch wird Geld für das Verleihen benötigt. Also hat nicht nur nicht der Tausch, sondern auch das Verleihen nicht zur Entstehung von Geld geführt.

Geld kommt erst in die Welt mit der Eigentumsgesellschaft, im Athen und Rom der Antike und später in der Renaissance, die sich ja nicht von ungefähr auf die Antike bezieht. Die Eigentumsgesellschaften sind zu Beginn immer von Armut und Existenzunsicherheit gekennzeichnet. Aber gerade das Existenzrisiko des Einzelnen auf seiner Scholle, der drohende Verlust des Privateigentums am Boden ist es, was die enormen Verbesserungen der ackerbaulichen Techniken und die enormen Produktionssteigerungen der Eigentumsgesellschaften bewirkt. Aber auch: „Das geschriebene Recht kommt mit der Eigentumswirtschaft notwendigerweise in die Welt.“ Damit ist die entscheidende notwendige Voraussetzung für (verpflichtungsökonomische) Kreditkonstruktionen gegeben, für kreditgeschöpftes Geld, für Investition ohne Ersparnis und damit für ökonomisches Wachstum und Prosperität, für Bedeutung in der Weltgeschichte.

Striegel stimmt mit Heinsohn und Steiger auch noch darin überein, dass der Zins erst nach dem Eigentum entsteht und nicht schon vorher da war und dass er genau dann entsteht, wenn Eigentum zur Geldschaffung eingesetzt wird, dass also der Zins vom Eigentum kommt und er gibt ihnen sogar explizit recht, wenn sie konstatieren: „Eigentum fordert Zins!“ Die Wege trennen sich bei der (von Heinsohn und Steiger sog.) „Eigentumsprämie“: Bei Heinsohn und Steiger belasten Gläubiger und Schuldner im Rahmen eines Kreditkontraktes jeweils eigenes Eigentum, was zur Aufgabe ihrer jeweiligen Eigentumsprämien, die allem Eigentum in der Ausgangssituation gewissermaßen naturwüchsig anhaften, zwingt. Beim Schuldner tritt an die Stelle der verloren gegangenen Eigentumsprämie die Liquiditätsprämie, denn er hat ja jetzt Geld, eigentlich Schuldscheine, die sich auf das Eigentum des Gläubigers richten, der deshalb keine Eigentumsprämie mehr genießt, was er sich durch Zinszahlungen seitens des Schuldners ausgleichen lässt. Bei Heinsohn und Steiger gilt also die logische Reihenfolge „Eigentum, Zins und

Geld“ (deshalb auch der gleichlautende Buchtitel in dieser Form).

Striegel bestreitet nun die Notwendigkeit einer Besicherung auf der Gläubigerseite; die Belastung auf der Schuldnerseite genügt ihm. Auch die Interpretation von Heinsohn und Steiger, dass „Geld einen Anspruch auf noch nicht erzeugte Güter“ ausdrückt, teilt er nicht. Für ihn sind nicht Eigentum an sich oder das Geld die erste Ursache der Entstehung einer „Warenmarktwirtschaft“, wie er sie nennt, sondern bereits die Landaufteilung an Einzelpersonen. Aber das Wichtigste, und das ist nun wirklich ganz anders: Der Zins ist für ihn der Ausgleich für die Wertinstabilität des Pfandes: „Der Ursprung des Urzinses besteht darin, dass die Wertbeständigkeit des im Kreditvertrag geschaffenen und herausgegebenen Zahlungsmittels Geld höher ist als diejenige des im Kreditvertrag verpfändeten Schuldnerigentums ...“ Für Striegel gilt also die logische Reihenfolge „Eigentum, Geld und Zins“.

Allerdings ist seine Zinstheorie eine durchaus streitbare: Denn die beim Geschäftsbankenkredit zu stellende Sicherheit ist ja typischerweise Grund und Boden; zum einen deshalb, weil es sich dabei um eine Immobilie handelt, zu Deutsch also um eine (physisch) Unbewegliche, mit der man sich nicht nächtens aus dem Staub machen kann (wie mit einem Ackergaul zum Beispiel), zum anderen aber deshalb, weil Grund und Boden das einzige nicht vermehrbare, aber auch nicht zerstörbare Gut ist und deshalb auch das einzige, das typischerweise von einer kontinuierlichen, wenn auch nicht ununterbrochenen, Wertsteigerung gekennzeichnet ist, jedenfalls weit davon entfernt ist, mit dem natürlichen Wertzerfall von z.B. Getreide verglichen werden zu können. Für per Grund und Boden besicherte Kredite – und das sind eben die typischen, die klassischen und auch die meisten – sind aber Zinsen zu bezahlen. Aber warum nun?

Gemäß Striegel besteht der geldschöpfende Kreditvertrag aus „vier einander nachfolgenden Operationen:

1. Eigentumsverpfändung auf Schuldnerseite.
2. Dadurch Eigentumserzeugung auf Gläubigerseite: „Buchgeld“, genauer Geld-Lieferungsversprechen.

3. Gleichzeitig Erzeugung der Besitzseite des neu geschaffenen Eigentums: Bargeld.
4. Zeitweise Übertragung des Bargeldbesitzes vom Gläubiger auf den Schuldner.“

Das aus dem Kredit geschöpfte Geld sei damit also, wie jedes Eigentum – und damit rekurriert er in der Systematik wiederum auf Heinsohn und Steiger – aufgeteilt in eine Eigentumsseite, das Buchgeld, und eine Besitzseite, das Bargeld.

In seinem vierten und wohl stärksten Kapitel analysiert Striegel die Eigenschaften und Folgen des Geldzinses, der in der Gesamtbetrachtung nur bedient werden kann dadurch, dass in der Folgeperiode die Geldmenge und damit aber auch das ihr zugrundeliegende Kreditvolumen in Höhe des Zinssatzes ausgeweitet wird: „... ist die Bedienung der Schulden in der Gesamtwirtschaft nur dann möglich, wenn eine ständige Bilanzausweitung vorliegt, das heißt, dass die Gesamtsumme der Geldforderungen einerseits, und der Geldlieferungsversprechen (Schulden) andererseits, ständig wachsen müssen ...“ Aber: „Damit besteht ein endloser Wachstumszwang in der kapitalistischen Wirtschaft.“

Striegel erkennt und diskutiert die Paradoxie und Dialektik des Zinssystems, das einerseits permanentes Wachstum erzwingt, andererseits aber ein reales Wachstum, das die Renditen und den Zins auf Null bringen könnte, verhindert und sich dadurch selbst am Leben erhält; vergleichbar einem Kamel, das deshalb trabt, weil es das Futter fressen will, das ihm der Reiter mit einer Stange vor's Maul hält, das es aber so nie erreichen kann: „Der Kapitalismus erlegt der Wirtschaft einen ewigen Wachstumszwang auf und bremst dieses Wachstum zugleich kontinuierlich durch Begrenzung der Produktion.“

Ausführlich erörtert Striegel Aspekte des Globalen im System und kommt zu Einsichten, die so wenig selbstverständlich sind wie deren Präsenz in der öffentlichen oder auch wissenschaftlichen Diskussion, etwa dass die Tilgungsfähigkeit von Auslandsschulden desto schlechter ist, je besser die Exportchancen durch Abwertung einer Landeswährung sind, oder dass nicht ausgeglichene Handelsbilanzen überhaupt erst dadurch möglich sind, dass Auslandswährungen im Inland irgendeine geldliche Funktion ausüben

dürfen. Oder: „Jegliches Bemühen um die Erhaltung unserer Umwelt hat also innerhalb des kapitalistischen Finanzsystems nicht die geringste Aussicht auf Erfolg. ... Ohne Abschaffung des Wachstumszwanges in der Wirtschaft ist die Umweltproblematik niemals lösbar!“

Und schließlich drastisch und deutlich und unmissverständlich: „So sehr sich die Menschheit auch um friedliches Zusammenleben bemühen mag – innerhalb eines kapitalistischen Zinssystems ist dieses Ziel utopisch.“ Denn: „Der Kapitalismus erfordert den Vernichtungskrieg. ... Kapitalismus bedeutet Krieg, denn nur der Krieg erzeugt genügend Bedarf für seine Neuerstehung nach einer Wirtschaftskrise. ... Der Neuaufbau eines gerade zusammengebrochenen Finanzsystems, das die Ursache seines Scheiterns im exponentiellen Wachstum des Geldes trägt, verläuft also einfach nach dem Schema, die alten Schulden durch Hyperinflation, die bedarfsbeschränkenden Realkapitalien durch einen Krieg zu streichen und anschließend durch Schaffung neuer Nachfrage mittels einer Währungsunion wieder von vorne anzufangen. ... Die Befreiung der Menschheit vom Zinssystem ist ihr einziger Weg zu Frieden, Freiheit und dauerhaftem allgemeinem Wohlstand.“

Zum Ende des Buches konzentriert sich Striegel auf das Konstruktive, auf das, was (noch?) getan werden kann; er beschreibt und würdigt Freigeldexperimente in der jüngeren Geschichte, prüft aktuelle Entwicklungen und Gedanken zum Thema. Mit Lietaers „Terra“, aber auch mit Regional- bzw. Komplementärwährungsversuchen geht er hart ins Gericht: Diese könnten – außerhalb einer kleinen Idealisten-Szene – niemals funktionieren, solange sie von konventionellem, zinstragendem Geld abgeleitet sind und nicht autonom emittiert werden: „Es muss sich selbst in einem eigenen Kreditvertrag erzeugen.“ Bei seinen eigenen Entwürfen zur Geld- und Bodenreform orientiert er sich schließlich weitestgehend an Gesell: Eine Abschaffung von Bargeld (und damit eine technisch unkomplizierte Realisierung der Umlaufsicherungsgebühr) kommt nicht in Frage. Das Bargeld, und nur das Bargeld, soll einem Umlaufzwang unterworfen werden, wie auch immer: Auf technische Konkretisie-

rungen verzichtet Striegel ausdrücklich. Sein Buch „Über das Geld“ ist ein sehr umfangreiches, umfassendes und weitläufiges Werk über Fragen der Entstehung, der Funktionsweise, der Wirkung, der Bedeutung und der Problematik von Geld, aus dem man sehr viel lernen kann: Ökonomisches und Außerökonomisches bis tief hinein in die Sphären der Historie und der Philosophie. Es ist ausdrücklich zu würdigen, dass es endlich einmal einer, der selbst freiwirtschaftlicher Provenienz ist, gewagt hat, vor dem Hintergrund der bislang peinlich gemiedenen Problemkreise Geldschöpfung und Tauschparadigma sakrosankte freiwirtschaftliche Überzeugungen auf den Prüfstand und einer modernen akademischen Geldtheorie gegenüber zu stellen, und deshalb ist das Buch ein sehr wichtiger und ein sehr notwendiger Diskussionsbeitrag. Aber die Aktualisierung und Modernisierung, die „Posttauschparadigmatisierung“ der freiwirtschaftlichen Theorie ist damit noch nicht vollständig vollzogen; auch und gerade im Hinblick auf ihre Therapievorschläge nicht.

Thomas Betz

H I N W E I S E

■ Ungarische Ausgabe von Silvio Gesells Hauptwerk

Vor kurzem ist eine von Istvan Siklaky in Budapest angefertigte ungarische Übersetzung der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ unter dem Titel „A természetes gazdasági rend“ in Buchform erschienen. Die ISBN lautet: 963-86243-8-8. Das Buch kann direkt bezogen werden von Judit Benda und Johann Brunen Bajcsy – Zsilinsky út 55, 2081 Piliscsaba, UNGARN
eMail: info@ketezeregy.hu
Internet: www.ketezeregy.hu/kiado/keek.html

■ Diplomarbeiten im Internet

Die Diplomarbeiten von Barbara Roßmeißl „Tauschhandel in Argentinien“, Siglinde Bode „Potenziale regionaler Komplementärwährungen zur Förderung einer endogenen Regionalentwicklung“ und Muriel Herrmann „Potenziale von Regionalgeld-Initiativen als Multiplikatoren für eine nachhaltige Entwicklung“ sind einsehbar auf den Webseiten www.regionalgeldportal.de/Literatur/Regio-Literatur.htm (Bode und Herrmann) und www.sozialoekonomie.info bei den Diplomarbeiten im Bereich „Forschung“ (Roßmeißl).

Verzeichnisse der bisher zu Fragen einer Reform der Geld- und Bodenordnung entstandenen Diplomarbeiten und Dissertationen sowie Themenvorschläge für weitere Arbeiten befinden sich auf der Website www.sozialoekonomie.info im Bereich „Forschung“.

Red.

■ Dokumentation der Regionalwährungen

Alle Regionalwährungsinitiativen werden herzlich gebeten, Originalscheine (komplette Sätze mit je einem Exemplar aller Nennwerte) und Flyer, Papierkopien von Presseberichten, sonstigen Dokumente usw. den nachfolgend genannten Einrichtungen für Dokumentationszwecke zur Verfügung zu stellen:

Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung
– Bibliothek / Archiv –
c/o Werner Onken

Steenkamp 7, 26316 Varel
Rückfragen: redaktion-onken@web.de

Deutsches Historisches Museum
– Numismatische Abteilung –
c/o Wolfgang Röhrig
Unter den Linden 2, 10117 Berlin
Rückfragen: roehrig@dhm.de

MoneyMuseum
Hadlaubstr. 106, 8006 Zürich, SCHWEIZ
jconzett@gmail.com
www.moneymuseum.com

Roy Harrod's Gedankenflug zu einer zinsfreien Gesellschaft

„Im Schlussabschnitt seiner ‚Allgemeinen Theorie‘ hat Keynes den bemerkenswerten und wichtigen Ausdruck ‚der sanfte Tod des Rentiers‘ gebraucht. Nach meiner Meinung würde er die richtige und abschließend Antwort auf alles sein, was von den Kritikern des Kapitalismus mit Recht vorgebracht wurde. Und weil sie die richtige Antwort darstellt, würde sie uns in die Lage versetzen, auf die kollektivistische Methode des Kampfes gegen den Kapitalismus zu verzichten. ...

Ist nicht die zinsfreie Gesellschaft, wenn wir sie in nicht allzu ferner Zeit verwirklichen können, eine Alternative zum Kollektivismus? ... Ich nehme an, dass neue Staatsanleihen zinsfrei sein würden und dass die gesamte Staatsschuld allmählich auf diese Basis umgestellt werden würde. Zu gleicher Zeit könnten zinsfreie Darlehen für Unternehmer durch die Banken bis zur Grenze der gebotenen Sicherheit erhältlich sein. ... Die Kapitalgesellschaften würden wahrscheinlich aufhören, jährliche Dividenden zu zahlen. ...

Die Landfrage stellt ein weitaus unangenehmeres Problem dar. An einem geeigneten Punkt auf dem Wege zur Zinsfreiheit müsste die freien und die Lehensgüter, soweit vorhanden, in Pachtgüter auf 99 Jahre umgewandelt werden. ...

Habe ich einen zu weiten Gedankenflug unternommen? Ein sehr niedriger Zinsfuß – das ist eine Tatsache, die vor uns liegt. ... Ob es möglich ist, die Sozialisten von dieser Idee einer zinsfreien Gesellschaft zu überzeugen und sie von ihren verdrießlichen totalitären Neigungen abzubringen?“

Prof. Dr. Roy Harrod (1900–1978)
Dynamische Wirtschaft, Wien 1949, S. 177ff.

VERANSTALTUNGEN

■ Tagungen des Seminars für freiheitliche Ordnung im Seminargebäude in Boll:

Das Geld im Kreislauf der Wirtschaft

24.–25. September 2005 mit Beiträgen von Fritz Andres, Eckhard Behrens und Jobst von Heynitz

Globalisierung als Gestaltungsauftrag

5.–6. November 2005 mit Beiträgen von Eckhard Behrens, Dipl.-Kfm. Thomas Betz, Prof. Reinhold Moser (FH Trier-Birkenfeld) Dr. Athanasios Pitsoulis (Uni Siegen).

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Sekretariat des Seminars, Badstr. 35, 73087 Boll
Fon: 07164 – 35 73 | Fax: 07164 – 70 34
eMail: info@sffo.de | Internet: www.sffo.de

■ Die Zukunft des öffentlichen Sektors – Der neue Umgang mit Gemeinschaftsgütern

Tagung des Instituts für soziale Gegenwartsfragen vom 18.–20. November 2005 an der Universität Trier mit Beiträgen von Udo Hermannstorfer, Michael Ross, Prof. Dr. Harald Spehl und Dr. Christoph Strawe.

Nähere Auskünfte:

Institut für soziale Gegenwartsfragen
Haußmannstr. 44a, 70188 Stuttgart
Tel.: 0711 – 23 68 950 | Fax: 0711 – 23 60 218
eMail: Institut@sozialimpulse.de
Internet: www.sozialimpulse.de

„Das Gros der Aktiengesellschaften schwimmt in Geld, in Deutschland genau so wie in Amerika oder Japan. Flüssige Mittel von je einer Billion Dollar schieben die börsennotierten Konzerne dies- und jenseits des Atlantiks vor sich her. Anstatt zu investieren, schütten die Unternehmen das Geld an ihre Aktionäre aus – entweder direkt in Form von Sonderdividenden oder indirekt, indem sie eigene Aktien zurückkaufen und auf diese Weise den Börsenkurs nach oben treiben.“

Robert Heusinger, Und sie schwimmen in Milliarden,
in: Die Zeit Nr. 42/2004, S. 21.

37. MÜNDENER GESPRÄCHE

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Ach Europa! – Hoffnungen und Wirkungen einer Idee.

Samstag / Sonntag, 8./9. OKTOBER 2005,
Reinhardswaldschule, Fuldaatal-Simmershausen bei Kassel

SAMSTAG, 8. OKTOBER 2005

- 9.00 Uhr **Eröffnung der Tagung und Einführung in das Tagungsthema**
Jörg Gude, Dipl.Vw.Ass.jur., Tagungsleiter
- 9.15 Uhr **Quo vadis Europa?**
Prof. Dr. Ernst Kuper, Politologe, Universität Göttingen
- 11.00 Uhr **Die Europäische Währungsunion dreieinhalb Jahre nach Einführung der €-Münzen und €-Banknoten. Eine gesamtwirtschaftliche Sicht.**
Prof. Dr. Peter Rühmann (em.), Ökonom, Universität Göttingen
- 12.30 Uhr Mittagspause
- 14.30 Uhr **Wünsche/Ideen für eine EU-Verfassung**
Prof. Dr. Roland Geitmann, Jurist, Fachhochschule Kehl
- 15.30 Uhr Kaffeepause
- 16.00 Uhr **Der Vertrag über eine Verfassung für Europa auf dem Prüfstand des Grundgesetzes**
Prof. Dr. K.-A. Schachtschneider, Jurist, Universität Erlangen-Nürnberg
- 18.00 Uhr Abendpause
- 20.00 Uhr **Arbeitsgruppen nach Wunsch**

SONNTAG, 9. OKTOBER 2005

- 9.00 Uhr **Das Europäische Parlament und die Krise**
Hartmut Nassauer, RA und Staatsminister a.D., MdEP, Kassel
- 10.30 Uhr **Rundgespräch mit den Referenten der Tagung und den Teilnehmern**
Leitung: Prof. Dr. habil. Dirk Löhr, 1. Vors. der Sozialwissensch. Gesellschaft
- 12.30 Uhr Ende der Tagung – Änderungen vorbehalten!

Anmeldung erforderlich. Einladung und Anmeldeformular anfordern bei der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft, Postfach 1550, D-37145 Northeim, Fon 05503-805 389 (E. Lindner); Fax: 805 394
eMail: SG.Lindner@t-online.de | Weitere Informationen im Internet: www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

„Finanzmarktgott“

„Der belohnende und strafende Finanzmarktgott entzieht einer autonomen Wirtschaftsordnungspolitik der einzelnen Staaten weitgehend den Boden. Dabei wirkt die Globalisierung gleich doppelt, sowohl von außen als auch von innen, auf das tendenzielle Ende der staatlichen Wirtschaftsordnungspolitik hin. ... Gegen den ökonomischen Zeitgeist ein ethisch orientiertes, ‚zivilisiertes‘ Verständnis von nationaler und supranationaler Ordnungspolitik zu vertreten, braucht vorerst noch ziemlichen Mut.“

Prof. Dr. Peter Ulrich, Zivilisierte Marktwirtschaft –
Eine wirtschaftsethische Orientierung.
Freiburg 2005, S. 164 und 184.

DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

Dipl.-Kfm. Thomas Betz
Paul-Lincke-Ufer 4, 10999 Berlin

Prof. Dr. Christoph Deutschmann
c/o Institut für Soziologie
Wilhelmstr. 36, 72074 Tübingen

Dipl.-Sozialpädagogin (FH) Volker Freystedt
Steige 5, 82237 Wörthsee

Ulrike Heike Müller
Diedenhofer Str. 11, 10405 Berlin

Alexander Preisinger
Brünner Str. 209/5/17, A – 1210 Wien

Dr. Bernd Striegel
Mombacher Straße 77, 55122 Mainz

Dipl.-Volksw. Alexander Thanner
Dehnhäide 4, 22081 Hamburg

Fragen der Freiheit

Beiträge zur freiheitlichen Ordnung
von Kultur Staat und Wirtschaft

Die Themen im Heft 268 / 2004:

Wilfried Schreiber (†)
**Existenzsicherheit in der industriellen
Gesellschaft**

Fritz Andres
Anmerkungen zum Schreiber-Plan

Die Themen im Heft 269 / 2005:

Thomas Seltmann
Das Geldwesen dezentralisieren

Christian Gelleri
**Assoziative Wirtschaftsräume –
Regionalentwicklung mit Regiogeld**

Werner Onken
**Henry Dunant und Martin Luther King –
Zwei biografische Skizzen**

Frank Bohner
**Neoliberalismus – Zu den ideen-
geschichtlichen Grundlagen der
Sozialen Marktwirtschaft und
der Zukunft des Kapitalismus**



Ein Einzelheft kostet 5 Euro und ist
erhältlich beim

Seminar für freiheitliche Ordnung
Badstr. 35, 73087 Boll
Tel.: 07164 – 35 73 | Fax: 07164 – 70 34
eMail: info@sffo.de | www.sffo.de